

Unterricht Wirtschaft+politik

Interesse wecken | Verstehen fördern | Teilhabe ermöglichen

4. Quartal 2022 | 12. Jahrgang
Best.-Nr. 544048

NEU

**Differenzierung
auf den Punkt
gebracht**

D



Soziale Marktwirtschaft

- WEITERE THEMEN** • Zeitenwende in Europa und der Welt
• Was gehört zu einem nachhaltigen Leben?
• Risiko Rentenalter: Ist Altersarmut weiblich?
• Herausforderung Digitalisierung

4 / 2022

Friedrich gibt Orientierung: Differenzierung auf den Punkt gebracht.

Jetzt neu
in jeder
Ausgabe!

Liebe Lehrer:innen,

die zunehmende Heterogenität der Lerngruppen ist die größte Herausforderung für Sie als Lehrkräfte. Wir möchten Sie dabei unterstützen bei minimalem Zeitaufwand Lernende jederzeit differenziert anzusprechen.

Deshalb finden Sie jetzt in **jedem Unterrichtsbeitrag in allen teilnehmenden Zeitschriften** des Friedrich Verlag Hinweise auf Differenzierungsmöglichkeiten. Der Kasten **Differenzierung auf den Punkt gebracht** gibt Ihnen Orientierung: Welche Aspekte der Differenzierung greift der Unterrichtsvorschlag auf? Welche Methoden eignen sich für die Differenzierung? Wie können sie in der Praxis umgesetzt werden?

Viel Erfolg wünscht

Tim Schönemann

Tim Schönemann
Verlagsleiter Friedrich Verlag



Was ist neu?
Im Video in
90 Sekunden erklärt.



Ab sofort auch in:

Unterricht
wirtschaft+politik
Interesse wecken | Verstehen fördern | Teilhabe ermöglichen



© istock/Orbon Alija

Liebe Leser:innen, die Soziale Marktwirtschaft, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Besatzungszonen etabliert wurde, soll dem Menschen dienen. Markt und Wettbewerb sind Mittel zum Zweck, das Ziel: „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard 1957).

Doch wie steht es heute, gut 65 Jahre nach Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, um diese Idee? Aktuell sehen wir uns mit einer Vielzahl von Krisen konfrontiert: Krieg in Europa, Klimawandel, Coronapandemie, Inflation – um nur einige der großen Herausforderungen zu nennen, die derzeit unseren Wohlstand und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährden.

Umso wichtiger erscheint es daher, Jugendliche auf ihre Rolle als mündige Wähler:innen, Konsument:innen, Bürger:innen vorzubereiten, damit sie die Wirtschaftsordnung, in der sie leben, aktiv mitgestalten können. Diese Ausgabe von UWP hält dafür eine Vielzahl von Ideen und Materialien bereit.

Ihre Katrin Teschner
Redaktion UWP

NEU

Herzlich willkommen bei Friedrich+!

Friedrich+ Wirtschaft + Politik

Unterricht Wirtschaft+Politik erscheint nur noch digital.

Als Abonnent:in erhalten Sie außerdem Zugriff auf alle digital verfügbaren Ausgaben. Sie brauchen nichts weiter zu tun. Mehr dazu in einem Infobrief.

Unterricht wirtschaft+politik

4/2022

Soziale Marktwirtschaft

Herausgeber:innen dieser Ausgabe: Franziska Birke, Michael Koch

BASISARTIKEL

- NILS GOLDSCHMIDT, MARCO REHM
2 Soziale Marktwirtschaft
Eine Wirtschaftsordnung für den Menschen

- FRANZISKA BIRKE, MICHAEL KOCH
9 Soziale Marktwirtschaft als Thema im Wirtschaftsunterricht

UNTERRICHTSPRAXIS

- JANOSCH SCHIERKE
12 Wie zukunftsfähig ist die Soziale Marktwirtschaft?
Über die Resilienz unserer Wirtschaftsordnung für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen am Beispiel der Digitalisierung
- SABINE GANS
21 Weiter so oder besser so?
Was gehört zu einem nachhaltigen Leben?
- DENNIS BODE, LASSE HINRICHS
30 Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft?
Das Streitthema „soziale Ungleichheit“
- KATHARINA BETKER, SVENJA GREBENER
38 Ist Altersarmut weiblich?
Grenzen der sozialen Sicherung in der Sozialen Marktwirtschaft

MAGAZIN

- INTERVIEW
47 Die Soziale Marktwirtschaft im Blitzlicht
Fragen an Carl Christian von Weizsäcker
- ARNE STEMMANN
48 Zeitenwende in Europa und der Welt
Globalisierung auf dem Prüfstand?!
- MICHAEL KOCH
51 Aktuelle Tipps und Empfehlungen
- MARGOT SELZ
52 In welcher Ordnung wollen wir leben?
Geschichte und Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft
- 56 Impressum | Autorinnen und Autoren | Rückschau | Vorschau**



Alle Downloads zu dieser Ausgabe

Bitte geben Sie den Code **d544048dp** in das Suchfenster auf www.friedrich-verlag.de ein, um alle Downloads dieser Ausgabe herunterzuladen.

Soziale Marktwirtschaft

Eine Wirtschaftsordnung für den Menschen

1. Definition und Grundgedanken¹

Die Wirtschafts- und Sozialordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland etabliert wurde, wird üblicherweise als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Als „Geburtsstunde“ der Sozialen Marktwirtschaft kann der 20. Juni 1948 angesehen werden, der Tag der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen. Wenige Tage später wurden mit dem Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform („Leitsatzegesetz“) in der Trizone – also der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszonen – zudem viele Preise freigegeben. Die effektive Verringerung der Geldmenge und die Wiedereinsetzung des Preismechanismus führten zum Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen und Prozesse, die die schnelle Erholung der westdeutschen Wirtschaft ermöglichten und Spielräume für die soziale Sicherung eröffneten. Der Begriff Soziale Marktwirtschaft wurde wohl von Alfred Müller-Armack geprägt, zumindest verwendet er ihn erstmals in einer Publikation, in der im Dezember 1946 abgeschlossenen Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1947). Die Soziale Marktwirtschaft umfasst mit dem Zusatz „sozial“ eine Zieldimension. Ausweislich seines Typoskriptes sah Müller-Armack bis kurz vor Drucklegung die Bezeichnung „Gesteuerte Marktwirtschaft“ vor, was statt des Ziels den Prozess kennzeichnet und den normativen Charakter der Wirtschaftsordnung ungleich schlechter trifft.

Die Soziale Marktwirtschaft lässt sich als eine regelgeleitete Wirtschaftspolitik charakterisieren, die mittels einer rechtlichen Rahmenordnung sicherstellt, dass der Wettbewerb auf Märkten zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führt. Der Maßstab für die Güte der wirtschaftlichen Ordnung im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft ist nicht allein die wirtschaftliche Effizienz, sondern primär das Wohlergehen der Menschen, die in ihr leben. Der Staat garantiert die Rahmenordnung (Wirtschaftsverfassung), um echten und entmachtenden Leistungswettbewerb hervorzubringen. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates, selbst aktiv in den Wettbewerb einzugreifen. Die Forderung nach Marktkonformität von staatlichen Eingriffen ist in der Sozialen Marktwirtschaft folglich von zentraler Bedeutung. Daher lässt sich die Soziale Marktwirtschaft nicht als „Dritter Weg“, als Alternative jenseits von Marktwirtschaft und

Planwirtschaft, interpretieren, sondern sie ist eine der Varianten von modernen Marktwirtschaften.

Dieses Verständnis von der Sozialen Marktwirtschaft als geordnete, nicht aber gelenkte Marktwirtschaft ähnelt im Grundgedanken einem Fußballspiel: Wie beim Fußballspiel wird auch den wirtschaftlichen Akteuren, die sich im Wettbewerb messen, ein verbindlicher Ordnungsrahmen (Spielregeln) vorgegeben. Innerhalb dieser Spielregeln können sich Produzenten und Konsumenten (Spieler) frei bewegen und solche wirtschaftlichen Aktivitäten (Spielzüge) suchen, die in ihrem Interesse sind. Die Rahmenbedingungen (Spielregeln) sind so zu gestalten, dass man einen fairen Wettbewerb (Spiel) erwarten kann. Die Aufgabe des Staates bzw. der Politik (im Sinne eines Schiedsrichters) ist es, für den regelgerechten Ablauf zu sorgen.

Man mag einwenden, dass die real existierende Soziale Marktwirtschaft von dem beschriebenen Ideal weit entfernt ist. Das ist auch nach Ansicht vieler heutiger Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft in vielerlei Hinsicht zutreffend und viele wirtschaftspolitische Entscheidungen entsprechen nicht dem skizzierten Grundanliegen eines dem Menschen dienlichen und geordneten Wettbewerbs. Insbesondere der Einfluss einzelner Interessengruppen und Partikularinteressen widersprechen der Vorstellung einer machtfreien und allein auf fairem Wettbewerb beruhenden Ordnung der Wirtschaft. Dennoch kann ein solches Ideal als Maßstab dafür dienen, ob bestimmte wirtschafts- wie sozialpolitische Reformvorhaben dem grundsätzlichen Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft entsprechen. Festzuhalten bleibt, dass im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Markt und Wettbewerb durch den Staat gestaltet werden müssen, wenn sie den Zielen der Gesellschaft dienlich sein sollen. In diesem Sinne ist „Wettbewerb als Aufgabe“ (Miksch 1937) zu verstehen.

2. Das soziale Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft

Das Attribut „sozial“ in der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht in der Hinsicht gemeint, dass „soziale Soße“ über ein ansonsten „marktwirtschaftliches Gericht“ gegossen werden soll. Stattdessen stellt das Soziale die Zieldimension der Marktwirtschaft dar. Dieses soziale Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich in dreifacher Hinsicht charakterisieren



(Goldschmidt 2011). Erstens und grundlegend ist es das erklärte Ziel der Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftlichen Vorteile von Markt und Wettbewerb mit den Forderungen eines sozialen Ausgleichs zu verbinden. Es ist der Anspruch dieses Konzepts, Lösungswege dafür aufzuzeigen, „wie die divergierenden Zielsetzungen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Freiheit zu einem neuartigen Ausgleich gebracht werden können“ (Müller-Armack 1976a, S. 236). Zweitens verweist das Attribut „sozial“ auf einen gesellschaftlichen Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft. Die Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft zielten auf eine umfassende Gestaltung der Gesellschaft. Angestrebt ist im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eine solche Ordnung des Gemeinwesens, in der allen jenseits von Klassenschränken gleiche Chancen zukommen. In diesem Sinne steht hinter Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ (Erhard 1957) ein verteilungspolitisches Projekt, das jeder und jedem die Möglichkeit eröffnen soll, an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Moderne teilzuhaben. Dies ist historisch als Fortschritt vor dem Hintergrund einer zuvor ständisch geprägten Gesellschaft zu sehen und lässt sich auch heute noch als Forderung nach Chancengerechtigkeit ungeachtet der sozialen Herkunft interpretieren. Drittens lässt sich das soziale Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft als ein genuin ethisches bzw. normatives Anliegen verstehen. Das gesellschaftliche Ziel ist eine menschenwürdige Ordnung, Markt und Wettbewerb sind ein notwendiges Mittel dazu. Damit verbunden ist auf gesellschaftlicher Ebene eine demokratische Verfassung des Gemeinwesens. In planwirtschaftlich-autokratischen Ordnungen ist der Mensch in seinem Stellenwert auf seine Arbeitskraft reduziert, die eine „Verfügbarmasse“ des staatlichen Planers darstellt und dessen individuellen Freiheiten entsprechend zum Zwecke der Planerfüllung beschnitten sind.

3. Theoriegeschichtlicher Hintergrund

Üblicherweise wird auf den Ordoliberalismus verwiesen, wenn es um die wirtschaftstheoretischen Hintergründe im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft geht. Das ist mit

Blick auf die unmittelbare Wirkung der ordoliberalen Ideen und ihrer Vordenker wie Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow auf die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft sicherlich auch richtig. Ihre Vorstellungen wirkten unmittelbar – insbesondere durch die engen Verbindungen zu Erhard, zum Beispiel im Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums – als auch mittelbar – durch ihre Präsenz in den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskursen jener Jahre – auf die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft. Dennoch sollte man die Ursprünge theoriegeschichtlich früher verordnen. Für die Entwicklung des Ordoliberalismus und für die Soziale Marktwirtschaft zugleich ist die Verbindung zur Historischen Schule ganz wesentlich. Gleichwohl die Überlegungen der Historischen Schule keineswegs einen einheitlichen wissenschaftlichen Kanon bilden, einte die Vertreter doch die Überzeugung, dass die Ansichten der klassischen Nationalökonomie im Gefolge von Adam Smith und David Ricardo ergänzt werden sollten. Eine Politische Ökonomie habe nicht vordringlich nach allgemeinen Wirtschaftsgesetzen zu suchen, sondern es gelte vielmehr, die jeweiligen historischen Besonderheiten einzelner Länder im Zeitablauf aufzudecken und zu berücksichtigen. Ziel der historischen Beschreibung ist die konkrete, praktische Umsetzung in wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Insbesondere Gustav Schmoller, Haupt der sogenannten jüngeren Historischen Schule, betonte die Notwendigkeit, die Prozesse der Industrialisierung durch eine staatliche Sozialreform abzufedern und den „Wirtschaftsstil“ eines Landes zu gestalten.

Diese gesamtgesellschaftliche Sicht auf ökonomische Zusammenhänge spiegelt sich in der Vorstellung wider, dass die Soziale Marktwirtschaft ein „progressiver Stilgedanke“ (Müller-Armack 1976b, S. 12) sei. Ebenso stimmen beide Richtungen darin überein, dass es nicht die Verwirklichung wirtschaftlicher Effizienz, sondern die Ermöglichung von Gerechtigkeit ist, auf die Wissenschaft und Politik letztlich zielen sollten. Gemeinsam ist beiden Ansätzen zudem die Überzeugung, dass die Wirtschaft nicht dem Prinzip des „Laissez-faire“ überlassen werden kann, sondern es einer staatlichen Lenkung bzw. im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft einer

Abb. 1: Die Deutsche Mark mit dem Abbild Ludwig Erhards – die Währungsreform von 1948 gilt als Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft.

Wirtschaftsverfassung bedarf. Es ist gerechtfertigt, die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft auch personell (nicht zuletzt aufgrund der entsprechenden akademischen Karrierewege) als eine „jüngste Historische Schule“ anzusehen (Scheffold 1995). Lange wurde dabei in der Forschung missverstanden, dass die bewusste und teils strategische Abgrenzung der Ordoliberalen von den Ansichten der Historischen Schule nicht bedeutet, dass der Bruch mit diesen Ideen so radikal war, wie manche Selbstzuschreibungen aus jener Zeit es vermuten lassen.

Ihren spezifischen Charakter konnte die Soziale Marktwirtschaft als innovative und in der Praxis erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialordnung aber erst dadurch entfalten, dass sie die oben beschriebenen Positionen der Historischen Schule zwar beibehielt, aber sie zugleich um die wirtschaftstheoretischen Überlegungen der Neoklassik und das Programm einer eigenständigen Ordnungspolitik ergänzte. Die Betonung eines „starken Staates“ (Rüstow 1963, Eucken 1932) als Regelsetzer ist die bedeutende Neuerung und der Unterschied des Ordoliberalismus gegenüber dem Liberalismus bis dahin. Die wirtschaftliche Ordnung ist dabei aber nicht unabhängig von den anderen Teilordnungen der Gesellschaft, es besteht, erneut ganz im Sinne der Historischen Schule, vielmehr eine „Interdependenz der Ordnungen“. Erhard lernte wohl während des Krieges die Ideen des Ordoliberalismus kennen, zunächst vermittelt vor allem durch die Schriften von Röpke. In seiner akademischen Ausbildung wurde Erhard insbesondere von seinem Doktorvater, dem Frankfurter Soziologen Franz Oppenheimer, und dessen „liberalen Sozialismus“ geprägt. Erhard bekannte später, dass er „Adjektiv und Substantiv verlagert“ habe und einen „Sozialen Liberalismus“ vertrete (Erhard 1988, S. 861).

4. Historische Entwicklungslinien innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft

Genauso wie der Ordoliberalismus wissenschaftshistorisch nicht als monolithischer Block verstanden werden kann, sondern eingebettet werden muss in die Geschichte des ökonomischen Denkens und die in den 1930er Jahren beginnende Debatte um den Neoliberalismus (Horn 2017, Kolev 2017), sind auch die geschichtlichen Ausgangspunkte der Sozialen Marktwirtschaft – insbesondere hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Inhalte – zeitlich vor der eigentlichen Etablierung dieser Wirtschafts- und Sozialordnung in der Bundesrepublik zu verorten. Mit der Einführung der drei ersten Säulen der Sozialversicherung – Krankenversicherung 1883, Unfallversicherung 1884 und Invaliditäts- und Rentenversicherung 1889 – unter Otto von Bismarck wurden grundlegende sozialpolitische Weichenstellungen gesetzt. Während der Weimarer Republik wurden diese Grundlagen im Sinne einer sozialstaatlichen und demokratischen Politik weiter ausgebaut, u. a. durch die Durchsetzung des Achtstundentags 1918 und durch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung 1927. Trotz mancher Widersprüchlichkeiten, Rückschläge und vor allem der Diskrepanz zwischen sozialpolitischen Ansprüchen und ökonomischen Möglichkeiten festigte sich während der Weimarer Republik ein flächendeckend ausgebauter Sozialstaat und Verwaltungsapparat,

der bis heute in seiner Grundstruktur und Grundausrüstung in der Sozialen Marktwirtschaft wirksam ist. Zugleich war die Weimarer Zeit von einer steten Krisenhaftigkeit geprägt, wie sie sich wirtschaftlich in der Hyperinflation von 1923 und ab 1929 in der Weltwirtschaftskrise und massiver Unterbeschäftigung widerspiegelte. Auch findet sich ab 1919 eine zunehmende Konzentration und Kartellierung in der deutschen Industrie. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen und der „Massenprobleme in der Massendemokratie“ (Müller 2015, S. 153) wuchs unter liberalen Denkern die Einsicht, dass neue Organisationsformen im Verhältnis von Wirtschaft und Staat unabdingbar seien, die bei den Ordoliberalen zu dem beschriebenen Denken in Ordnungen führte.

In den Jahren ab 1933 etablierte sich das Forschungsprogramm des Ordoliberalismus insbesondere unter der intellektuellen Führung von Eucken an der Universität Freiburg. Ihr theoretisches Fundament fand die Freiburger Schule in Euckens 1940 erstmals veröffentlichten „Grundlagen der Nationalökonomie“ (Eucken 1940). Forciert auch durch den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime entwickelte sich das ordnungspolitische Programm immer mehr auch zu einem ordnungsethischen. Die Bedeutung des religiösen und ethischen Fundaments wird sehr deutlich in einer Denkschrift, die im Umfeld der sogenannten Freiburger Kreise, drei Widerstandszirkel von Professoren und Pfarrern gegen die nationalsozialistische Diktatur, entstand. Die Denkschrift enthielt mehrere Anhänge, unter anderem einen zur Wirtschafts- und Sozialordnung, der von Eucken und seinen beiden Kollegen Constantin von Dietze und Adolf Lampe ausgearbeitet wurde (Goldschmidt 2008). Inhaltlich bietet diese Schrift vieles von dem, was später charakteristisch für die Soziale Marktwirtschaft werden sollte (Goldschmidt 2005b, Maier 2014).

Die vergleichsweise schnelle wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg wird häufig als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet, eine Bezeichnung, die Erhard selbst ablehnte. Seit Mitte der 1980er Jahre wurde infrage gestellt, ob die Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft tatsächlich ursächlich für diese Entwicklung war. So postulierte Werner Abelshauser (1983), dass die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung unwesentlich war („Irrelevanz-These“). Die wirtschaftliche Erholung in den Westzonen sei zum Zeitpunkt der Währungsreform und beim Eintreffen der Marshallplan-Lieferungen bereits im vollen Gange gewesen. Mittlerweile geht man davon aus, dass zwar Prozesse der aufholenden Entwicklung gegenüber weniger vom Krieg belasteten Volkswirtschaften („Catching-up“) und Rekonstruktionsprozesse mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten entlang eines langfristigen Entwicklungspfades einen Gutteil der wirtschaftlichen Erholung erklären können, aber rund 40 Prozent des Wachstums nach dem Krieg auf ordnungspolitische Voraussetzungen (Etablierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft mit stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen) zurückzuführen sind (Klump 1995, Berger/Ritschl 1995).

Die zunächst recht kritische Haltung in der Bevölkerung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft – wie sie sich sinnbildlich im Generalstreik vom 12. November 1948 zeigte – wich im Laufe der Jahre, begleitet auch durch publizistische

Anstrengungen (Riedl 1992, Kutzner 2019) und kontinuierliche öffentliche Vertrauenswerbung, z. B. durch den 1952 gegründeten Verein „DIE WAAGE“ oder die 1953 etablierte Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Auch wenn sich die Soziale Marktwirtschaft auf diese Weise im Laufe der Jahre zum „Markenkern“ der jungen Bundesrepublik entwickelte, war und ist ihr Konzept Wandlungen unterworfen.

Eine erste Station war hierbei der Versuch von Karl Schiller, sozialdemokratischer Bundeswirtschaftsminister von 1966 bis 1972, eine „Synthese von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft“ zu schaffen (Schlecht 1968, S. 4). In der Verbindung von wettbewerbsorientierter Ordnungspolitik und Konjunktursteuerung (Prozesspolitik) zielte Schiller auf eine „Globalsteuerung“ der Wirtschaft. Festgeschrieben finden sich diese Ideen im 1967 in Kraft getretenen Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) und den dort benannten Zielen von Stabilität des Preisniveaus, einem hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum („magisches Viereck“). Inwiefern Schillers Konzept den Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft noch verbunden war, wird kontrovers diskutiert.

Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982 veränderte sich erneut die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft. An die Stelle eher nachfrage- und prozessorientierter Ansätze setzte die Koalition aus CDU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl stärker auf angebotsseitige Impulse. Eine wichtige Rolle spielte dabei das „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, das Otto Graf Lambsdorff im September 1982 vorlegte („Lambsdorff-Papier“) und ein wesentlicher Grund für den Bruch der Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt war. Das im Bundeswirtschaftsministerium erarbeitete Papier, das im Wesentlichen wohl von dem langjährigen Staatssekretär Otto Schlecht und dem damaligen Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik und späteren Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer verfasst wurde, zielte auf die Konsolidierung des Haushalts, die Schaffung von Anreizen zu arbeitsplatzfördernden Investitionen, die Eindämmung der stark steigenden Sozialstaatskosten sowie eine Deregulierung im Inneren und nach außen.

Es wäre aber verfehlt, von einer „neoliberalen Wende“ (wie unter Margaret Thatcher in Großbritannien oder Ronald Reagan in den USA) zu sprechen. Insgesamt erscheint die Wirtschaftspolitik bis 1989 eher als ein „muddling through“, die mit steigenden Arbeitslosenzahlen und der fehlenden finanziellen Sanierung der sozialen Sicherungssysteme zu kämpfen hatte.

Die deutsche Wiedervereinigung stellte die Soziale Marktwirtschaft vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere die Politik der schnellen Lohnangleichung von Staat und Gewerkschaften sowie die mangelnde Klärung von Eigentumsrechten machte den Einigungsprozess auch wirtschaftlich zu einer Belastungsprobe (Sinn/Sinn 1991). Die Übernahme der westdeutschen Regelungen und Institutionen im Bereich der Sozialpolitik führte zwar einerseits zu einem raschen Aufbau einer funktionierenden Sozialverwaltung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, andererseits



Abb. 2: Walter Eucken (1891 – 1950)

verzögerte dies notwendige Reformprozesse im Bereich der Sicherungssysteme (Ritter 2009, S. 90–97). Aufgrund der zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten, aber auch unter Verweis auf den demografischen Wandel, wurde in den 1990er Jahren ein schrittweiser Umbau der sozialen Sicherung vollzogen, die zur Einführung der Pflegeversicherung 1995 führte und in der Öffentlichkeit insbesondere mit den Begriffen der „Hartz-Reformen“ und der „Agenda 2010“ verbunden wird. Es wäre aber verfehlt, die seitdem durchgeführten Reformen lediglich als Sozialabbau zu verstehen (Cremer 2018).

Die geschichtlichen Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft werden von nicht wenigen als Schwäche des Systems angesehen und stattdessen eine Rückorientierung an das ursprüngliche Konzept angemahnt. Der Ruf nach Prinzipientreue, wie sie gerne mit der deutschen Ordnungspolitik in Verbindung gebracht wird (siehe Abschnitt 5 „Sozialökologische Marktwirtschaft“), ist genauso verfehlt wie die Vorstellung, Soziale Marktwirtschaft sei eben alles das, was die Politik macht. Immer wieder neu und behutsam zu justieren, wie eine freiheitliche Wirtschaft und Gesellschaft gestaltet werden kann und wie Prinzipien im Lichte wechselnder Bedingungs-lagen gedeutet werden können – hierin liegt die Stärke einer realitätsnahen Sozialen Marktwirtschaft. Die



Abb. 3: Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft in den kommenden Jahren.

Soziale Marktwirtschaft war nie ein in sich fertiges und abgeschlossenes Konzept, sondern bedarf fortlaufender Veränderungs- und Anpassungsprozesse. Die aktuellen globalen Herausforderungen von Digitalisierung, Klimawandel, Handel, Alterung, aber auch konkrete, nicht erwartbare Bedrohungen wie die Coronapandemie machen die Weiterentwicklung und Umgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft ohnehin unabdingbar.

5. Sozial-ökologische Marktwirtschaft

Angesichts der Klimakrise wurde vorgeschlagen, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu einer „Sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ auszubauen. Politisch wurde dieser Notwendigkeit jüngst auch durch den Koalitionsvertrag von 2021 Rechnung getragen, in dem als Ziel der „Ampel-Koalition“ festgeschrieben wurde, dass „die soziale Marktwirtschaft als eine sozial-ökologische Marktwirtschaft neu zu begründen“ sei (Koalitionsvertrag 2021, S. 5). Bemerkenswert dabei ist, dass der Wachstumsgedanke nicht aufgegeben, sondern dass eine Vereinbarkeit von Wachstum und Nachhaltigkeit postuliert wird: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen“ (ebd.). Ungeachtet der akademischen Debatte, ob die Bezeichnung „Sozial-ökologische Marktwirtschaft“ notwendig oder ob der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit nicht ohnehin schon im Begriff der Sozialen Marktwirtschaft angelegt ist, steht es außer Frage, dass die Zerstörung der natürlichen Umwelt nicht nur den Wohlstand und die Lebensqualität ganzer Volkswirtschaften, sondern auch die Voraussetzungen für ein gutes und gelingendes Leben für jeden Einzelnen und jede Einzelne massiv bedroht. Auf die ökologischen Herausforderungen tragfähige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Antworten zu finden, ist die drängende Frage für die Soziale Marktwirtschaft in

den kommenden Jahren. Hierbei wird es neben effektiven ökologischen Maßnahmen wesentlich auch darum gehen, die Kosten für den Klimaschutz sozial abzufedern. Anhand einer wirkungsvollen CO₂-Besteuerung haben beispielsweise Goldschmidt und Wolf (2019 und 2021) aufgezeigt, wie Haushalte am unteren Ende der Einkommensskala, die aufgrund ihrer hohen Ausgaben für die Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Heizung und Mobilität relativ zu Haushalten am oberen Ende der Einkommensskala entlastet und sogar zu Profiteuren einer CO₂-Besteuerung gemacht werden können. Dies passt zum Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft als „irenischer Ordnung“, als einer Ordnung des sozialen Friedens.

6. Soziale Marktwirtschaft als Friedensformel

Eine freiheitliche und Freiheit ermöglichende Gesellschaft im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, die vom Einzelnen her gedacht und verstanden werden muss, sollte daran gemessen werden, inwiefern es ihr gelingt, allen Mitgliedern einer Gesellschaft die Chance zu geben, soweit wie möglich aus eigenen Kräften ein dem Standard der Gesellschaft angemessenes Leben zu führen (Goldschmidt/Lenger 2011). Ein gutes Leben bedeutet aber auch, dass die Gesellschaft den Raum für ein gelingendes Miteinander bieten muss. Dies erfordert eine Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Vorstellungen mit Respekt begegnen und in der der politische Kompromiss der Normalfall ist. Dies zu ermöglichen – auch hierin liegt ein Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Müller-Armack sprach in diesem Zusammenhang von „sozialer Irenik“. Abgeleitet vom griechischen Begriff εἰρήνη (Frieden) meint er damit nicht nur die Versöhnung von wirtschaftlicher Effizienz und gesellschaftlichem Wollen in der Sozialen Marktwirtschaft, sondern zugleich die Versöhnung unterschiedlicher Vorstellungen innerhalb der Gesellschaft: „So kann unsere Hoffnung auf eine mögliche Einheit nur die Irenik sein, einer Versöhnung, die das Faktum der Gespaltenheit als gegeben nimmt, aber ihm gegenüber die Bemühung um eine gemeinsame Einheit nicht preisgibt“ (Müller-Armack 1981a, S. 563). Die Ziele von Gerechtigkeit und Solidarität, denen sich die Soziale Marktwirtschaft von Anfang an verschrieben hat, sind heute nur in dem Maße zu realisieren, in dem es tatsächlich gelingt, gesellschaftliche Regeln zu gestalten, die soziale Anerkennung in Form von Partizipation an den wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensvollzügen der Gesellschaft vermittelt. Der ordnungsethische Zielsatz der Sozialen Marktwirtschaft lautet deshalb heutzutage nicht mehr nur: „Wohlstand für alle“, sondern auch: „Anerkennung für alle“. Vor diesem Hintergrund einer ordnungsethischen Interpretation der Sozialen Marktwirtschaft lassen sich zahlreiche Brücken auch zur Katholischen Sozialverkündigung schlagen, wie – beispielsweise beim Subsidiaritätsprinzip – von den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft selbst gesehen wurde (Hensel 1949), es sich in besondere Weise in der Enzyklika „Centesimus annus“ gezeigt hat (Goldschmidt 2005a), sich aber auch bis hin zum jüngsten Lehrschreiben „Fratelli tutti“ finden lässt (Goldschmidt/Küppers 2020).



Abb. 4: EU-Gegner verbrennen die europäische Flagge in Athen im Sommer 2015.

7. Europäischer und internationaler Diskurs

Müller-Armack, von 1958 bis 1963 Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im Bundeswirtschaftsministerium, hat die Soziale Marktwirtschaft schon früh als ein Projekt verstanden, dass „sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der übrigen Welt – wenn schon nicht immer unter der gleichen Chiffre, so doch der Sache nach – aufnötigt“ (Müller-Armack 1976a, 12).

Spätestens mit dem 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon ist die Soziale Marktwirtschaft in Europa angekommen. So heißt in Art. 3, Abs. 3: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin.“ Zentrale Elemente einer ordoliberalen Wirtschafts- und Sozialordnung sind heute weitgehend „europäisiert“ worden. Unverfälschter Wettbewerb, Reduzierung staatlicher Beihilfen und vor allem die Verwirklichung der vier Grundfreiheiten offener Märkte (freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) blieben nicht nur Absichtserklärungen der Römischen Verträge (1957). Hieraus sind seit der Einheitlichen Europäischen Akte, die 1987 in Kraft trat, europäische Rechtsgrundsätze geworden, die von Kommission und Gerichtshof in vielen Fällen ordnungspolitisch konsequenter durchgesetzt wurden, als sie es wohl selbst in Deutschland je hätten werden können, auch wenn wir auf europäischer Ebene auch Elemente finden, die deutlich mehr auf Marktregulierung und -steuerung setzen. Auch das EU-Budget widmet mit Agrarpolitik, Regional- und Strukturfonds den überwiegenden Teil distributiven und eher planwirtschaftlichen Zwecken. Die

europäische Wirtschaftsordnung war und ist also aus ordnungspolitischer Sicht eher ambivalent zu beurteilen (zum Überblick: Wohlgemuth 2020).

In jüngster Vergangenheit war die Soziale Marktwirtschaft – und besonders der ihr zugrunde liegende Ordoliberalismus – in der internationalen Debatte um die Rolle Deutschlands in der europäischen Schuldenkrise ein zentrales Thema. Angestoßen wurde die Diskussion von Brunnermeier et al. 2016, welche einen nahezu unüberbrückbaren kulturellen Graben zwischen nord- und südeuropäischen Staaten postuliert, der nicht zuletzt während der europäischen Schuldenkrise und deren Nachspiel offensichtlich geworden sei. Das unbedingte Pochen auf die Einhaltung der Regeln wird von den Autoren auf die „typische deutsche“ Spielart des Liberalismus zurückgeführt. Im Kontrast zu anderen wirtschaftspolitischen Traditionen, bei denen eine diskretionäre Politik vergleichsweise unproblematisch sei (so z. B. in Frankreich), drohe das Insistieren auf „Austerität“ zum Spaltkeil für die Europäische Union zu werden.

Unabhängig davon, wie genau man die Bedeutung der deutschen Ordnungspolitik für die europäische Haltung in der Staatsschuldenkrise beurteilt, hat die Diskussion dazu geführt, dass man dieser Denktradition und der Sozialen Marktwirtschaft auch international wieder mehr Aufmerksamkeit schenkt. Zugleich rückten grundlegende institutionenökonomische Fragestellungen erneut in den Vordergrund, die die Rolle von Regeln für das Wirtschaftsgeschehen untersuchen. In diesem Zusammenhang sind es vor allem die Rolle unterschiedlicher Regelhierarchien und die Bedeutung informeller, kulturell geprägter und erlernter Institutionen. Auch dies ist im Denken der Sozialen Marktwirtschaft verankert – so sprach bereits Müller-Armack von der Notwendigkeit zur „Entdeckung geistiger Landschaften“ (Müller-Armack 1981b, S. 537). Es ist eine weitere Stärke im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, dass sie ausdrücklich

den Kontext, in dem wirtschaftliche Aktivität stattfindet, berücksichtigt (Kolev/Goldschmidt/Zweynert 2019).

8. Zusammenfassung

In zehn Punkten lassen sich die Überlegungen zur Sozialen Marktwirtschaft zusammenfassen (ASM 2018):

1. Soziale Marktwirtschaft heißt: Wirtschaft für den Menschen. Die Wirtschaft dient ihnen, nicht umgekehrt.
2. Das nachhaltige Wohl der Menschen ist das Ziel, der Wettbewerb dazu ist lediglich das Mittel. Soziale Marktwirtschaft bedeutet kein „Laissez-faire“, sondern entmachtenden und fairen Wettbewerb.
3. Gute Regeln für den Markt fördern das Wohl der Menschen, nicht Eingriffe in den Markt.
4. Märkte halten sich von selbst weder offen noch im Gleichgewicht. Es braucht einen starken, durchsetzungsfähigen Staat, der Marktzugang und ökonomische Mitwirkung regelt.
5. Soziale Marktwirtschaft bedarf echten Leistungswettbewerbs. Dort sind diejenigen erfolgreich, die ihr Wissen und ihre Fähigkeiten bestmöglich einsetzen.
6. Niemand kann die Bedürfnisse und den Bedarf von morgen genau vorhersagen. Darum muss sich die Wirtschaft immer wieder neu erfinden. Ohne unternehmerische Freiheit und persönliche Initiative geht das nicht. Auch diesen Spielraum muss der Staat gewährleisten und nicht übermäßig einengen.
7. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen einander. Der Wettbewerb darf seine eigenen kulturellen, sozialen und ökologischen Voraussetzungen nicht untergraben.
8. Wer von Menschen Eigenverantwortung fordert, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Es gibt keine Soziale Marktwirtschaft ohne eine kluge Sozialpolitik.
9. Eine gesunde Ökonomie braucht das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und Politik. Demokraten, nicht Technokraten schaffen das ordnungspolitische Fundament der Wirtschaft.
10. Die Herausforderungen der Gegenwart – Klimawandel, Digitalisierung, Welthandel, Alterung, Migration etc. – verlangen neue Lösungen. Um sie zu finden, braucht es den öffentlichen Dialog der Bürger:innen.

Anmerkung

¹ Der Text basiert in weiten Teilen auf: Goldschmidt (2021).

Literatur

- Abelshauser, W. (1983): Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Berlin.
- Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) (2018): Was ist die Soziale Marktwirtschaft? Online verfügbar unter: https://www.asm-ev.de/PDF/ASM_Was-ist-die-Soziale%20Marktwirtschaft_Broschüre.pdf [letzter Zugriff: 14.10.2022]
- Berger, H./Ritschl, A. (1995): Germany and the political economy of the Marshall Plan, 1947–52. In: Eichengreen, B. (Hg.): Europe's Postwar Recovery, Cambridge, S. 199–245.
- Brunnermeier, M./James, H./Landau, J. (2016): The Euro and the Battle of Ideas, Princeton.
- Cremer G. (2018): Deutschland ist gerechter als wir meinen, München.

- Erhard, L. (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf.
- Erhard, L. (1988): Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund. In: ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf, S. 858–864.
- Eucken, W. (1932): Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. In: Weltwirtschaftliches Archiv 36, S. 297–323.
- Eucken, W. (1940): Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin.
- Goldschmidt, N. (2005a): Der Brückenschlag zum Markt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. April 2005, S. 15.
- Goldschmidt, N. (Hg.) (2005b): Wirtschaft, Politik und Freiheit, Tübingen.
- Goldschmidt, N. (2008): Zur Einführung: Wirtschafts- und Sozialordnung (1943). In: ders. / Wohlgemuth, M. (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, 91–98.
- Goldschmidt, N. (2011): Ethische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. In: Aßländer, M.S. (Hg.): Handbuch Wirtschaftsethik, Berlin, S. 76–82.
- Goldschmidt, N. (2021): Soziale Marktwirtschaft. In: Staatslexikon, Band 5, 8. Aufl., Freiburg im Breisgau, Sp. 234–243.
- Goldschmidt, N./Küppers, A. (2020): Franziskus als Fürsprecher der Sozialen Marktwirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Oktober 2020, S. 16.
- Goldschmidt, N./Lenger, A. (2011): Teilhabe und Befähigung als Schlüsselemente einer modernen Ordnungsethik. In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu) 12/2, S. 295–313.
- Goldschmidt, N./Wolf, S. (2019): Klimaschutz auf Kosten der Armen? Vorschläge für eine markt- und sozialverträgliche Umsetzung von CO₂-Steuern und des Emissionshandels. In: ORDO 70, S. 125–165.
- Goldschmidt, N./Wolf, S. (2021): Gekippt. Was wir tun können, wenn Systeme außer Kontrolle geraten, Freiburg.
- Hensel, K.P. (1949): Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre. In: ORDO 2, S. 229–269.
- Horn, K.I. (2017): Die Soziale Marktwirtschaft, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Klump, R. (1995): Produktivitätslücken, Konvergenzprozesse und die Rolle der Wirtschaftsordnung, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 44/1, S. 29–44.
- Kolev, S. (2017): Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich, 2. Aufl., Berlin.
- Kolev, S./Goldschmidt, N./Zweynert, J. (2019): Neue Ordnungsökonomik. In: List Forum 44, S. 645–660.
- Kutzner, M. (2019): Marktwirtschaft schreiben, Tübingen.
- Meier H. (Hg.) (2014): Die Freiburger Kreise, Paderborn.
- Miksch, L. (1937): Wettbewerb als Aufgabe, Freiburg im Breisgau.
- Müller-Armack, A. (1947): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg.
- Müller-Armack, A. (1976a): Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. In: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Bern, S. 231–242.
- Müller-Armack, A. (1976b): Vorwort. In: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Bern, S. 9–12.
- Müller-Armack, A. (1981a): Soziale Irenik. In: ders.: Religion und Wirtschaft, 3. Aufl., Bern, S. 559–578.
- Müller-Armack, A. (1981b): Über die Macht des Glaubens in der Geschichte. In: ders.: Religion und Wirtschaft, 3. Aufl., Bern, S. 532–558.
- Müller, T.B. (2015): Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung. In: Doering-Manteuffel, A./Leonhard, J. (Hg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart, S. 127–155.
- Riedl, A. (1992): Liberale Publizistik für Soziale Marktwirtschaft. Die Unterstützung der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Neuen Zürcher Zeitung 1948/49 bis 1957. Regensburg.
- Ritter, G.A. (2009): Wir sind das Volk! München.
- Rüstow, A. (1963): Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus. In: ders.: Rede und Antwort, Düsseldorf, S. 249–258.
- Schefold, B. (1995): Theoretische Ansätze für den Vergleich von Wirtschaftssystemen aus historischer Perspektive. In: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in den Wirtschaftssystemen Westeuropas, Marburg, S. 9–40.
- Schlecht, O. (1968): Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik, Tübingen.
- Sinn, G./Sinn, H.-W. (1991): Kaltstart, Tübingen.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Demokratische Partei (Hg.) (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025. Berlin 2021. Online verfügbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf [letzter Zugriff: 14.10.2022]
- Wohlgemuth, M. (2020): Ordoliberalism and the future of European integration. In: Dold, M./Krieger, T. (Hg.): Ordoliberalism and European Economic Policy, London, S. 175–189.

FRANZISKA BIRKE, MICHAEL KOCH

Soziale Marktwirtschaft als Thema im Wirtschaftsunterricht

Die Soziale Marktwirtschaft ist der Rahmen innerhalb dessen die Schüler:innen gegenwärtig und voraussichtlich auch zukünftig in ihren ökonomischen Rollen handeln. Dieser Ordnungsrahmen stellt dabei herausfordernde Kompetenzanforderungen an ihr Urteilen und Handeln:

- Die Soziale Marktwirtschaft verfolgt das Steuerungsideal der Konsument:innensouveränität. Das bedeutet, dass die Wirtschaftsordnung so ausgestaltet sein soll, dass das ökonomische Handeln an den Bedürfnissen der Konsument:innen ausgerichtet ist. Dies soll mit einer Wettbewerbsordnung erreicht werden, in der die Unternehmen um die Gunst der Konsument:innen konkurrieren, um ihren Gewinn zu maximieren. Dieses Ideal kann aber nur dann erreicht werden, wenn die **Konsument:innen** auch tatsächlich **mündig, d. h.**

selbstbestimmt und verantwortungsvoll für sich und andere entscheiden.

- Wenn Unternehmen miteinander um die Gunst der Konsument:innen konkurrieren, unterliegen sie der Bürde des Wettbewerbs: Sie müssen sich anstrengen, vorausschauende Entscheidungen treffen, Innovationen wagen – und unterliegen dennoch auch bei größter Anstrengung dem Risiko des Scheiterns. **Diese Herausforderungen müssen Erwerbstätige – sei es als Selbstständige oder als Arbeitnehmer:innen – immer wieder aufs Neue ergreifen und bewältigen.**
- Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf einem Gemeinwesen, in dem Steuern erhoben werden, um öffentliche Ausgaben zu finanzieren, und in dem in gewissem Umfang umverteilt wird, um existenzielle Risiken abzumildern und gesellschaftliche Disparitäten

Abb. 1: Die Soziale Marktwirtschaft als permanente ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe fordert mündige Urteils- und Handlungsfähigkeit von Bürger:innen.



© YummyBuum/Shutterstock.com

Tab. 1:
Die Praxisbeiträge
in diesem Heft

Beitrag	Zielgruppe	Leitidee	Methode(n)
Janosch Schierke: Wie zukunfts-fähig ist die Soziale Marktwirtschaft?	Klasse 10	Erarbeitung der ideellen Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft sowie Auseinandersetzung mit dem Prozesscharakter als tragendem Merkmal der Wirtschaftsordnung und der Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter	mehrperspektivische Analyse, Internetrecherche, Fabelinterpretation
Sabine Gans: Weiter so oder besser so? Was gehört zu einem nachhaltigen Leben?	Klasse 9/10	Bearbeitung der Fragestellung, wie sich ökonomische Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt ausbalancieren lassen, einschließlich der Gegenüberstellung individueller Bedürfnisse in unterschiedlichen Lebenssituationen und (zukünftiger) gesellschaftlicher Heraus- und Anforderungen	mehrperspektivische Analyse, Fotosession, Karikaturenanalyse, Umfrage
Dennis Bode/Lasse Hinrichs: Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft?	ab Klasse 11	Analyse und Diskussion der sozialen Ungleichheit als Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft anhand von Verteilungsprinzipien (Egalitäts-, Leistungs-, Bedarfs- und Anrechtsprinzip)	Analyse von Statistiken, Experiment
Katharina Betker/Svenja Grebener: Ist Altersarmut weiblich?	Sek. II	Auseinandersetzung mit dem Thema „Altersarmut“ aus der Perspektive von Frauen sowie Diskussion von Alternativen zum aktuellen Rentensystem; in diesem Zusammenhang wird dazu motiviert, die Perspektive eines nicht binären Geschlechtersystems zu berücksichtigen	Internetrecherche, Analyse von Statistiken, Fallbeispiele

abzufedern. Der Umfang des Steuer- und Umverteilungssystems muss gesellschaftlich immer wieder verhandelt werden. Wirtschaftsbürger:innen müssen hierfür in ihrer Rolle als **Wähler:innen in der Lage sein, mündige und verantwortungsvolle Entscheidungen für gute Regeln zu treffen, die auf die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und nicht nur auf das enge persönliche Interesse ausgerichtet sind.**

- Viktor Vanberg hat es als das „Paradoxon der Sozialen Marktwirtschaft“ beschrieben, dass Bürger:innen, wenn sie vor die Wahl gestellt sind, in welcher Wirtschaftsordnung sie leben wollen, eine große Zustimmung für die Soziale Marktwirtschaft zur Geltung bringen, innerhalb dieser Wirtschaftsordnung aber dazu neigen, sich für Regelentscheidungen einzusetzen, die der Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft, insbesondere der wohlstandsschaffenden Wirkung von Wettbewerb, zuwiderlaufen. **Gestaltende Wirtschaftsbürger:innen müssen entsprechend in der Lage sein, die Reichweite von Regelentscheidungen, für die sie sich einsetzen, zu überblicken und ggf. Zielkonflikte mündig abzuwägen.**

Mündige Urteilsfähigkeit und Handlungsfähigkeit in all diesen verschiedenen Rollen beruhen folglich auf breiten und komplexen Kompetenzanforderungen, bei denen bspw. komplexe Ursache-/Wirkungs-Zusammenhänge überblickt und Zielkonflikte abgewogen werden müssen. Die Komplexität der exemplarisch skizzierten Kompetenzanforderungen wird

durch die globalen Herausforderungen durch die Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung noch gesteigert.

Die Schüler:innen müssen in diesem Zusammenhang erkennen, dass Wirtschaftsordnungen im Allgemeinen sowie die Soziale Marktwirtschaft im Besonderen zu keinem Zeitpunkt starre Rahmen darstellen, sondern vielmehr als permanente ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe zu verstehen sind. Immer wieder müssen sie im Diskurs den sich verändernden gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen und Entwicklungen angepasst werden, um nicht ihre Funktionsweise einzubüßen. In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts sind es dabei insbesondere der digitale Strukturwandel, aber auch die Notwendigkeit eines umfassenden Umwelt- und Klimaschutzes oder sich verändernde Verständnisse von Gleichberechtigung und Diskriminationsbekämpfung, die permanent ordnungspolitische Diskussionen und Anpassungen forcieren.

Die in dieser Ausgabe zusammengestellten Unterrichtsbeispiele und Magazinbeiträge vermitteln deshalb einerseits grundlegende fachliche Kompetenzen bezüglich der Säulen der Sozialen Marktwirtschaft, richten aber darüber hinausgehend den Fokus auf aktuelle Problemstellungen und die diesbezüglichen ordnungspolitischen Herausforderungen und Diskussionen.

Tab. 2:
Die Magazinbeiträge in diesem Heft

Beitrag	Zielgruppe	Leitidee
Die Soziale Marktwirtschaft im Blitzlicht. Interview mit Carl Christian von Weizsäcker	Lehrkräfte, Referendar:innen, Lehramtsstudierende, Schüler:innen	Interview zu Errungenschaften und Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft
Arne Stemmann: Zeitenwende in Europa und der Welt. Globalisierung auf dem Prüfstand?!	Lehrkräfte, Referendar:innen, Lehramtsstudierende, Schüler:innen	Beschreibung der ordnungspolitischen Herausforderungen im Zuge globaler politischer und ökonomischer Entwicklungen
Aktuelle Tipps und Empfehlungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft	Lehrkräfte, Referendar:innen, Lehramtsstudierende, Schüler:innen	
Margot Selz (Aktionskreis Freiburger Schule): In welcher Ordnung wollen wir leben? Geschichte und Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft	Lehrkräfte, Referendar:innen, Lehramtsstudierende, Schüler:innen	Vorstellung der Ausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben?“ (Design, Inhalte und Zielsetzungen)

Anzeige

Unsere kostenlosen Fachnewsletter

Fachbereich auswählen, anmelden und aktuell informiert sein.

Egal ob Sie auf der Suche nach aktuellen Themen für Ihren Unterricht sind oder Inspiration für Ihre Unterrichtsmethodik brauchen – unsere Fachnewsletter stehen Ihnen mit Tipps und Tricks zur Seite. Es erwarten Sie spannende Neuigkeiten aus ihrem Fachbereich, kontroverse Themen und kostenloses Material. Melden Sie sich jetzt an, wir freuen uns auf Sie!

Ihre Vorteile:

- ✓ Monatlich Fachartikel zum kostenlosen Lesen
- ✓ Unterrichtsmaterial zum Download
- ✓ 5-€-Gutschein bei Anmeldung

**Jetzt 5 €
Gutschein
sichern!**



Unser Leserservice berät Sie gern:
Telefon: 0511/40004-150
Fax: 0511/40004-170
leserservice@friedrich-verlag.de
Mo. bis Fr. 8–18 Uhr

Jetzt online erkunden:

**[www.friedrich-verlag.de/
newsletter-anmeldung](http://www.friedrich-verlag.de/newsletter-anmeldung)**



Wie zukunftsfähig ist die Soziale Marktwirtschaft?

Über die Resilienz unserer Wirtschaftsordnung für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen am Beispiel der Digitalisierung

LERNGRUPPE: ab Jahrgangsstufe 10

IDEE: Die Schüler:innen erarbeiten die ideelle Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und erkennen den Prozesscharakter bzw. die permanente Gestaltungsaufgabe als tragendes Merkmal der Wirtschaftsordnung. Abschließend diskutieren sie vor dem Hintergrund des Konzepts der Gemeinwohl-Ökonomie die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für Deutschland.

ZEITBEDARF: 3 Unterrichtsstunden (je 45 Min.)



Arbeitsblätter 1 – 6

Differenzierung auf den Punkt gebracht

D

Aspekte der Heterogenität:

- Lerntypendifferenzierung: Die Unterrichtseinheit wird durch die Metapher „Die Eiche und das Schilfrohr“ sowie durch die dazugehörige Illustration in besonderer Weise dem visuellen Lerntyp gerecht, der die Informationen vorwiegend über die Augen aufnimmt und für den Bilder bzw. grafische Darstellungen viel einprägsamer sind als geschriebene Worte.

Methode:

- Lerntempo: Um den unterschiedlichen Lerntempi der Lerngruppe gerecht zu werden, empfiehlt sich die Methode „Bushaltestelle“. Für die Methode sollte vorab an einer Stelle im Klassenraum ein gut zugänglicher Treffpunkt mit der Abbildung eines Bushaltestellenschildes eingerichtet werden. Die Lernenden bearbeiten in Einzelarbeit eine Aufgabe. Wer diese erledigt hat, geht zu dem Treffpunkt im Klassenraum (Haltestelle) und wartet dort, bis jemand weiteres die Aufgabe beendet hat. Dann folgt ein Austausch bzw. eine Kontrolle in Partnerarbeit. Dieser erfolgt an freien Plätzen im Klassenzimmer oder im Stehen. Nachdem die Lernenden sich in Duetten eingefunden haben, bearbeiten sie die weiterführenden Aufgaben.

Die Soziale Marktwirtschaft war die Grundlage für den Wirtschaftsaufschwung und das Wirtschaftswunder in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg. Die Leitidee für die Wirtschaftspolitik stammt aus der Nachkriegszeit. Geistige Grundlage ist die freiheitliche Ordnung in Wirtschaft und Gemeinschaft. Anstatt nur auf den Markt fokussiert zu sein (Laissez-faire-Prinzip), verbindet sie den freien Markt mit dem sozialen Ausgleich. Der Staat gibt eine Rahmenordnung vor und muss seine wirtschaftspolitischen Entscheidungen unter marktkonformen Gesichtspunkten treffen. Motor ist der ungehinderte Wettbewerb, der letztlich zu ökonomischen, technischen und sozialen Fortschritten führt. Dort, wo soziale Härten entstehen, sorgt die Gemeinschaft für einen gerechten Ausgleich. Die Frage nach der Ausgestaltung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung ist dauerhaft in der Diskussion, die Anlässe dazu sind vielfältig.

Neue Herausforderungen

Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel oder weitere Herausforderungen wie die Klimadebatte und die Coronapandemie verändern die Gesellschaft und Wirtschaft in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit. Allen Megatrends gemein ist die immanente Frage, wie der institutionelle Regelungsrahmen für das Wirtschaftsgeschehen vor dem Hintergrund dieser und zukünftiger Herausforderungen gestaltet werden soll, um die Erhard'sche Vorstellung vom „Wohlstand für alle“ weiterhin möglich zu machen. Die

Wirtschaftsordnung steht unter enormem Anpassungsdruck. Aus der Perspektive der ökonomischen Bildung sind Kenntnisse über die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, essenziell, um diese als mündige und verantwortungsbewusste Bürger:innen aktiv mitzugestalten und weiterentwickeln zu können.

Die Soziale Marktwirtschaft muss aber schon bezüglich ihrer Existenzberechtigung immer wieder neu hinterfragt werden. Wie können wir zuversichtlich sein, dass die Soziale Marktwirtschaft die richtige Ordnung ist, um den gegenwärtigen Herausforderungen für die Gesellschaft zu begegnen?

Resilienz in der Sozialen Marktwirtschaft

Das Schlüsselkonzept für den Umgang mit diesen Herausforderungen ist die Resilienz. Diese steht für eine Fähigkeit zurückzufedern, nicht zu verwechseln mit der Robustheit, welche die Fähigkeit ist standzuhalten. Denn manchmal ist Widerstand im Sinne von Robustheit der falsche Weg, um Herausforderungen zu bewältigen. Es geht darum, einen Sturm zu überstehen und sich danach zu erholen, wie es in der berühmten Fabel „Die Eiche und das Schilfrohr“ des französischen Dichters Jean de La Fontaine deutlich wird (M4).

Klar ist darüber hinaus aber auch, ein Gesellschaftsvertrag ist nur dann resilient, wenn die Bürger:innen mehrheitlich hinter ihm stehen, wenn sie ihn akzeptieren. Dafür muss die Gesellschaft gerecht und leistungsorientiert sein und Ungleichheiten müssen sich in Grenzen halten.



Anliegen des Unterrichtsbeitrages

Dieser Unterrichtsbeitrag thematisiert am Beispiel der Digitalisierung die gesellschaftliche Debatte über die

Herausforderungen und Anpassungsmöglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft.

Im Zentrum stehen dabei der Prozesscharakter und die permanente Gestaltungsaufgabe unserer

marktwirtschaftlichen Ordnung – als tragendes Merkmal der Resilienz. Denn unsere Wirtschaftsordnung wurde bei ihrer Einführung 1948 nicht festgeschrieben, sie ist, auch wenn es unantastbare Elemente gibt, nicht in Stein

Abb. 1: Digitalisierung als Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft

ERWARTUNGSHORIZONT

M 1:

Die Digitalisierung wirkt sich auf alle Lebens- und Arbeitsbereiche aus und stellt eine Herausforderung/Bedrohung für die Soziale Marktwirtschaft dar.

M 2:

Aufgabe 1: Individuelle Antworten der Schüler:innen

Aufgabe 2: Mögliche Antworten: Chancen von KI → Kostensenkungen und Wettbewerbsvorteile, Vorhersagegenauigkeit, Chancen digitaler Plattformen → Bequemlichkeit, besseres Matching von Konsumenten und Produzenten, Kostensenkung. Chancen von Quantencomputern: Schnelligkeit, Nutzen für medizinische Forschung, genauere (Wetter-)Vorhersagen.

Aufgabe 3: Individuelle Antworten der Schüler:innen

M 3:

Aufgabe 1: Datensouveränität für die Bürger:innen, Verhinderung von Marktkonzentrationen, Erhalt des Wettbewerbs, Zugang zu sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen, soziale Absicherung

Aufgabe 2: Soziale Marktwirtschaft kein festgeschriebenes System, sondern anpassungsfähig im Sinne einer permanenten Gestaltungsaufgabe (GG. Artikel 20 und 28, je Absatz 1)

Aufgabe 3: Politische Partizipationsformen: mögliche Antworten: soziale Bewegungen (FFF), Demonstrationen, politische Mitgestaltung, Wahlen

M 4:

Aufgabe 1: individuelle Antworten der Schüler:innen: Sinngemäß und bildlich wird die Soziale Marktwirtschaft als Schilfrohr dargestellt, welches mit der Fähigkeit zurückzufedern resilienter ist als die robuste

Eiche, die vom Wind (im Falle der Sozialen Marktwirtschaft von zu großen Herausforderungen) entwurzelt werden kann.

Aufgabe 2: Die Soziale Marktwirtschaft ist u. a. durch Artikel 20 und 28 des GG keine Wirtschaftsordnung, deren Regeln in Stein gemeißelt, sondern stets anpassungsfähig sind und damit von Menschen/Bürger:innen gestaltet werden müssen.

M 5:

Aufgabe 1: Schaffung und Verknüpfung neuer digitaler globaler Märkte, welche orts- und zeitungebunden auf der Verfügbarkeit des Internets basieren

Aufgabe 2: Digitalkonzerne wie Amazon, Google, Apple oder Facebook missbrauchen ihre marktbeherrschende Stellung, indem sie gezielte Informationen ihrer Kunden sammeln und gewinnbringend nutzen, häufig ohne Verantwortung für Inhalte zu übernehmen, die auf ihren Plattformen geteilt werden.

Aufgabe 3: Individuelle Ergebnisse

M 6:

Aufgabe 1: Das Bundeskartellamt gilt als die Hüterin des Wettbewerbs, welche für den Fortbestand und die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft essenziell ist.

Aufgabe 2: Die Gesetzesänderung wurde verabschiedet, weil man mit den bisherigen Gesetzesstrukturen auf die Auswirkungen von Plattformökonomien kaum Einfluss nehmen konnte.

Aufgabe 3: Die individuellen Antworten sollen multiperspektivisch, ausgewogen und abwägend diskutiert werden.

gemeißelt. Vielmehr ist sie ein lebendiges Regelwerk, dessen Regeln ständig überprüft und weiterentwickelt werden, um mit den ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen Schritt halten zu können.

Methodische Konkretisierung

Der Materialteil untergliedert sich in mehrere Arbeitsblätter mit jeweils unterschiedlichen Materialien. Auf Basis des ersten Arbeitsblatts (**M 1**) erfolgt für die Schüler:innen anhand eines assoziativen Einstiegs in Form der Zitate bzw. der Zeitungsüberschrift eine erste Annäherung an die Herausforderung der Sozialen Marktwirtschaft am Beispiel der Digitalisierung, welche vor dem Hintergrund zentraler digitaler Schlüsseltechnologien in der anschließenden Erarbeitungsphase von den Schüler:innen differenziert erarbeitet und problematisiert werden sollen (**M 2**). **M 3** thematisiert die ideellen Grundlagen der Sozialen

Marktwirtschaft in Form der permanenten Gestaltungsaufgabe, welche als zentrales Charakteristikum der Wirtschaftsordnung erkannt werden soll. Die Schüler:innen erarbeiten diesbezüglich auch die verfassungsrechtlichen Grundlagen mithilfe von wesentlichen Auszügen aus dem Grundgesetz, welche verdeutlichen, dass das Grundgesetz keine bestimmte Wirtschaftsordnung festlegt und sie entsprechend im täglichen gesellschaftlichen und politischen Diskurs neu zu hinterfragen und zu gestalten ist. Mithilfe von **M 4** soll dem zentralen Unterrichtsanliegen in Form einer Metapher ein Narrativ bzw. Bild verliehen werden.

Die Schüler:innen interpretieren die Metapher auch auf Basis des Gelernten aus **M 3** und festigen somit ihre Kenntnisse. Zum Abschluss dieser Unterrichtseinheit vertiefen die Schüler:innen am Beispiel der Plattformökonomie (**M 5** und **M 6**) die Anpassungsleistung der Wirtschaftsordnung hin zu einer sozialen digitalen Marktwirtschaft.

Literatur

Brunnermeier, M. K. (2021): Die resiliente Gesellschaft – Wie wir künftige Krisen besser meistern können, Aufbau Verlag, 1. Aufl., Berlin.
Unterrichtseinheit „Unsere Wirtschaftsordnung“, 2011. Online unter: <https://www.handelsblattmachtschule.de/fileadmin/PDF/wirtschaftsordnungen.pdf> [letzter Zugriff: 01.06.2022].



1

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND DIGITALISIERUNG

M 1: Digitalisierung als Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft

Arbeitsaufträge:

1. **Gib** mit eigenen Worten die Kernaussagen der Sprechblasen **wieder**.
2. **Stelle** begründete **Vermutungen auf**, inwiefern die Digitalisierung die deutsche Wirtschaftsordnung vor Herausforderungen stellen kann.

Zitate zur Digitalisierung:

„Die Digitalisierung revolutioniert unser Leben und unsere Arbeitswelt – und das in rasendem Tempo. [...] Mit diesen rasanten Entwicklungen gehen tiefgreifende gesellschaftliche und politische Herausforderungen einher.“

Stefan Kirchner (2021): Kommt jetzt die Plattformgesellschaft? Grundlagen, Organisationen und Perspektiven in der digitalen Transformation. Working Paper "Fachgebiet Digitalisierung der Arbeitswelt", Nr. 03, Technische Universität Berlin, https://www.da.tu-berlin.de/fileadmin/i62_datypo3/PDF/DP_No_3_Paper.pdf

„Ludwig Erhard hatte nicht mit Facebook gerechnet. Das Digitale bedroht die Soziale Marktwirtschaft.“

Hajo Schumacher: Bedroht die Digitalisierung die Soziale Marktwirtschaft? Online unter: <https://www.morgenpost.de/vermischtes/article230847396/Bedroht-die-Digitalisierung-die-soziale-Marktwirtschaft.html>

M 2: Ausgewählte digitale Schlüsseltechnologien als zentrale Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft

Arbeitsaufträge:

1. **Arbeitet** in Partnerarbeit: **Charakterisiere** die Digitalisierung, indem du die unten genannten digitalen Schlüsseltechnologien deinem Partner erläuterst. **Ergänzt** und **korrigiert** euch ggf. gegenseitig.
2. **Leitet** in Partnerarbeit und auf Basis von M 2 auch mögliche Chancen für das gesellschaftliche Zusammenleben **ab**, welche sich aus den digitalen Schlüsseltechnologien ergeben können.
3. Bedroht die Digitalisierung die Soziale Marktwirtschaft? **Diskutiert** diese Streitfrage in der Klasse.

Künstliche Intelligenz:

Künstliche Intelligenz, oder kurz KI, ist die Übertragung menschlichen Lernens und Denkens auf den Computer. Sie kann schon jetzt Aufgaben zum Teil schneller, vernünftiger und besser lösen als der Mensch. KI kann **folgern**, beispielsweise auf Basis individueller Gesundheitsdaten Sportarten empfehlen oder Ernährungstipps geben. Sie kann **bewerten** und **reagieren** (z. B. auf Basis von Spracherkennung). KI hat eine enorme Bedeutung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit, bis 2030 könnte das BIP allein durch KI um 11 % gesteigert werden.

Gefahren für die Gesellschaft: Verlust des eigenständigen Denkens bzw. der Willenskraft/Freiheit, Computer Verlust von Arbeitsplätzen

Digitale Plattformen:

Digitale Plattformen gehören zu den erfolgreichsten Geschäftsmodellen – mit den Unternehmen Google, Amazon, Facebook oder Apple als den bekanntesten Unternehmen. Sieben der zehn weltweit wertvollsten Unternehmen basieren auf Daten. Sie haben einen so großen Einfluss, dass sie mit ihrer Marktmacht den Wettbewerb immer mehr verhindern und damit die Marktwirtschaft zerstören. Traditionell gilt der Verkaufspreis als zentrales Marktsignal, das Angebot und Nachfrage steuert. In der Digitalökonomie sind diese Services oft kostenlos. Zum Zahlungsmittel werden Daten, deren Wert und Verwendung für die Nutzer aber nicht transparent ist.

Gefahren für die Gesellschaft: Monopolbildung, Machtverlust der Nationalstaaten, geringere Steuereinnahmen

Quantencomputer:

Der Unterschied zwischen einem Quantencomputer und einem normalen Heim-PC ist, was die Leistungsfähigkeit angeht, etwa so groß wie der zwischen einem Überschalljet und einem Zeppelin. Mit solchen Computern können in Zukunft Krankheiten und das Wetter früher und genauer vorhergesagt werden. Sie können aber auch die bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten verschärfen, wenn Informationen nicht allen zugänglich sind oder diese zur Beeinflussung missbraucht werden.

Gefahren für die Gesellschaft: Manipulation und Ausschluss von wichtigen Informationen

M 3: Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Arbeitsaufträge:

1. **Fasse** Ansprüche bzw. Forderungen an die Soziale Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der Digitalisierung mithilfe von M 3.1 **zusammen**.
2. **Erläutere** am Beispiel des Zitats von Ludwig Erhard und auf Basis von M 3.2 und M 3.3, mit welchem zentralen Wesensmerkmal sich die 1948 eingeführte Soziale Marktwirtschaft Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen kann.
3. **Diskutiere** in der Klasse, welchen Beitrag ihr als noch junge Bürger:innen leisten könnt, um den Herausforderungen der Digitalisierung (M 3.1) gerecht zu werden.

M 3.1: Digitalisierung und Soziale Marktwirtschaft

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir arbeiten, produzieren, verkaufen und kaufen, extrem. Viele Expert:innen haben sich den Kopf darüber zerbrochen, ob angesichts der Digitalisierung all unserer Lebensbereiche, insbesondere der Wirtschaft, nicht längst ein Nachfolgerezept für die Soziale Marktwirtschaft notwendig wird. Die Ansprüche an den Staat sind groß: So sollte der Staat für eine Datensouveränität sorgen, mit deren Hilfe Bürger:innen eine informierte Entscheidung darüber treffen können, welche Dienste und Funktionen sie nutzen möchten und welcher Art der Datenverarbeitung sie zustimmen. Gleichzeitig soll sie die Marktkonzentrationen digitaler Großkonzerne verhindern und den Zugang zu einer gesicherten und gut bezahlten Arbeit für alle Bürger:innen gewährleisten. Gleichzeitig muss die Soziale Marktwirtschaft für eine angemessene soziale Absicherung sorgen.

„In einer sich bewegenden Welt werden wir nicht erstarren dürfen.“

Ludwig Erhard (Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft und erster Wirtschaftsminister der BRD).

M 3.2: Alfred Müller-Armack zur Sozialen Marktwirtschaft

„Trotz der Grundelemente ist die Soziale Marktwirtschaft gemäß ihrer Konzeption kein fertiges System, kein Rezept, das, einmal gegeben, für alle Zeiten im gleichen Sinne angewendet werden kann. Sie ist eine evolutive (= anpassungsfähige) Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, dass sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente neu zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit.“

M 3.3: Die Soziale Marktwirtschaft im Grundgesetz

Das Grundgesetz legt keine bestimmte Wirtschaftsordnung fest. Ebenso wenig wird die Soziale Marktwirtschaft beim Namen genannt. Es zieht jedoch klar definierte Grenzen, innerhalb derer die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung bleiben muss:

Grundgesetz Artikel 20, Absatz 1:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Grundgesetz Artikel 28, Absatz 1:

„Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des [...] sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.“

M 4: Die Metapher – die Eiche und das Schilfrohr

Arbeitsaufträge:

1. **Interpretiere** die Fabel vor dem Hintergrund der Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft.
2. **Begründe** auch auf Basis von M 3.2 und M 3.3, inwiefern man die Soziale Marktwirtschaft in diesem Bild mit dem Schilfrohr gleichsetzen kann.

Zum Schilfrohr sprach einmal die Eiche: „Ich finde, dass du Grund zur Klage hast. Ein winziger Vogel schon wird dir zur Last. Der schwächste Windhauch, der im Teiche das Wasser kräuselt, biegt dir fast den Kopf zur Erde, während ich mein Haupt [...] dem Sturm entgegenhebe. Ach ja, du Armer, ständest du nur nicht so im Freien, sondern mehr in meinem Schutz der Blätter, die nach allen Seiten sich dich um meine Zweige breiten.“

„Aus gutem Herzen“, sagte darauf das Schilfrohr, „entspringt dein Mitgefühl, doch bevor du urteilst, musst du auch bedenken, dass mich die Winde wenig kränken. Ich biege mich und breche nicht. Bis jetzt hast du dem Sturm dich tapfer widersetzt und hast dich nicht vor ihm den Rücken gekrümmt. Doch warte ab, ob bis zuletzt Steifnackigkeit und Trotz dir glücken.“

Kaum war's gesagt, da kam in tollem Flug der schlimmste Sohn [Wind] dahergebraust, den je der [Wind] in seinen Lenden trug. Der Baum steht gut, das Schilfrohr schwankt. Der Wind verdoppelt seine Kraft und zaust und rüttelt an der Eiche, bis sie wankt und stürzt. Da lag sie, deren Haupt den Himmel fühlte, doch deren Fuß im Reich des Todes wühlte.



M 5: Soziale Marktwirtschaft für digitale Märkte

Arbeitsaufträge:

1. **Gib** auf Basis von M 5.1 und M 5.2 das Geschäftsprinzip der Plattformökonomie **wieder**.
2. Digitalkonzerne stehen auch immer wieder in der Kritik, weil sie ihre marktdominierende Stellung missbrauchen. **Erläutere** am Beispiel von Facebook und M 5.3, inwiefern der Digitalkonzern eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft darstellt.
3. **Recherchiere** eine Plattformökonomie deiner Wahl und **erstelle** dazu einen einseitigen Steckbrief.
 - a. **Beschreibe** das Geschäftsmodell der Plattformökonomie.
 - b. Wer hat das Digitalunternehmen gegründet? **Stelle** die Unternehmerpersönlichkeit sowie die entsprechenden Charaktereigenschaften **vor**, die der Person zu einem erfolgreichen Unternehmer verholfen haben.
 - c. **Stelle** ebenso **vor**, welche Veränderungen die Plattformökonomie für die verschiedenen Wirtschaftsakteure (Arbeitnehmer, Konsumenten, Staat) hervorgerufen haben. **Präsentiere** den Steckbrief in der Klasse.

M 5.1: Große Tech-Giganten nutzen ihre Marktmacht

Keine andere Branche hat es in der Geschichte der Weltwirtschaft in so kurzer Zeit zu so viel Geld und so viel Marktmacht gebracht wie die Plattformökonomie [...]. Populärstes Beispiel dürfte der Konzern Amazon sein, der im Juli 1994 von Jeff Bezos als Buchversand gegründet wurde und in weniger als zwei Jahrzehnten zum Weltmarktführer im Online-Handel aufgestiegen ist. Den Geschwindigkeitsrekord beim Aufstieg dürfte Facebook halten, dass erst 2004 gegründet wurde und es innerhalb von siebzehn Jahren auf einen Börsenwert von über einer Billion Dollar gebracht hat. [...] Hinter diesen Erfolgsgeschichten steckt [durch die Neigung zur Monopolbildung und Marktkonzentration] auch eine zerstörerische Dynamik, die zu Lasten des Wettbewerbs sowie von klassischen Unternehmen geht [...]. Das Geschäftsprinzip der Plattformökonomie ist simpel: Ein Plattformunternehmen managt kein Produkt und keine Dienstleistung, sondern lebt davon, dass es Marktakteure miteinander verknüpft. Plattformen stehen also zwischen dem Produzenten einer Ware auf der einen Seite und dem Konsumenten dieser Ware auf der anderen Seite. Das Prinzip existierte schon lange vor dem Internetzeitalter: Messegesellschaften haben Ausstellungsflächen zur Verfügung gestellt, auf denen Produzenten ihre Waren anbieten und Kunden sie kennenlernen und kaufen konnten. Plattformunternehmen sind im Grunde nichts anderes als Messegesellschaften, die das Internet als Ausstellungsfläche nutzen.

M 5.2: Marktmacht

Unter Marktmacht versteht man die Macht, die an einem Markt ausgeübt wird. Je größer diese Macht ist, desto stärker kann zum Beispiel ein Unternehmen den Markt beeinflussen. Das Unternehmen mit dem größten Marktanteil hat in der Regel auch die größte Marktmacht. Wer durch eine große Marktmacht eine marktbeherrschende Stellung innehat, kann etwa Preise oder Mengen am Markt beeinflussen.

M 5.3: Zeitungsüberschriften

NEWS

Neue Studie zu Fake News: Vorbehalte gegenüber Facebook

23.06.2021: 46 Prozent der Internetnutzerinnen haben laut neuer Studie Falschmeldungen zu Corona gesehen. Die größten Sorgen gibt es gegenüber Facebook.

Neue Studie zu Fake News. Vorbehalte gegenüber Facebook. Online unter <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/neue-studie-zu-fake-news-vorbehalte-gegenueber-facebook/27354184.html> © Der Tagesspiegel

Bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzer betroffen

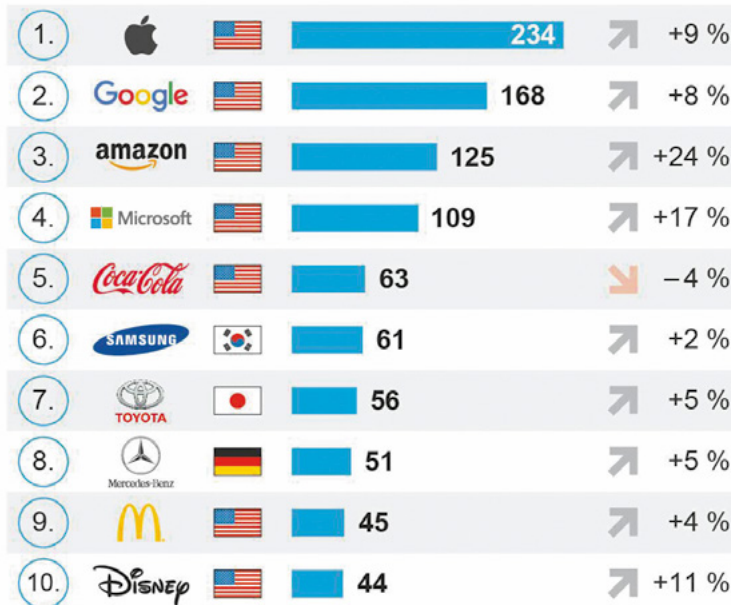
04.04.2018: Offenbar hat die Firma Cambridge Analytica mehr Facebook-Nutzerinnen ausgespäht als bisher bekannt. Auch in Deutschland gibt es möglicherweise rund 300.000 Geschädigte.

Eike Kühl: Bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzer betroffen, <https://www.zeit.de/digital/internet/2018-04/datenmissbrauch-facebook-zuckerberg-cambridge-analytica>

M 5.4: Infografik

Die wertvollsten Marken der Welt

Markenwert 2019 in Mrd. US-Dollar gegenüber 2018



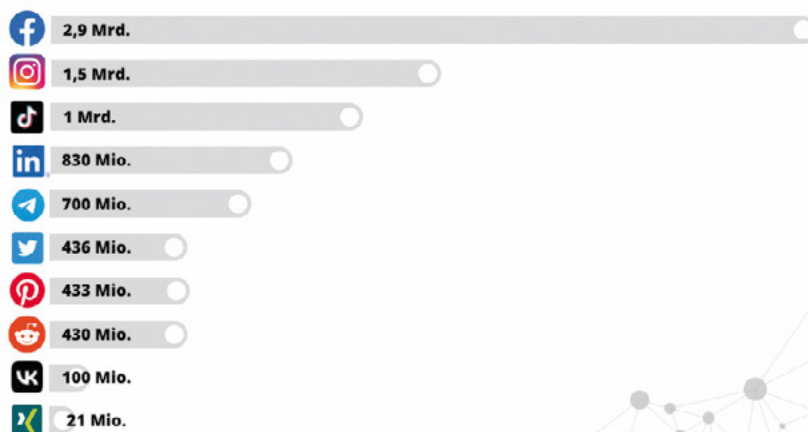
Grafik: © APA, Quelle: Interbrand



M 6.3: Infografik

Social-Media-Nutzerzahlen - weltweit - 2022

Die Nutzerzahlen beziehen sich auf monatlich aktive Mitglieder (MAU)



Blog2Social

Smarte Social Media Automatisierung für
WordPress und als WebApp



© 2022 | Adenion GmbH

www.blog2social.com

Blog2Social
by Adenion

M 6: Wehrhafte soziale digitale Marktwirtschaft

Arbeitsaufträge:

1. **Gib** mit eigenen Worten mithilfe von M 6.1 die Bedeutung des Bundeskartellamtes für die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft **wieder**.
2. **Erläutere** anhand von Paragraph 19 des GWB die Ursachen für die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Sicherung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs (M 6.2).
3. **Diskutiert** in der Klasse die Anpassungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft am Beispiel des Bundeskartellamtes vor dem Hintergrund der digitalen Herausforderungen.

M 6.1: Das Kartellamt schreitet ein

04.05.2022: Das Bundeskartellamt hat festgestellt, dass Meta [ehemals Facebook] ein Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb ist. Damit sind die Instrumente der erweiterten Missbrauchsaufsicht auf Meta anwendbar, die der deutsche Gesetzgeber Anfang 2021 eingeführt hat. Die neuen Regeln des § 19a GWB erlauben dem Bundeskartellamt ein früheres und effektiveres Eingreifen gegen Verhaltensweisen großer Digitalkonzerne. Das Bundeskartellamt kann Unternehmen, deren überragende marktübergreifende Bedeutung für den Wettbewerb es festgestellt hat, wettbewerbsgefährdende Praktiken untersagen. Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes: „Durch das von Meta geschaffene digitale Ökosystem mit einer sehr großen Zahl von Nutzenden ist das Unternehmen der zentrale Spieler im Bereich der sozialen Medien. Nach unseren Ermittlungen ist Meta damit auch im kartellrechtlichen Sinne ein Unternehmen von überragender marktübergreifender Bedeutung. Wir haben seine Position nach zeitweilig streitigem Verfahren jetzt förmlich nachgewiesen. Unsere Feststellung versetzt uns in die Lage, gegen etwaige Wettbewerbsverstöße deutlich effizienter vorzugehen, als wir das mit den bislang verfügbaren Instrumenten tun konnten. Meta hat auf Rechtsmittel gegen unsere Entscheidung verzichtet.“

Das Bundeskartellamt mit Sitz in Bonn ist eine unabhängige Wettbewerbsbehörde, deren Aufgabe der Schutz des Wettbewerbs in Deutschland ist. Dieser Schutz ist eine zentrale ordnungspolitische Aufgabe in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung. Aufgabe des Bundeskartellamtes ist in erster Linie die Anwendung und Durchsetzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (kurz GWB) und damit der Schutz des Wettbewerbs in Deutschland.

M 6.2: Einführung der neuen Digitalvorschrift: § 19a GWB

Seit dem 19. Januar 2021 verfügt das Bundeskartellamt aufgrund einer Gesetzesänderung über ein neues kartellrechtliches Instrument - §19a des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Diese neuen Vorschriften sollen es dem Bundeskartellamt ermöglichen, Unternehmen mit einer sog. überragenden marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb besondere Verhaltenspflichten aufzuerlegen. Die Anwendung des neuen §19a GWB erfolgt in zwei Stufen: Stellt das Bundeskartellamt in der ersten Stufe eine überragende marktübergreifende Bedeutung für den Wettbewerb eines Unternehmens fest, kann es in der zweiten Stufe wettbewerbsgefährdende Praktiken untersagen. Auch vor der Gesetzesänderung wurden im Rahmen der Missbrauchsaufsicht bereits Verfahren gegen Digitalkonzerne eingeleitet.

SABINE GANS

Weiter so oder besser so?

Was gehört zu einem nachhaltigen Leben?

Vor allem aus dem Artikel 20 des Grundgesetzes lässt sich mit dem Sozialstaatsgebot ein politischer Imperativ ableiten. Die soziale Komponente manifestiert sich dabei insbesondere im System der gesetzlichen Sozialversicherung, in die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgebende Beiträge einzahlen, aus denen die Leistungen im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit oder Renten nach dem Erwerbsleben gezahlt werden. Insbesondere Letzteres fußt auf einem ungeschriebenen Generationenvertrag, nach dem Erwerbstätige für die Kinder- und die Seniorengenerationen sorgen, um dann im eigenen Alter Rente zu beziehen.

Im Oktober 1994 wurde der Umweltschutz als Ziel ins Grundgesetz aufgenommen; seit dem 1. August 2002 hat auch der Tierschutz Verfassungsrang. Der Aspekt der diesbezüglichen Generationengerechtigkeit spiegelt sich im ergänzten Art. 20a GG wider: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und

nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Die Konkretisierung dieses Auftrags ist Ergebnis eines gesellschaftlichen Diskurses und politischer Entscheidung. Der dadurch entstehende Gestaltungsraum bietet Gelegenheit zu Auseinandersetzung und Partizipation.

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 in den „Sustainable Development Goals“ (UN 2015) die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern der Welt festgeschrieben. Nicht zuletzt das umweltpolitische Engagement Jugendlicher sowie das aktuelle

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verpflichtung, bei politischen Entscheidungen deren Konsequenzen für künftige Generationen in den Blick zu nehmen, unterstreicht, dass Unterricht Schüler:innen Kompetenzen an die Hand geben soll, gegenwärtige und künftige – noch unbekannte – Herausforderungen zu bestehen (BVerfG 24.03.2021). Dazu passt ein projektorientierter, forschender Lernzugang.

Die nachfolgende Unterrichtseinheit stellt deshalb zum einen die Frage, wie sich „ökonomische Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt

Abb. 1: Herausforderung Klimawandel: In welcher Welt wollen wir leben?



LERNGRUPPE: Klasse 9 – 10

IDEE: Die Schüler:innen setzen sich anhand verschiedener Materialien mit der Frage auseinander, was zu einem guten und nachhaltigen Leben gehört.

ZEITBEDARF: 4 – 6 Unterrichtsstunden (je 45 Min.)



Arbeitsblätter 1 – 5

ausbalancieren“ lassen (Bildungsmi-
nisterium Rheinland-Pfalz 2021: 158),
öffnet auf der anderen Seite den Blick
für individuelle Bedürfnisse in unter-
schiedlichen Lebenssituationen und
stellt gesellschaftliche/zukünftige
Erfordernisse gegenüber. Die Fra-
gen „Weiter so oder besser so?“ und
„Was gehört zu einem besseren, ei-
nem nachhaltigen Leben?“ stellen
Bezüge zur konkreten Lebenssitua-
tion der Jugendlichen her und ma-
chen die Forderungen des Grundge-
setzes nach sozialem Ausgleich und
Generationengerechtigkeit erfahrbar
in ihrer horizontalen (bezogen auf un-
terschiedliche gesellschaftliche/sozi-
ale Gruppen) und ihrer vertikalen Di-
mension (bezogen auf den Ausgleich
der Interessen gegenwärtiger und zu-
künftiger Generationen).

Das Material im Unterricht

Im vorgestellten Material lernen die
Schüler:innen zunächst die Formulie-
rungen der Artikel 20 und 20a GG ken-
nen (**M 1**) und übertragen sie in Form
von Kurznachrichten. Die Konfrontati-
on mit Fotos (**M 2**) macht deutlich, in
welchen Zusammenhängen sich der
Verfassungsauftrag konkretisiert; an-
schließend erkunden die Schüler:innen
ihr eigenes Umfeld und fotografieren
selbst. Die weitere, vertiefte Ausein-
dersetzung erfolgt über das Material-
paket (**M 3**) zu Nachhaltigkeit als Ziel
des Wirtschaftens. Diese Materialien
sind in Komplexität und Perspektive
unterschiedlich und erlauben ein dif-
ferenziertes Bearbeiten hinsichtlich
des Schwierigkeitsgrades und inhalt-
lichen Zugangs. Der Schwerpunkt der

Unterrichtseinheit liegt in der eigenen
Auseinandersetzung und der Selbsttätig-
keit der Schüler:innen. Die in **M 4** an-
gelegte Befragung zieht daraus die Kon-
sequenz. Außerdem ermöglicht sie ei-
nen Einblick in Konzeption und Auswer-
tung von Befragungen.¹ Zum Ziehen ei-
nes Fazits werden Vorschläge gemacht,
die im Sinne der Öffnung von Schule
den Schüler:innen Gelegenheiten zum
weiteren Austausch und zur Verbalisie-
rung eigener Positionen und Wünsche
geben (Podiumsdiskussion, Kontakt zu
Mandatsträger:innen, Blog, Video etc.).

Didaktisch-methodischer Zugang

- Bezug zur Lebenssituation der Schüler:innen

ERWARTUNGSHORIZONT

Die Schüler:innen

- übertragen die Art. 20 GG und 20a GG in eine zeitgemäße Sprache (**M 1**).
- stellen Zusammenhänge her zwischen Verfassungsauftrag und auf Bildern dargestellten Situationen.
- erkunden ihr Umfeld und halten passende Situationen als Fotos fest.
- erschließen sich Gestaltungsraum und -potenzial der Sozialen Marktwirtschaft (**M 2**).
- setzen sich mit Informationen zum nachhaltigen Wirtschaften auseinander, entwickeln einen Leitfaden und erheben die Einschätzung der persönlichen Situation von (jungen) Menschen (**M 4**).
- werten die Befragung aus und präsentieren die Ergebnisse adressatengerecht.
- setzen sich im Diskurs mit dem Spannungsverhältnis ökonomischer und ökologisch-nachhaltiger Ziele auseinander.

M 1:

Durch die Übertragung in Alltagssprache können Verständnisprobleme ausgeräumt und ein Bezug zur Lebenswelt der Schüler:innen hergestellt werden.

M 2:

Die Auseinandersetzung mit den dargestellten Situationen zeigen Konfliktlinien, aber auch Handlungsoptionen zwischen eigenen Bedürfnissen in einer gewinnorientierten Marktwirtschaft und Nachhaltigkeitszielen auf. Das Fliegen ist auf der einen Seite ein Klimakiller, auf der anderen Abbildung illustriert die Fotovoltaikanlage auf dem Acker die Möglichkeiten bei der Gewinnung erneuerbarer Energien. Die eigene Erkundung und das Fotografieren stellen die Verbindung zur Lebenswelt der Schüler:innen her.

M 3:

Interpretation der Karikatur: Die Zeichnung bezieht sich auf die Folgen des Klimawandels. Der Mann als Vertreter der älteren Generation

rechtfertigt sich mit Unwissen und der Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen.

Beurteilung: Die Folgen des Klimawandels sind seit vielen Jahren bekannt und der Blick in die Zukunft lässt befürchten, dass deren Unvorhersehbarkeit später als Argument für heutige Untätigkeit herangezogen werden.

Auseinandersetzung mit den Materialien:

Deutsches Klimaschutzgesetz von 2019 ist in Teilen nicht mit den Grundrechten vereinbar.

- Es fehlten ausreichende Vorgaben für die Minderung der Emissionen ab dem Jahr 2031.
- Gefahren des Klimawandels auf Zeiträume danach und damit zulasten der jüngeren Generation verschoben, so die Richter.
- Notwendigkeit der „Nachbesserung“ durch den Gesetzgeber.

Ergänzend zu den Rechercheergebnissen zur Gesetzesinitiative in der Bundesrepublik Deutschland: Im Februar 2022 hat die Europäische Kommission eine Initiative für ein gesamteuropäisches Lieferketten-gesetz gestartet.

Gestalten einer Collage o. Ä.

Die Gestaltung eines künstlerischen Produkts ermöglicht den Schüler:innen einen individuellen Zugang und eine kreative Form der Auseinandersetzung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme ist die Förderung der Kreativität und die eigene Selbstwirksamkeitserfahrung wichtig. Die Ergebnisse hängen von den Meinungen und Einstellungen der Schüler:innen ab.

M 4:

Der abgedruckte Bogen ist beispielhaft und wurde von einer Schüler:innengruppe entwickelt. Ausgangspunkt war die individuelle Frage, woran das eigene Wohlbefinden bzw. ein gutes Leben zu erkennen sei und welche Indikatoren die Jugendlichen sehen. Die Ergebnisse der Gruppe sowie das Fazit sind entsprechend individuell.

- Befragung öffnet den empathischen Blick auf die Perspektiven anderer Menschen
- Erfahrung von Politik als Abgleich von Interessen und Möglichkeiten
- nicht ausschließlich kognitiv, sondern auch kreativ (Fotosession, Collage)
- handlungs- und produktorientiertes Arbeiten
- Öffnung von Schule (Ausstellung, Befragung, Diskussionsformate)
- Anbahnung von Kommunikationsfähigkeit und Sozialkompetenz durch den steten Austausch sowie ergebnisoffene Diskussionsformate
- Förderung politischer Urteilsbildung

Anknüpfungsmöglichkeiten im Unterricht

Die Einbindung im Unterricht kann in unterschiedlicher fachlicher Anknüpfung erfolgen: An den gesellschaftswissenschaftlichen Fächerkanon sowie

an Themen der Fächer Religion/Ethik/ Philosophie anzubinden sind der soziale Ausgleich, das Verhältnis der Generationen sowie die Soziale Marktwirtschaft und ihre Ausgestaltung. Naturwissenschaftliche Fächer behandeln Klimaphänomene, Konsequenzen und technologische Innovation. Das Material kann auch zur Sprachbildung, zum Argumentieren und Erörtern benutzt werden.

Anmerkung

¹ Der Fragenkatalog wurde von einer Klasse 9 entwickelt, verwendet und ausgewertet. Selbstverständlich können die Schüler:innen eigene Schwerpunkte bilden und entsprechende Fragen formulieren.

Literatur

Europäische Union (2019): Richtlinie 2019/904/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt.

Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz (Hg.) (2021): Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Mainz.

United Nations (2015): Transforming our World: The 2030 Agenda of Sustainable Development. New York.

D Differenzierung auf den Punkt gebracht

Aspekte der Heterogenität:

Die Erfahrungen und Lebenswelten sowie die Kompetenzen der Schüler:innen sind unterschiedlich. Der Unterrichtsbeitrag geht von einem ganzheitlich-positiven Verständnis von Heterogenität aus, fördert auf der einen Seite die Weiterentwicklung eigener Potenziale und Stärken und bietet auf der anderen Seite Gelegenheit zu üben und an Schwächen zu arbeiten.

Methode:

Methodische Vielfalt durch Diskussionsformate, Textanalyse, kreativ-künstlerische und empirische Methoden erlaubt eine Kompetenzentwicklung auf vielen Ebenen: inhaltlich, sprachlich, sozial, kommunikativ, analytisch, urteilsbildend.

Praxistipp:

Aus M 1 – M 5 zu Nachhaltigkeit als Ziel des Wirtschaftens können diejenigen Materialien ausgewählt werden, die in Komplexität und Perspektive zur Schüler:innengruppe passen. Ein arbeitsteiliges Vorgehen ermöglicht ein differenziertes Bearbeiten hinsichtlich des Schwierigkeitsgrades und inhaltlichen Zugangs.



5

Arbeitsblatt

WAS GEHÖRT ZU EINEM NACHHALTIGEN LEBEN?

M 5: Welche Ziele soll die Politik verfolgen? – Schlussfazit

Ihr habt erfahren, dass das Sozialstaatsgebot sowie Umweltschutz und Tierwohl im Grundgesetz als Auftrag staatlichen Handelns verankert sind (M 1). Die Fotos (M 2) haben euch praktische Auswirkungen gezeigt und zu eigenen Beobachtungen inspiriert. Mithilfe der Materialien M 3 konntet ihr euch ein Bild machen, wie diese Verfassungsziele durch Gesetze und Zielvereinbarungen konkret werden. Eine Befragung brachte euch Ergebnisse, wie Jugendliche ihre eigene Situation einschätzen.

Viele Arbeitsschritte seid ihr zusammen gegangen; dabei gab es Gelegenheiten zum Austausch und zur Diskussion. Vielleicht habt ihr eine Ausstellung eurer Fotos, Karikaturen oder Collagen gemacht, die Befragungsergebnisse präsentiert?

Sicher sind viele verschiedene Meinungen und Aussagen zusammengekommen.

Um ein Fazit (= abschließende Beurteilung) des Themas zu ziehen, könnt ihr

- eine Podiumsdiskussion durchführen,
- mit einem Lokalpolitiker oder einer Lokalpolitikerin sprechen,
- einen Blog eröffnen,
- ein Video drehen.

WAS GEHÖRT ZU EINEM NACHHALTIGEN LEBEN?

M 1: Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes



Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 20:

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

1. Schaut euch den Artikel 20 des Grundgesetzes an. Formuliert Fragen, schlagt unbekannte Wörter nach.
2. „Übersetzt“ den Text des Art. 20 (1) GG in eine kurze Textnachricht in eurer Alltagssprache.
3. Diskutiert kritisch in einem ersten Meinungsbild in der Klasse, was ihr unter Wachstum und Wohlstand, einem guten Leben und einer zukunftsfähigen Gesellschaft versteht. Haltet eure Ergebnisse in weiteren Textnachrichten fest.

Im Oktober 1994 wurde der Umweltschutz als Ziel in unser Grundgesetz aufgenommen, seit dem 1. August 2002 hat auch der Tierschutz Verfassungsrang.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 20a:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

4. Bearbeitet den Art. 20a GG in gleicher Weise: Schlagt nach, „übersetzt“, diskutiert. Überlegt dabei, wann der Staat in euren Augen die Handlungsfreiheit von Menschen einschränken darf.

WAS GEHÖRT ZU EINEM NACHHALTIGEN LEBEN?

M 2: Fotosession



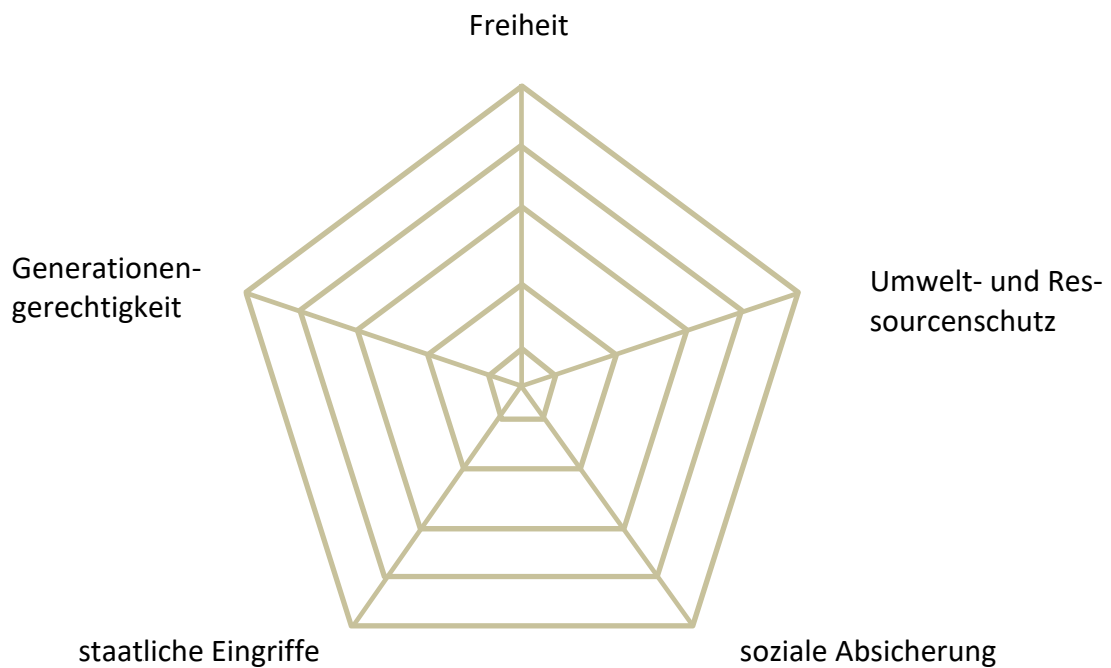








1. Die Fotos illustrieren Aspekte des menschlichen Lebens/Wirtschaftens. Beschreibe sie, indem du aussagekräftige Bildunterschriften formulierst.
2. In der Sozialen Marktwirtschaft steht wirtschaftliches Handeln im Spannungsfeld von Freiheit, sozialer Sicherheit und Nachhaltigkeit. Stelle die gezeigten Situationen in einen Zusammenhang mit dem Art. 20 GG, indem du sie in diesem Spannungsfeld verortest.
 - a) Markiere dazu in der Abbildung, wo deiner Meinung nach der Schwerpunkt der verschiedenen Situationen liegt.
 - b) Begründe deine Entscheidung in der Diskussion in der Klasse.



3. Geht in Kleingruppen selbst auf Erkundungstour und macht Fotos, die eurer Meinung nach zum Leben und Wirtschaften im Sinne des Verfassungsauftrags passen.
4. Stellt die Fotos in der Schule aus. Denkt dabei an passende Bildunterschriften. Ihr könnt sie auch im Rahmen einer Vernissage (= Veranstaltung zur Ausstellungseröffnung) präsentieren.

WAS GEHÖRT ZU EINEM NACHHALTIGEN LEBEN?

M 3: Nachhaltigkeit als Ziel des Wirtschaftens – Materialien

M 3.1: Karikatur



Analysiere die Karikatur von Gerhard Mester in folgenden Schritten: Abbildung beschreiben, Thema nennen, Meinung des Zeichners benennen, eigene Meinung zum Thema formulieren.

M 3.2: Die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 in den „Sustainable Development Goals“ die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern der Welt festgeschrieben. Diese 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 richten sich an die Regierungen der Welt, aber auch an alle Menschen und Gesellschaften, an Unternehmen und an die Wissenschaft.



M 3.3: Das Klimaschutzgesetz 2021

Das Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 legte den Weg zur Minderung der das Klima schädigenden Emissionen fest. Für die Jahre danach waren darin keine konkreten Schritte benannt. Das Bundesverfassungsgericht urteilte im April 2021, dass dieses Gesetz wegen fehlender Vorgaben für die Emissionsminderung nach 2031 im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht verfassungsgemäß sei. Die Bundesregierung formulierte als Reaktion einen konkreten Fahrplan, nach dem Deutschland das Ziel zur Treibhausgasneutralität erreichen wolle. „Früher“ stellt dabei eher ein politisches Signal als eine konkrete Zeitangabe dar. Die Schritte auf diesem Weg sind auf der einen Seite im politisch-gesellschaftlichen Diskurs zu verhandeln und auf der anderen Seite von internationalen Abhängigkeiten und den technischen Möglichkeiten beeinflusst.

Ziele der Bundesregierung

Treibhausgasemissionen:

- bis 2030 65 % weniger CO₂ (bislang 55 %)
- bis 2040 88 % weniger CO₂
- 2045: Klimaneutralität (bislang 2050)

Klimaschutzgesetz 2021

Generationenvertrag für das Klima

Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes will die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben verschärfen und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankern. Das hat das Bundeskabinett heute beschlossen. Begleitend zum Gesetzentwurf kündigt die Bundesregierung ein Sofortprogramm an, um die ambitionierten Ziele zu unterstützen.

Zulässige jährliche CO₂-Emissionsmengen für einzelne Sektoren wie Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr oder Gebäudebereich werden abgesenkt.

M 3.4: Das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutzgesetz vom 29. April 2021

„Das Klimaschutzgesetz verpflichtet dazu, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 % gegenüber 1990 zu mindern und legt durch sektorenbezogene Jahresemissionsmengen die bis dahin geltenden Reduktionspfade fest (...). Zwar kann nicht festgestellt werden, dass der Gesetzgeber mit diesen Bestimmungen gegen seine grundrechtlichen Schutzpflichten, die Beschwerdeführenden vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen, oder gegen das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG verstoßen hat. Die zum Teil noch sehr jungen Beschwerdeführenden sind durch die angegriffenen Bestimmungen aber in ihren Freiheitsrechten verletzt. Die Vorschriften verschieben hohe Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030. Dass Treibhausgasemissionen gemindert werden müssen, folgt auch aus dem Grundgesetz. Das verfassungsrechtliche Klimaschutzziel des Art. 20a GG ist dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dem sogenannten „Paris-Ziel“ entsprechend auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um das zu erreichen, müssen die nach 2030 noch erforderlichen Minderungen dann immer dringender und kurzfristiger erbracht werden. Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten ist praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht sind. Der Gesetzgeber hätte daher zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit Vorkehrungen treffen müssen, um diese hohen Lasten abzumildern. Zu dem danach gebotenen rechtzeitigen Übergang zu Klimaneutralität reichen die gesetzlichen Maßgaben für die Fortschreibung des Reduktionspfads der Treibhausgasemissionen ab dem Jahr 2031 nicht aus. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, die Fortschreibung der Minderungsziele der Treibhausgasemissionen für Zeiträume nach 2030 bis zum 31. Dezember 2022 näher zu regeln.“

- 1. Arbeitet aus den Materialien und Quellen heraus, welche Absicht der Gesetzgeber mit dem Klimaschutzgesetz verfolgt und welche Grundannahme zum Verhältnis der Generationen sich darin ausdrückt. Diskutiert eure Ergebnisse.**
- 2. Gestalte dann einen eigenen Comic oder eine Collage, die deine eigene Meinung zum Verhältnis der Generationen ausdrückt. Fügt eure Arbeiten der Fotoausstellung hinzu.**
- 3. Formuliert kurze Begleittexte für die Ausstellung.**

WAS GEHÖRT ZU EINEM NACHHALTIGEN LEBEN?

M 4: Fragebogen – Wie gut geht es uns?

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

Klasse: _____ Geschlecht: _____

im Unterricht und im Privaten spricht ihr sicher darüber, wie es Menschen in Deutschland, in Europa, in der Welt aktuell geht. Viele machen sich Sorgen, die Einschätzung der Lage ist unterschiedlich. Gerne möchten wir dazu deine Meinung durch diesen Fragebogen erfahren.

1. Was denkst du: Geht es unserem Staat wirtschaftlich gut oder eher schlecht?
2. Bitte begründe deine Antwort.
3. Sind deine Eltern zufrieden mit ihrem Arbeitsplatz? Was macht deiner Meinung nach einen guten Job aus?
4. Was brauchst du aktuell, um fröhlich zu sein?
5. Wie geht es dir selbst mental – gut, unterschiedlich oder schlecht? Begründe gerne kurz.
6. Welches aktuelle (gesellschaftliche) Thema ist für dich besonders wichtig und warum?
7. Wie gehst du mit diesem aktuellen Thema um (z. B. informieren, ignorieren, meiden)?
8. Was bedeutet für dich ein „nachhaltiger Lebensstil“?

Aufgaben:

1. **Führt mithilfe des Fragebogens eine Erhebung zur Stimmungslage von Jugendlichen durch. Ergänzt weitere Fragen, die euch wichtig sind.**
2. **Wertet die Befragung aus, indem ihr – wenn möglich – Tabellen oder Grafiken erstellt (Fragen 1, 3, 5, 7) oder bei offenen Fragen (Fragen 2, 4, 6, 8) mehrfach genannte bzw. auffällige Aussagen notiert. Präsentiert die Ergebnisse in geeigneter Form (Poster, digitale Präsentation, Kurzvortrag). Freiwillige Angaben zu Alter/Geschlecht ermöglichen euch differenziertere Auswertungen.**
3. **Nehmt Stellung zu den Ergebnissen. Geht dabei auf folgende Leitfragen ein:**
 - Welche Dinge sind den Befragten besonders wichtig?
 - Sind persönliche und gesellschaftliche Ziele zu unterscheiden?
 - Gibt es eine Rangfolge möglicher Ziele?
 - Welche Bedeutung hat ein nachhaltiger Lebensstil und warum?

Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft?

Das Streitthema „soziale Ungleichheit“

Geht es um die gegenwärtige Ausgestaltung und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, wird kaum ein Thema so kontrovers diskutiert wie die soziale Ungleichheit. Deutlich wurde das u. a. im Bundestagswahlkampf 2021. Gleich drei der großen Parteien – SPD, Die Grünen und Die Linke – verschieben sich in ihren Wahlprogrammen dem Kampf gegen die Ungleichheit. So setzte sich die Linke zum Ziel „die skandalöse Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen“, die Grünen forderten, „die enorme Kluft zwischen Arm und Reich [zu] verringern“, und die SPD fragte rhetorisch: „Überwinden wir die wachsende Ungleichheit? Oder nehmen wir es hin, dass wenige sich die höchsten Einkommen und die besten Perspektiven sichern, aber die Lasten und Risiken auf den Schultern derer liegen, die sich nicht wehren können?“

Die Forderungen reihen sich ein in eine weltweit geführte Debatte. Besonders seit der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem 2014 erschienenen Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ weltweit wachsende Ungleichheit anprangerte, ist in vielen Ländern eine Diskussion entbrannt, wie viel Ungleichheit Gesellschaften

vertragen – und wann die Politik einschreiten sollte. In Deutschland wurde dabei speziell die Frage diskutiert, welches Ausmaß an Ungleichheit mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar ist. Aufsehen erregte u. a. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der 2016 mit Blick auf die soziale Ungleichheit verkündete: „Die Soziale Marktwirtschaft ist tot“ (Jahrbuch 2016).

Beschäftigt man sich im Unterricht mit den aktuellen Herausforderungen bzw. der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, kommt man insofern um die Frage der sozialen Ungleichheit kaum herum. Der vorliegende Beitrag zeigt eine Möglichkeit auf, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ziel des Beitrags ist dabei nicht allein, dass Schüler:innen mit der Debatte im Kontext der Sozialen Marktwirtschaft vertraut gemacht werden, sondern auch, dass sie lernen, die Diskussion mit grundsätzlicheren Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit wie etwa dem Leistungs- und Bedarfprinzip zu verknüpfen. Dadurch erwerben die Schüler:innen Kompetenzen, die sich auch auf andere sozialpolitische Themen übertragen lassen.

Der Beitrag fokussiert sich dabei auf den Aspekt der Einkommens- und Vermögensungleichheit. Der Begriff der sozialen Ungleichheit kann je nach Betrachtungsweise zwar noch mehr umfassen, u. a. auch Bildungsungerechtigkeit. In all ihren Facetten lässt sie sich jedoch in einer Unterrichtseinheit kaum sinnvoll bearbeiten.

Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland, auch im Vergleich mit anderen westlichen Ländern, hoch. Nach

den aktuellsten Daten der OECD beträgt der Anteil der vermögendsten 5 % der Deutschen am Gesamt-Nettovermögen ca. 41 %. In Frankreich sind es ca. 36 %, in Großbritannien ca. 40 %. Einkommen dagegen sind in Deutschland weniger ungleich verteilt. Der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung liegt für Deutschland bei 0,30. Ein Wert von 0 bedeutet eine vollständige Gleichverteilung, ein Wert von 1 eine vollständige Ungleichverteilung. In Frankreich liegt der Wert bei 0,29, in Großbritannien bei 0,35 (vgl. OECD 2022; Material **M 2** und **M 3**).

Neben dem aktuellen Ausmaß der Ungleichheit ist auch die Entwicklung über die letzten Jahrzehnte interessant. Hier zeigt sich, dass besonders die Einkommensungleichheit in Deutschland – wie auch in vielen anderen westlichen Ländern – seit Beginn der 1980er Jahre zugenommen hat. Nach den aktuellen Daten des u. a. von Piketty verfassten „World Inequality Report“ hatten die einkommensstärksten 10 % der Deutschen im Jahr 1980 noch einen Anteil von knapp unter 30 % am Gesamteinkommen. 2021 betrug der Anteil ca. 37 %. Die Vermögensungleichheit ist den Daten zufolge in den letzten Jahren ebenfalls gestiegen, allerdings nur leicht (um ca. 3 % seit 1995, gemessen am Anteil der vermögendsten 10 % der Deutschen am Gesamtvermögen; Piketty 2014; Chancel et al. 2022).

Didaktische Überlegungen

Übergeordnetes Ziel der Unterrichtseinheit ist, dass die Schüler:innen lernen, soziale Ungleichheit als eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft

LERNGRUPPE: ab Jahrgangsstufe 11

IDEE: Die Schüler:innen diskutieren anhand von Verteilungsprinzipien (Egalitäts-, Leistungs-, Bedarfs- und Anrechtsprinzip) soziale Ungleichheit als eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft.

ZEITBEDARF: 3–4 Unterrichtsstunden (je 45 Min.)



Arbeitsblätter 1–5



zu erörtern. Im Detail wird insbesondere die Vermittlung der folgenden Kompetenzen angestrebt: Die Schüler:innen

- erläutern, wie die „Gründerväter“ der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack das „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft definierten.
- erläutern den Unterschied zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit, benennen Kennziffern zu deren Erfassung.
- beschreiben das Ausmaß der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland im internationalen Vergleich.
- vergleichen verschiedene Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (Leistungsprinzip, Egalitätsprinzip, Bedarfsprinzip, Anrechtsprinzip).

Der Kompetenzerwerb erfolgt dabei über die Auseinandersetzung mit verschiedenen Text- und Darstellungsformen sowie über ein ökonomisches Experiment (zu den genannten Prinzipien).

Das Material im Unterricht

Das Material lässt sich in drei aufeinander aufbauende Abschnitte gliedern. Diese lassen sich im Unterricht in der vorgeschlagenen Reihenfolge als

Einheit durchführen oder können mit leichten Anpassungen in den Aufgabenstellungen auch einzeln eingesetzt werden, um bestehende Unterrichtseinheiten zu ergänzen.

Den ersten Abschnitt bildet Material **M 1**, das an das Vorwissen der Schüler:innen zur Sozialen Marktwirtschaft anknüpft und einen systematischen Einstieg in die Thematik Ungleichheit ermöglicht. Hierzu werden die Grundgedanken zweier „Gründerväter“ der Sozialen Marktwirtschaft bez. des „Sozialen“ dieses Ordnungsstruktes gegenübergestellt. Hierbei wird mithilfe des Textes eine der Leitfragen dieser Einheit aufgeworfen: Stellt Gleichheit ein zentrales Ziel der Sozialen Marktwirtschaft dar?

M 2 und **M 3** bilden den zweiten Abschnitt der Unterrichtseinheit. Mithilfe von **M 2** erarbeiten die Schüler:innen den Unterschied zwischen der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und lernen Kennziffern zu deren Messung kennen. Unter Zuhilfenahme zweier vertiefender Grafiken (**M 3**) ordnen die Schüler:innen anschließend das Ausmaß der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland international ein.

Das Wissen um die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland wird in **M 4** aufgegriffen, indem die Schüler:innen mithilfe eines Experiments erleben, dass

Gerechtigkeit nicht in jedem Fall mit Gleichheit gleichgesetzt werden kann. In **M 5** werden die Erfahrungen, die die Lernenden im Experiment gemacht haben, mithilfe der Verteilungsprinzipien fachlich verortet.

Literatur

- Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., Zucman, G. (2022): World Inequality Report 2022, verfügbar unter: <https://wir2022.wid.world/>
- Jahberg, H. (2016): „DIW-Chef Marcel Fratzscher klagt an: „Die soziale Marktwirtschaft ist tot“, Tagesspiegel.de, 14. März, verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/diw-chef-marcel-fratzscher-klagt-an-die-soziale-marktwirtschaft-ist-tot/13319260.html>
- OECD (2022): OECD Data, verfügbar unter: <https://data.oecd.org/>
- Piketty, T. (2014): Capital in the 21st Century, Harvard University Press, New York.

Abb. 1: Wie viel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft? Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer.

D Differenzierung auf den Punkt gebracht

Aspekte der Heterogenität:

Lerntempo

Methode:

Zusatzaufgaben und -materialien

Praxistipp:

Nutzen Sie die Zusatzaufgaben in **M 1** und **M 5**, um auf individuelle Lerntempounterschiede der Schüler:innen einzugehen.

ERWARTUNGSHORIZONT

M 1:

Aufgabe 1: Alfred Müller Armack nennt in Bezug auf das Soziale in der Marktwirtschaft den Schutz des Wettbewerbs im Sinne der Konsument:innen und den sozialen Ausgleich. Erhard hingegen benennt den wirtschaftlichen Fortschritt und die steigende Produktivität, die den Verbraucher:innen zugutekommen müssen, als zentral.

Aufgabe 2: Individuelle Lösung

M 2 und 3:

Aufgabe 1: Es wird zwischen der Einkommensungleichheit und der Vermögensungleichheit unterschieden.

Aufgabe 2: Im Text bzw. in den Grafiken wird die Einkommensungleichheit mithilfe des Gini-Koeffizienten dargestellt. Die Vermögensungleichheit hingegen wird über den Anteil, den die vermögendsten 5 % bzw. 10 % der Bevölkerung am Gesamtvermögen besitzen, gemessen.

Aufgabe 3: Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland, auch im Vergleich mit anderen westlichen Ländern, hoch. Einkommen dagegen sind in Deutschland weniger ungleich verteilt.

M 4:

Aufgabe 1:

Runde 1: Es ist eine annähernde Gleichverteilung der Geldbeträge zu erwarten (Egalitätsprinzip).

Runde 2: Es ist anzunehmen, dass Person B tendenziell einen größeren Anteil an dem Geldbetrag erhält, da sie mehr geleistet hat (Leistungsprinzip).

Runde 3: Es ist anzunehmen, dass Person A einen größeren Anteil des Geldes bekommt, da sie es aktuell dringend gebrauchen könnte (Bedarfsprinzip).

Aufgabe 2: Individuelle Lösung

Aufgabe 3: Individuelle Lösung

M 5:

Aufgabe 1: Gleichheitsprinzip: Gleichverteilung in einer Gesellschaft. Bedarfsprinzip: Verteilung gemäß des individuellen Bedarfs. Leistungsprinzip: Verteilung gemäß der erbrachten Leistung. Anrechtsprinzip: Verteilung auf Basis von Statusmerkmalen

Aufgabe 2: Individuelle Lösung

Aufgabe 3: Individuelle Lösung

Anzeige



Lernen in der digitalen Welt

Die Zukunft des Lernens mit digitalen Medien:

on. Lernen in der digitalen Welt wendet sich an alle, die Unterricht und Schule mit digitalen Medien voranbringen wollen.

Sie erfahren, wie Sie die Potenziale digitaler Technologien für Schule und Unterricht nutzbar machen und Schülerinnen und Schüler befähigen, digitale Medien kreativ und kompetent einzusetzen.



Jetzt als
PDF
erhältlich

Bestellnr. 1431010

Ihre Vorteile im Abo:

4 × jährlich als Themenheft inkl. Friedrich Jahresheft und dem Magazin SCHÜLER

€ 58,77 **für Referendare / Studierende***

€ 83,95 **Jahres-Abo-Preis**



Unser Leserservice berät Sie gern:
Telefon: 0511/4 00 04 -150
Fax: 0511/4 00 04 -170
leserservice@friedrich-verlag.de

Jetzt bestellen:
www.on-lernen-digital.de

Preis zzgl. Versand, Stand 2023. *Preis inkl. Abonnenten-Rabatt.

DAS STREITTHEMA „SOZIALE UNGLEICHHEIT“

M1: Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft

[...] Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft geht zurück auf Alfred Müller-Armack, der dieses Konzept als wirtschaftspolitische Synthese aus den historischen Erfahrungen mit der Laissez-faire-Marktwirtschaft auf der einen und einer staatlich gelenkten Wirtschaft auf der anderen Seite betrachtete. „Wir sprechen von ‚Sozialer Marktwirtschaft‘, um diese dritte wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen“ (Müller-Armack 1946/1990, S. 96). Müller-Armack spricht aber nicht von einer hybriden Wirtschaftsordnung, die Elemente der Lenkungs- und der Marktwirtschaft kombiniert. Er sieht allein die Marktwirtschaft als das tragende Gerüst dieser Wirtschaftsordnung. Aber es soll „eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein“ (Müller-Armack 1946/1990, S. 96).

Diese Steuerung soll an zwei Punkten ansetzen: Das ist zum einen die Beschränkung von Marktmacht und der Schutz des Wettbewerbs im Interesse der Konsumenten und zum anderen der soziale Ausgleich. Soweit dieser soziale Ausgleich mit staatlichen Interventionen umgesetzt wird, sollen diese allerdings „marktgerecht“ sein [...].

In der praktischen Wirtschaftspolitik ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vor allem mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, das „Wirtschaftswunder“, hat der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu großer Popularität verholfen. Erhard selbst hat immer wieder betont, dass es weniger die sozialpolitischen Eingriffe seien, sondern die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft und die Wirkung des Wettbewerbs, die dafür sorgen, dass Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten entsteht. In seinem Buch „Wohlstand für Alle“ formulierte er das so:

„Der Begriff ‚soziale Marktwirtschaft‘ hat heute, und nicht einmal nur in Deutschland, Allgemeingültigkeit erlangt. Selbst die Gegner meiner Wirtschaftspolitik versperren sich dieser Formulierung nicht mehr. Eine Wirtschaftspolitik darf sich aber nur dann sozial nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität dem Verbraucher schlechthin zugute kommen läßt“ (Erhard 1957, S. 159).

Der von Ludwig Erhard beschriebene Konsens darüber, dass die Soziale Marktwirtschaft für Deutschland das richtige Wirtschaftssystem darstellt, besteht bis heute. Umstritten ist allerdings, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland heute noch das einlösen, was der Begriff verspricht: Wohlstand, soziale Sicherheit und Teilhabe für breite Bevölkerungsschichten zu gewährleisten. [...]

Literatur:

Erhard, L. (1957), Wohlstand für Alle, bearbeitet von Wolfram Langer, 8. Auflage, 1964, Econ-Verlag, Düsseldorf
Müller-Armack, A. (1946/1990), Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Sonderausgabe, Kastell Verlag München.

Aufgabe:

1. Erläutern Sie, was aus Sicht der „Gründerväter“ Müller-Armack und Erhard das „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft ausmacht.

Zusatzaufgabe (Differenzierungsmöglichkeit):

2. Beurteilen Sie, ob die Soziale Marktwirtschaft heute noch sozial ist. Begründen Sie Ihre erste Einschätzung.

DAS STREITTHEMA „SOZIALE UNGLEICHHEIT“

M2: Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland

„Die Ungleichheit steigt“, „Die Schere von Arm und Reich geht immer weiter auseinander“ – solche Sätze hört man in der öffentlichen Debatte um soziale Ungleichheit häufig. Doch wie misst man eigentlich Ungleichheit? Und wie steht es um die soziale Ungleichheit in Deutschland?

Soziale Ungleichheit kann unter anderem unterschieden werden in Einkommensungleichheit (Unterschiede in dem, was Menschen verdienen) und Vermögensungleichheit (Unterschiede in dem, was Menschen besitzen). Zur Messung der Einkommens- und Vermögensungleichheit werden verschiedene statistische Kennzahlen genutzt. Eine Möglichkeit: der prozentuale Anteil bestimmter Bevölkerungsgruppen an der Gesamtheit aller Einkommen oder Vermögen eines Landes. Je größer der Anteil der einkommensstärksten bzw. vermögendsten z. B. 5 Prozent am Gesamteinkommen bzw. Gesamtvermögen, desto höher ist tendenziell die Ungleichheit.

In Deutschland betrug der Anteil der vermögendsten 5 Prozent der Bevölkerung am Gesamtvermögen nach Daten der OECD zuletzt ca. 40,75 %. Deutschland zählt damit zu den Ländern mit einer hohen Vermögensungleichheit. Zum Vergleich: In Frankreich betrug der Anteil 35,51 %, im Vereinigten Königreich 39,51 %. Es gibt aber auch Länder mit deutlich höherer Vermögensungleichheit. In den USA z. B. betrug der Anteil 67,73 % (vgl. M3).

Und was ist mit der Einkommensungleichheit? Eine weitere Möglichkeit, Ungleichheit zu messen, ist der Gini-Koeffizient. Er bildet die Ungleichheit auf einer Skala von 0 bis 1 ab. Bei einem Wert von 0 herrscht vollkommene Gleichverteilung – alle haben gleich viel. Bei einem Wert von 1 besäße eine Person alles und alle anderen nichts. Je höher der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind Einkommen oder Vermögen tendenziell verteilt.

Der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung lag in Deutschland nach Daten der OECD zuletzt bei einem Wert von etwa 0,30. Damit gehört die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den Staaten, bei denen die Einkommen eher weniger ungleich verteilt sind. Noch niedriger ist der Gini-Koeffizient in skandinavischen Ländern wie Norwegen (0,26) oder auch Dänemark (0,17). In Großbritannien hingegen beträgt der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung 0,35 und in den USA sogar 0,38 (vgl. M3).

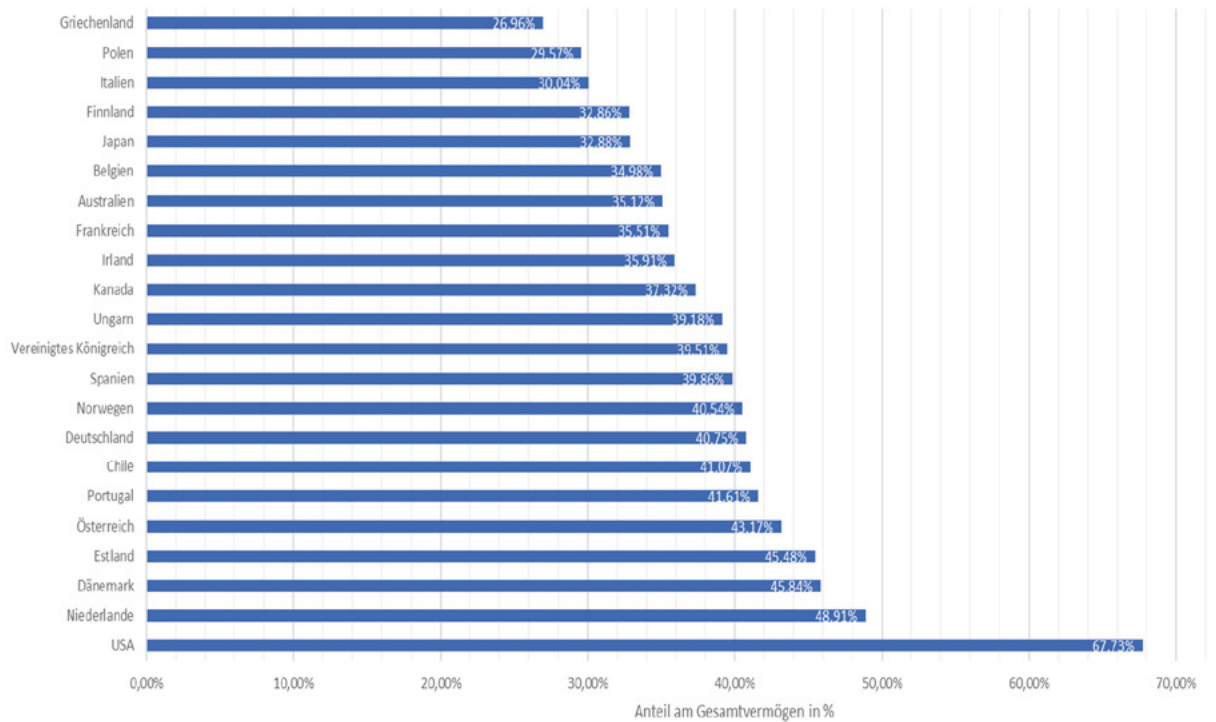
Aufgaben:

1. Ungleichheit ist nicht gleich Ungleichheit. Geben Sie kurz wieder, welche beiden „Arten von Ungleichheit“ in M2 unterschieden werden.
2. Erläutern Sie die Kennziffern, die (im Text) verwendet werden, um diese beiden Arten zu messen.
3. Vergleichen Sie das Ausmaß der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland mit den anderen in M3 genannten Ländern.

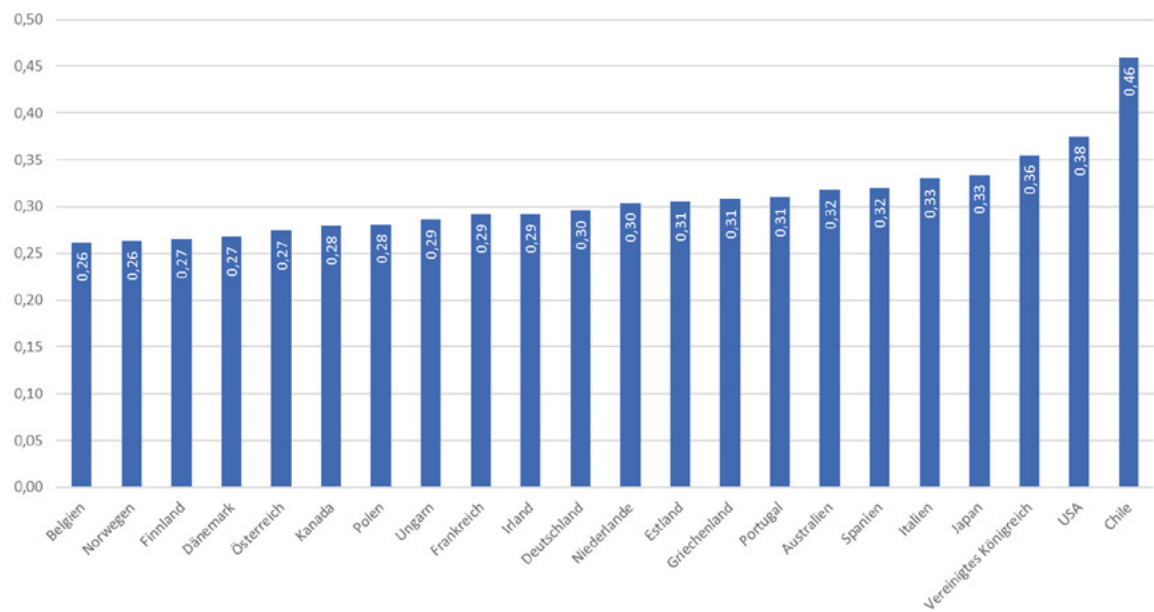
DAS STREITTHEMA „SOZIALE UNGLEICHHEIT“

M 3: Ungleichheit in Zahlen – Statistiken zur Einkommens- und Vermögensverteilung

Anteil der Top 5% am Gesamtvermögen



Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung



DAS STREITTHEMA „SOZIALE UNGLEICHHEIT“

M 4: Ungleichheit in Zahlen – Statistiken zur Einkommens- und Vermögensverteilung

In der Sozialen Marktwirtschaft muss es gerecht zugehen – ganz klar! Aber was ist eigentlich Gerechtigkeit und was empfinden Sie als „fair“?

Um das herauszufinden, machen Sie ein Experiment. Hierbei werden drei Runden durchgeführt, in denen ein Geldbetrag zwischen zwei Personen aufgeteilt werden soll. Die Regeln sind ganz einfach:

Regeln:

1. In jeder Runde bekommen Sie eine Rollenkarte, auf der eine Situation dargestellt wird.
2. Sie haben die Aufgabe, einen Betrag von 100 Euro möglichst gerecht aufzuteilen. Tragen Sie hierzu in die entsprechenden Felder ein, welchen Betrag Person A und Person B jeweils bekommen sollen.

Rollenkarten:

Runde 1:	
Zwei Personen finden einen 100-Euro-Schein auf der Straße. Beide entdecken ihn im gleichen Moment.	
Welche Aufteilung des Geldes wäre gerecht?	
Person A bekommt _____ €	Person B bekommt _____ €

Runde 2:	
Person A und Person B haben in den Sommerferien den Garten eines Nachbarn auf Vordermann gebracht. Allerdings hat Person A nur halb so viele Stunden gearbeitet wie Person B. Der Nachbar gibt ihnen gemeinsam jedoch 100 Euro mit der Bitte, diesen Betrag selbst aufzuteilen.	
Welche Aufteilung des Geldes wäre gerecht?	
Person A bekommt _____ €	Person B bekommt _____ €

Runde 3:	
Zwei Personen finden einen 100-Euro-Schein auf der Straße. Beide entdecken ihn im gleichen Moment. Person A ist vor Kurzem unverschuldet in Geldnot geraten. Person B hingegen hat aktuell keine Geldsorgen.	
Welche Aufteilung des Geldes wäre gerecht?	
Person A bekommt _____ €	Person B bekommt _____ €

Aufgaben (Think – Pair – Share):

1. Überlegen Sie, welche Verteilung gerecht wäre, und füllen Sie die Rollenkarten aus.
2. Stellen Sie die Ergebnisse Ihrem Sitznachbarn oder Ihrer Sitznachbarin vor und erklären Sie, warum Sie den Geldbetrag so aufgeteilt haben.
3. Diskutieren Sie die Aufteilung der Geldbeträge in der Klasse. Erschließen sich aus den Ergebnissen Tendenzen?

M 5: Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe für eine gerechte Einkommensverteilung

Ob Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht bewertet werden, hängt davon ab, ob die Verteilungsergebnisse den normativen Vorstellungen, nach welchen Prinzipien Güter und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollten, zuwiderlaufen oder damit übereinstimmen. Auch wenn individuelle Vorstellungen von Gerechtigkeit durchaus heterogen sind, können vier grundlegende Verteilungsprinzipien unterschieden werden: Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht.

Das Gleichheitsprinzip verlangt, Güter und Lasten in einer Gesellschaft gleich zu verteilen. Stark ausgeprägte Einkommensungleichheiten laufen diesem Prinzip zuwider. Das Bedarfsprinzip setzt auf eine Verteilung, die individuell unterschiedliche Bedarfe anerkennt. Das Leistungsprinzip hingegen fordert, dass diejenigen in einer Gesellschaft mehr erhalten sollten, die höhere Leistungen erbringen. Ungleichheiten, die auf Leistungsunterschiede zurückzuführen sind, können demnach durchaus als gerecht bewertet werden. Gemäß des Anrechtsprinzips sollten Güter und Lasten auf Basis von Statusmerkmalen wie Familienansehen, Herkunft oder in der Vergangenheit Erreichtem verteilt werden.

In der 2018/2019 durchgeführten 9. Welle des European Social Survey (ESS) wurden Personen aus 27 europäischen Ländern auch zu ihren Gerechtigkeitseinstellungen befragt. [...] Für das Gleichheitsprinzip gab es im europäischen Durchschnitt mit rund 54 % Zustimmung eine knappe Mehrheit, allerdings unterschieden sich die Länder hier deutlich. [...] In Deutschland unterstützten rund 42 % der Befragten das Gleichheitsprinzip und lagen damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt.

Beim Bedarfsprinzip hingegen gehört Deutschland mit 83 % zu den Ländern, in denen sich die im europäischen Vergleich stärkste Zustimmung zur Verteilung der Güter nach individuellem Bedarf fand. Insgesamt zeigt sich für das Bedarfsprinzip auch im europäischen Durchschnitt eine breite Zustimmung (76 %). [...]

Das Leistungsprinzip ist ein zentraler normativer Pfeiler moderner Gesellschaften. Wer mehr leistet, sollte auch mehr bekommen. Wenig überraschend fand das Leistungsprinzip als Grundlage einer gerechten Gesellschaft in ganz Europa eine breite Zustimmung. Deutschland liegt mit einer Zustimmungsrate von 86 % deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 81 %.

Während Leistung als gerechtes Verteilungskriterium hohe Anerkennung genoss, fand eine Verteilung nach dem Anrechtsprinzip – also auf Basis zugeschriebener oder erworbener Statusmerkmale – kaum Unterstützung in Europa. Im europäischen Durchschnitt stimmte lediglich jede/jeder Achte (13 %) dem Anrechtsprinzip zu. Deutschland liegt hier genau im europäischen Mittelfeld. [...]

Insgesamt zeigt der Vergleich der 27 europäischen Länder, dass sowohl das Leistungs- als auch das Bedarfsprinzip die Vorstellungen der Menschen von einer gerechten Verteilung der Güter und Lasten in einer Gesellschaft mehrheitlich prägt. Beide Prinzipien schließen sich also keineswegs aus. Vielmehr geht die Erwartung, dass individuelle Leistungen belohnt werden sollten, mit einer breiten Befürwortung des Prinzips einher, dass eine grundlegende Bedarfsabsicherung Teil einer gerechten Gesellschaft ist [...].

Aufgaben:

1. Erklären Sie die vier grundlegenden Verteilungsprinzipien in eigenen Worten.
2. Nehmen Sie begründet Stellung: Welches der vier Prinzipien halten Sie für besonders gerecht?

Zusatzaufgabe:

3. Die Verteilungsprinzipien erhalten in Deutschland unterschiedliche starke Zustimmung. Diskutieren Sie, inwieweit das deutsche Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft die Einschätzung der befragten Deutschen beeinflusst.

Ist Altersarmut weiblich?

Grenzen der sozialen Sicherung in der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft zeichnet sich im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft vor allem durch staatliche Eingriffe zur Sicherung der sozialen Teilhabe und zum Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten aus. Ungeachtet dessen spielt soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft und den Diskursen eine starke Rolle, unter anderem im Hinblick auf die sogenannte Altersarmut. Von dieser sind insbesondere Frauen betroffen. So lag, basierend auf Daten des Statistischen Bundesamts, im Jahr 2021 die Armutsgefährdungsquote bei Männern ab 65 Jahren bei 17,4 %, während sie bei gleichaltrigen Frauen mit 21 % bemessen wurde (Destatis 2022). Dass gerade Frauen besonders dem Risiko der Altersarmut ausgesetzt sind, liegt vor allem an der Stellung dieser Gruppe auf dem Arbeitsmarkt, in der Berufswelt sowie an einigen institutionellen Rahmenbedingungen (wie beispielsweise das Steuerrecht, Rentensystem). In Politik und Gesellschaft wird seit einigen Jahren, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, verstärkt über eine Reform des

deutschen Rentensystems debattiert. Im Zuge der bestehenden strukturellen Benachteiligung von Frauen stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die diskutierten alternativen Modelle insbesondere die Bedürfnisse dieser Gruppe beachten und zukünftig zu weniger Ungleichheit führen (können). So ist beispielsweise ein Instrument wie die Einführung der Mütterrente langfristig kein adäquates Mittel zur Vorbeugung von Altersarmut bei Frauen, da es auf der Annahme eines sehr traditionellen Familienbildes beruht, in dem die Frau vor allem der Haus- und Erziehungsarbeit nachgeht. Dieses Familienmodell entspricht aber nicht immer zwangsläufig der aktuellen Lebensrealität von Frauen, sodass diese bei der Mütterrente nicht berücksichtigt werden.

Fachlicher Hintergrund

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird Armut als ein Zustand definiert, der „einen Mangel an finanziellen Mitteln oder lebenswichtigen Gütern [erfasst], unter dem einzelne Personen oder Personengruppen leiden“ (DIW Berlin 2022). So liegt der Zustand von absoluter Armut vor, wenn Menschen ihre materiellen Grundbedürfnisse zum Überleben nicht mehr befriedigen können und das Jahreseinkommen in Deutschland das Existenzminimum in Höhe von 9.888 Euro für Erwachsene (Stand: 2022) unterschreitet (BMF 2020, S. 14). Sind Menschen „von der Beteiligung am sozialen, kulturellen bzw. politischen Leben ihres Landes weitgehend ausgeschlossen“, ist von relativer Armut die Rede (Butterwegge 2018, S. 29).

Nach Angaben des bundesdeutschen Mikrozensus (2019) lag der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland für Alleinlebende bei 1.074 Euro pro Monat (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, zit. nach Portal Sozialpolitik 2021). Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Personen an, die mit einem Nettoäquivalenzeinkommen (nach Sozialleistungen) unterhalb 60 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens der gesamten Bevölkerung liegen und somit am stärksten armutsgefährdet sind. Über das letzte Jahrzehnt hinweg stieg die Armutsgefährdungsquote der über 65-Jährigen in Deutschland kontinuierlich an und lag im Jahr 2019 im Vergleich zu 2008 deutlich höher (Männer: 16,0 % zu 12,0 %; Frauen: 20,0 % zu 17,4 %) (Destatis 2021).

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede können unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass Frauen ab dem 30. Lebensjahr im Vergleich zu Männern seltener (in Vollzeit) erwerbstätig und häufiger in Teilzeit beschäftigt sind (Schrenker/Zucco 2018, S. 141f). In der Folge führt dies zu einem geringeren Erwerbsumfang sowie einer geringeren Anzahl an Erwerbsjahren, während der Umfang familienbedingter Erwerbsunterbrechungen durch die Mutterschaft und Care-Arbeit größer ist als bei Männern. Zudem besteht die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen weiterhin (BMFSFJ 2011, S. 26).

Innerhalb traditioneller Familienmodelle führt dies häufig zu einer finanziellen Abhängigkeit der Frauen von ihren (Ehe-)Männern. Darüber hinaus

LERNGRUPPE: Sek. II

IDEE: Die Schüler:innen setzen sich mit der Thematik „Altersarmut“ aus der Perspektive von Frauen auseinander und betrachten dabei insbesondere, inwiefern die diskutierten Alternativen zum aktuellen Rentensystem auf die Bedürfnisse dieser Gruppe eingehen. Darüber hinaus wird dazu motiviert, die Perspektive eines nicht binären Geschlechtersystems zu berücksichtigen, indem der Begriff FINTA* eingeführt wird.

ZEITBEDARF: 3 Unterrichtsstunden (je 45 Min.)



Arbeitsblätter 1–4



Abb. 1: Insbesondere unter Frauen ist Altersarmut weit verbreitet.

verfügen Frauen über ein geringeres Finanzwissen als Männer und schätzen ihr Wissen im Bereich Zinsen, Inflation und Risikodiversifizierung besonders niedrig ein (OECD 2020, S. 57f.). Dies führt unter anderem dazu, dass sie seltener in Aktien investieren, wodurch ihnen Renditen aus kurzfristigen und langfristigen Anlageentscheidungen (auch im Hinblick auf private Altersvorsorge) entgehen (Bucher-Koenen et al. 2021, S. 23–28).

„Gender Pension Gap“

Die geschlechtsspezifischen Rentenansprüche der Betroffenen fallen daher aus vielfältigen Gründen geringer aus. Dieses Phänomen beschränkt sich jedoch nicht nur auf Deutschland, sondern wird international als „Gender Pension Gap“ bezeichnet (Grabka et al. 2017, S. 87).

Die Altersarmut ist besonders schwerwiegend, denn sie führt dazu, dass die Lebensleistung von Frauen, die jahrelang nicht entlohnte Care-Arbeit geleistet haben oder aufgrund struktureller Diskriminierung in Berufen mit geringer Bezahlung gearbeitet haben, nicht anerkannt wird und sie in eine Abhängigkeit von Transfereinkommen und/oder einem Partner bringen (Bertelsmann Stiftung 2017, S. 26–28). Daher stellt sich mit Blick auf die aktuelle Debatte zur Umstrukturierung des

deutschen Rentensystems die Frage, inwiefern die diskutierten Vorschläge auf die besondere Situation der Frauen eingehen.

An dieser Stelle soll dafür sensibilisiert werden, dass Frauen nur einen Teil einer Gesamtgruppe, der FINTA* (Frauen, inter*, nichtbinäre oder trans*identitäre, a-gender Menschen), repräsentieren, die im besonderen Maße von Benachteiligung und struktureller Diskriminierung in der Gesellschaft betroffen sind. In aktuellen Statistiken und anderweitigen Erhebungen wird nach wie vor zumeist nur zwischen den binären Geschlechtercodes „Mann“ und „Frau“ unterschieden, sodass in der bisherigen Debatte zum Thema Altersarmut lediglich die Bedürfnisse von Frauen erfasst werden, nicht aber die Belange von inter*, nichtbinären oder trans*identitären, a-gender Menschen. In diesem Beitrag soll daher dazu motiviert werden, in Diskussionen um strukturelle Benachteiligung im Allgemeinen und Altersarmut im Besonderen, die Gesamtgruppe FINTA* mitzudenken.

Didaktische Überlegungen

Altersarmut in Deutschland ist ein aktuelles Thema, das eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft darstellt.

In der aktuellen Berichterstattung wird dabei zumeist das generelle Problem adressiert. Diese Sequenz fokussiert dagegen eine spezifische gesellschaftliche Gruppe. In diesem Zusammenhang erfolgt die Auseinandersetzung mit den Problemen des derzeitigen umlagefinanzierten Rentensystems sowie den im Jahr 2022 diskutierten Alternativen. Exemplarisch wird hierüber auch der Frage nach den grundlegenden Aufgaben und Möglichkeiten des Staates im Hinblick auf die Behebung sozialer Ungleichheiten nachgegangen. Die Auseinandersetzung mit der Thematik erfolgt dabei sowohl über Sachtexte als auch über die Analyse von Statistiken sowie einer arbeitsteiligen Beschäftigung mit verschiedenen Fallbeispielen,

D Differenzierung auf den Punkt gebracht

Aspekte der Heterogenität:

Leistungsniveau, Vorwissen

Methode:

Sprinteraufgaben, Darstellungsformenwechsel, Spickzettel, Methoden- und Sozialformwechsel

Praxistipp:

Bilden Sie leistungsheterogene Gruppen und verweisen Sie auf Spickzettel und Sprinteraufgaben, die weitere Informationen und Hinweise enthalten.

die zur Vertiefung in einer gesprächsorientierten Methode münden.

Das Material im Unterricht

Im Material **M 1** werden zwecks Wiederholung die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft hinsichtlich der Verknüpfung eines weitestgehend frei interagierenden Marktes mit notwendigen staatlichen Eingriffen zur Sicherung des sozialen Ausgleichs dargestellt und mit der aktuellen Problematik zunehmender Altersarmut verknüpft. Der Fokus liegt auf der Situation von Frauen. Bei Bedarf kann über den QR-Code auf digitale Spickzettel zurückgegriffen werden, um das fachliche Verständnis von Begriffen und Konzepten zu sichern.

Im Material **M 2** setzen sich die Lernenden mithilfe eines Darstellungstextes und Statistiken mit der Altersarmut, differenziert nach Geschlechtern und Ländern, auseinander. Basierend auf der Beschreibung (Aufgabe 1) sollen sie die Daten Deutschlands mit denen anderer Länder vergleichen (Aufgabe 2), bevor sie die Gründe für den Gender Pension Gap in Deutschland erörtern (Aufgabe 3). Darüber hinaus widmen sie sich in Aufgabe 4 den Gründen für die unterschiedliche Höhe der Erwerbslücke in Deutschland im EU-Vergleich (Sprinter-Aufgabe).

Das Material **M 3** besteht aus vier Fallbeispielen, die die Situationen von vier Frauen schildern, welchen aus unterschiedlichen Gründen Altersarmut droht. Diese werden im Rahmen der

gesprächsorientierten Talkshow-Methode diskutiert. Die Fallbeispiele sollen in Kleingruppen erarbeitet werden und innerhalb dieser wird je ein:e Schüler:in festgelegt, um die Inhalte des Fallbeispiels in der inszenierten Talkshow vorzutragen. Um die Aktivierung der Schüler:innen im Plenum zu gewährleisten, können sowohl Fragen aus dem Publikum eingebracht als auch Beobachtungsaufgaben von der Lehrperson gestellt werden. Es wird in der Diskussion deutlich, dass es nicht den einen Weg gibt, der in Altersarmut führt, sondern dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen auf unterschiedliche Art und Weise Altersarmut begünstigt.

Abschließend werden in **M 4** die generellen Herausforderungen für das gesetzliche Rentensystem in Deutschland

ERWARTUNGSHORIZONT

M 1:

Aufgabe 1: Von 2015 bis 2021 ist ein Zuwachs von Frauen in Führungspositionen zu verzeichnen, der Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt derzeit bei ca. 35 %.

Aufgabe 2: Unter anderem sollten folgende Aspekte herausgearbeitet werden: Beschäftigung in Berufen mit geringer Entlohnung, geringere Beitragsjahre durch Erziehungs- und Pflegezeiten, Gering- und Teilzeitbeschäftigung, traditionelle Rollenaufteilung in der Familie.

Aufgabe 3: Schüler:innenindividuelle Antwort; zu erwarten sind Antworten, die hervorheben, dass bei der Berechnung des Rentenanspruchs Pflege- und Erziehungszeiten stärker berücksichtigt werden müssen und dass es eines gesellschaftlichen Umdenkens bedarf, um die bestehende strukturelle Benachteiligung zu verringern.

M 2:

Aufgabe 1: Die Schüler:innen beschreiben das Diagramm und seine Daten.

Aufgabe 2: Die Gender Pension Gap ist in Deutschland am höchsten.

Aufgabe 3: Die Höhe der Auszahlung der gesetzlichen Rente ist in Deutschland sehr stark von der individuellen Erwerbs- und Beitragsbiografie abhängig: Äquivalenzprinzip. Frauen zahlen aus verschiedenen Gründen weniger ein und haben daher geringere Rentenansprüche. In anderen Ländern gibt es andere Rentensysteme.

Aufgabe 4: Bei den EU-27 liegt der unbereinigte Verdienstunterschied bei Männern und Frauen bei 13 %. In Deutschland ist der Verdienstunterschied am vierthöchsten und liegt bei 18 %. Europ. Nachbarländer: Österreich (18 %), Frankreich (16 %), Niederlande (14 %), Belgien (5 %), Dänemark (14 %), Luxemburg (1 %), Tschechische Republik (16 %), Polen (5 %).

M 3:

Aufgabe 1: Schüler:innenindividuelle Antwort

Aufgabe 2: Als wichtige Merkmale sind herauszustellen: Beruf, Arbeitszeit, finanzielle Situation, Kinder, Alter

Aufgabe 3: Siehe Analysematrix, individuelle Schüler:innenantworten

Aufgabe 4: Siehe Analysematrix; individuelle Schüler:innenantworten

Aufgabe 5: Individuelle Schüler:innenlösung

M 4:

Aufgabe 1: Hauptprobleme stellen die steigende Altersarmut bei dem aktuellen Rentenanspruch und die Herausforderungen durch den demografischen Wandel dar, da immer weniger Erwerbstätige für die Renten immer mehr Personen aufkommen müssen und das aktuelle Rentenniveau bei den aktuellen Beiträgen nicht zu halten ist.

Aufgabe 2: Schüler:innenindividuelle Antwort; zu erwarten sind Antworten, die die steigende Verantwortung der Erwerbstätigen zur privaten Vorsorge hervorheben, die wiederum nur bei einem ausreichenden Einkommen zu realisieren ist. Gerade FINTA*, die häufig nur Teilzeit arbeiten bzw. in Berufen mit geringer Entlohnung tätig sind, haben während des Erwerbslebens kaum die Möglichkeit, Vermögen anzusparen bzw. anderweitig privat vorzusorgen.

Aufgabe 3: Schüler:innenindividuelle Antwort, zu erwarten ist eine Diskussion, die Verantwortung des Einzelnen auf der einen Seite berücksichtigt und die Verantwortung des Staates für die Schaffung von gerechten Bedingungen für alle auf der anderen Seite.

thematisiert und drei Reformvorschläge vorgestellt. In diesem Zusammenhang wird der Begriff „FINTA*“ eingeführt. Die Lernenden analysieren unter anderem die Konsequenzen der Alternativen für alle Erwerbstätigen sowie Frauen und INTA* im Besonderen und nehmen – unter Bezugnahme auf **M 1** und die Fallbeispiele in **M 3** – Stellung dazu, inwiefern die Alternativen die Bedürfnisse von Frauen als Teilgruppe der FINTA* berücksichtigen. Abschließend diskutieren sie die Rolle des Staates innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft im Kontext von Altersarmut. Die Aufgaben können in Einzel- oder Partner:innenarbeit erarbeitet werden.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2017): Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politiksszenarien, 1. Aufl., Gütersloh.
- Bucher-Koenen, T./Alessie, R. von Rooij, M. (2021): Fearless Woman: Financial Literacy and Stock Market Participation: <https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp21015.pdf>, Zugriff: 31.5.2022.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2020): 13. Existenzminimumbericht, Drucksache 19/22800, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2011) (Hg.): Gender Pension Gap. Entwicklung eines Indikators für faire Einkommensperspektiven von Frauen und Männern, 11. Aufl., Berlin.
- Butterwegge, C. (2018). Armut. In: Kopp, J., Steinbach, A. (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. Springer VS, Wiesbaden, S. 29–31.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin) (2022): DIW Glossar: Armut, https://www.diw.de/de/diw_01.c.411565.de/armut.html, Zugriff: 28.05.2022.
- Grabka, M. M./Jotzo, B./Rasner, A./Westermeier, C. (2017): Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter. In: DIW Wochenbericht Nr. 5/2017, S. 87–96.
- Keller, M./Kahle, I. (2018): Realisierte Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hg.): WISTA – Wirtschaft und Statistik 3/2018, Wiesbaden, S. 54–71.
- Klafki, W. (2007): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik, 6. Aufl., Weinheim.
- OECD (2020): OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Finance Literacy. www.oecd.org/financial/education/launchof-theoecdinfeglobalfinancialliteracysurvey-report.htm, Zugriff 31.05.2022.
- Schrenker, A./Zucco, A. (2020): Gender Pay Gap steigt ab dem Alter von 30 Jahren stark an. In: DIW Wochenbericht Nr. 10/2020, S. 138–145.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder o. J., zit. nach Portal Sozialpolitik 2021. <http://www.portal-sozialpolitik.de/index.php?page=armutrisiko-mikrozensus>, Zugriff: 20.05.2022.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): 63411-0001: EU-SILC - Erfasste Personen, Hochgerechnete Personen, Nettoäquivalenzeinkommen, Armutsgefährdungsquote: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=table&code=63411-0001&byass=true&levelindex=0&levelid=1634639239334&abreadcrumb>, Zugriff: 31.05.2022.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2022): Armutsgefährdung und materielle Entbehrung bei älteren Menschen. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/armutsgefahrdung.html>, Zugriff: 04.05.2022.



4

GRENZEN DER SOZIALEN SICHERUNG IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

M 4: Problematik Altersabsicherung

Aufgaben:

1. Fassen Sie die bestehende Problematik der finanziellen Absicherung im Alter in Deutschland zusammen.
2. Analysieren Sie die Konsequenzen, die sich aus den Lösungsansätzen für die Erwerbstätigen, vor allem mit Blick auf FINTA*, ergeben und nehmen Sie begründet Stellung, inwiefern die alternativen Modelle deren potenzieller Altersarmut entgegenwirken können. Nehmen Sie hierfür Bezug auf die Informationen aus **M 1** und auf die Fallbeispiele in **M 3**.
3. Erörtern Sie auf Grundlage Ihrer eigenen Interessen, Bedürfnisse und Zukunftspläne, welches Modell Ihnen für Ihre eigene Altersabsicherung am geeignetsten erscheint bzw. welche Aspekte Ihnen wichtig sind. Füllen Sie dafür die unten stehende Tabelle aus.

	Schulabschluss und Beruf	Erwerbsumfang (wöchentliche Arbeitszeit)	Erwerbsdauer (Jahre der Berufstätigkeit)	Familien stand	Besondere biografische Merkmale/ Risikofaktoren	Alters- vorsorge

M 1: Sozialer Ausgleich in der Sozialen Marktwirtschaft?

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sieht vor, die größtmögliche Freiheit des Marktes mit notwendigen staatlichen Eingriffen zur Korrektur sozialer Ungleichheiten zu verknüpfen. Alfred Müller-Armack, einer der Gründerväter unserer heutigen Sozialen Marktwirtschaft, sah in diesen begrenzten staatlichen Eingriffen die Voraussetzung dafür, dass die Gesellschaft der Wirtschaftsordnung vertraut. Die Furcht einzelner Bürger:innen vor dem freien Spiel des Marktes sollte durch eine gewisse Einkommensumverteilung und staatliche Sicherungssysteme beseitigt werden. Zu große soziale Ungleichheiten sollten somit durch den Staat ausgeglichen werden und eine breite Wohlstandsgesellschaft entstehen. 1949 hat der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland eingeführt und in den folgenden Jahren das sogenannte Wirtschaftswunder ausgelöst. Der Wohlstand der Bürger:innen in Deutschland stieg an und es entstand eine breite Mittelschicht. Auch heute gehört Deutschland zu den wohlhabendsten Staaten weltweit. Ungeachtet dessen spielt die Frage nach sozialer Gerechtigkeit heute in unserer Gesellschaft und der Politik weiterhin eine große Rolle. Auffällig ist, dass verschiedene Gruppen innerhalb der Gesellschaft unterschiedlich stark von der steigenden Ungleichheit betroffen sind. Insbesondere Frauen sind von sozialer Ungleichheit unter anderem in Form von Einkommensungleichheit und Altersarmut besonders betroffen. Zurückzuführen ist dies auf die nach wie vor bestehende **strukturelle Benachteiligung** dieser Gruppe, die sich insbesondere auf die Zeit der Erwerbstätigkeit auswirkt. In Statistiken, Nachrichten und gesellschaftlichen Diskussionen wird jedoch zumeist nur zwischen Frauen und Männern unterschieden. So fällt statistisch auf, dass Frauen überproportional häufig Berufe mit geringer Bezahlung vor allem im Sorge- und Pflegebereich ausüben, deutlich seltener Führungspositionen einnehmen und überproportional häufig gering- oder teilzeitbeschäftigt sind, da sie oftmals den Großteil unbezahlter Care-Arbeit übernehmen. Dies führt dazu, dass sie über die Erwerbszeit hinweg zu einem deutlich geringeren Teil in die Rentenversicherung einzahlen und darüber hinaus aufgrund von Erziehungszeiten und Ähnlichem auf eine geringere Anzahl an Beitragsjahren kommen. Dies führt wiederum zu einem nur geringen **gesetzlichen Rentenanspruch** von Frauen im Alter, wodurch das Risiko für Altersarmut gegenüber Männern am höchsten ist.

Aufgaben:

1. Recherchieren Sie auf der Website des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wie sich die Anzahl von Frauen in Führungspositionen in Unternehmen in Deutschland entwickelt hat.
Tipp: <https://www.bmfsfj.de/quote/>
2. Analysieren Sie, welche strukturellen Benachteiligungen das Risiko für Altersarmut von Frauen erhöhen.
3. Diskutieren Sie, inwieweit die Regelungen zur gesetzlichen Rente verändert werden müssen, um insbesondere Frauen vor Altersarmut zu schützen.

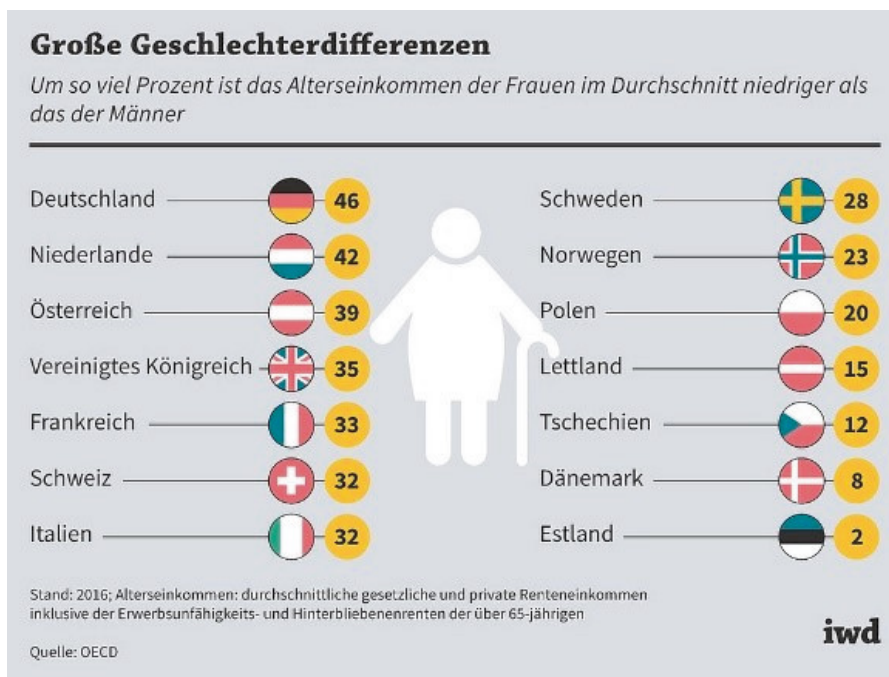
Digitaler Spickzettel „Gesetzliche Rente“ und „Strukturelle Benachteiligung“



M 2: Statistiken, die Ungleichheit verdeutlichen

Eine Armutsgefährdungsquote ist ein wichtiger Indikator und gibt an, wie viele Menschen in einer Volkswirtschaft von relativer Altersarmut gefährdet sind. Dazu zählt, wer über 60 Prozent oder weniger Einkommen verfügt als der Durchschnitt. Im Jahr 2018 gab das Statistische Bundesamt an, dass fast jede:r Sechste in Deutschland von relativer Armut bedroht war. 2018 galt jemand als arm, wenn er/sie weniger als 1.040 Euro als monatliches Nettoeinkommen zur Verfügung hatte (Statistisches Bundesamt 2021). Besonders von Armut gefährdet sind Arbeitslose, Geringverdienende, Alleinerziehende, Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten, ältere Personen ab 60 Jahren, aber auch Personen mit einem geringen Bildungs- und Ausbildungsstand. Eine binär-geschlechterspezifische Betrachtung der gefährdeten Personen zeigt, dass insbesondere Frauen u. a. wegen des ausgeübten Berufes, des Verdienstunterschieds (Gender Pay Gap) und auch wegen der Erwerbslücke durch die Kindererziehung im Alter ein deutlich erhöhtes Risiko tragen, später in Armut zu leben. Neben dem Gender Pay Gap gibt es den Gender Pension Gap, der die prozentuale Rentenlücke zwischen „Männern“ und „Frauen“ verdeutlicht. Häufig liegt der Gender Pension Gap sogar höher als der Gender Pay Gap. Es kann angenommen werden, dass sich diese Problematik auf alle Teilgruppen der FINTA* erstreckt und nicht nur auf Frauen. Da Statistiken bisher oftmals nur ein binäres Geschlechtersystem (Frau/Mann) abdecken, kann diese Annahme statistisch nicht überprüft werden. An dieser Stelle zeigt sich eine Grenze der bestehenden statistischen Erhebungsmethoden. Die binäre statistische Erhebung führt dazu, dass Personen, die der Kategorie Mann oder Frau zugeordnet werden, sich selbst nicht mit dieser Kategorie identifizieren.

Diagramm: Gender Pension Gap



1. Beschreiben Sie das Diagramm und geben Sie wesentliche Aussagen im Kontext von Altersarmut wieder.
2. Vergleichen Sie die Daten Deutschlands mit denen anderer Länder und fassen Sie wesentliche Erkenntnisse zusammen.
3. Erörtern Sie mithilfe von M1, worin die hohe Geschlechter-Rentenlücke in Deutschland begründet liegen kann. Gehen Sie hierbei auf die Struktur der gesetzlichen Rente in Deutschland ein.

Sprinter Aufgabe:

4. Arbeiten Sie heraus, wie hoch der Gender Pay Gap in den EU-Mitgliedsstaaten ist, und vergleichen Sie diese Daten mit denen für Deutschland und seinen Nachbarländern. Nutzen Sie hierfür:

<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/GenderPayGap.html>



M 3: Die Frau von nebenan ...

Name: Franziska
Alter: 44
Beruf: Kassiererin
Arbeitszeit: Minijob (450 Euro)
Familienstand: verheiratet, getrennt
Kinder: 3 (15, 12 und 4 Jahre alt)
Bildungsstandard/Abschluss: Hauptschule, Kauffrau im Einzelhandel
Finanzielle Situation: Franziska hat nur 1.200 Euro Ersparnis auf ihrem Konto. Ihr Ex-Mann und Vater der Kinder zahlt keinen Unterhalt, weil er nicht mit den Besuchszeiten einverstanden ist. Anwälte sind eingeschaltet.
Besonderheiten: Franziskas Mann hat sich nach 17 Jahren getrennt, weil er sich in seine Arbeitskollegin verliebt hat, die ein Kind von ihm bekommt. Franziska kann im Haus wohnen bleiben und erfährt vorübergehend Unterstützung von ihren pensionierten Eltern. Auf Dauer wird das Haus jedoch auch mit Unterhaltszahlungen zu teuer für sie sein.

Notizen

Name: Sascha
Alter: 31
Beruf: examinierte Gesundheits- und Krankenpflegerin
Arbeitszeit: Teilzeit (1.200 Euro netto)
Familienstand: ledig
Kinder: keine
Bildungsstandard/Abschluss: Abitur, examinierte Pflegefachkraft
Finanzielle Situation: keine nennenswerten Rücklagen, weil Sascha nach dem Tod ihres Vaters die Raten für das Haus übernommen hat, in dem ihre Mutter lebt
Besonderheiten: Saschas Mutter ist alleinstehend und schwer krank. Weil sie aber auf dem Land leben möchte, gibt es keinen Pflegedienst, der sich um sie kümmern kann. Ein Pflegeheim lehnt Saschas Mutter ab, weshalb sich Sascha und ihre Schwester bei der Betreuung abwechseln. Monatlich zahlt Sascha 30 Euro in einen Sparvertrag ein, dessen Laufzeit 15 Jahre beträgt.

Notizen

Name: Mara
Alter: 24
Beruf: Zahnmedizinische Fachkraft
Arbeitszeit: keine
Familienstand: verheiratet
Kinder: 1 (1,5 Jahre alt)
Bildungsstandard/Abschluss: Realschulabschluss und Ausbildung
Finanzielle Situation: Maras Mann hat ein Geschäft, das gut läuft. Die Familie zieht demnächst in ein Haus, für das ein Kredit aufgenommen werden musste.
Besonderheiten: Mara kümmert sich um den gemeinsamen Sohn und liebt das Muttersein. Während ihr Mann arbeitet, kümmert sie sich um den Haushalt und das Kind. Wöchentlich erhält sie von ihrem Mann ein eigenes Budget in Höhe von 100 Euro und zusätzlich Haushaltsgeld für die Familie. Mara möchte die nächsten 10 Jahre zu Hause bleiben und sich um die Erziehung kümmern.

Notizen

Name: Dilara
Alter: 27
Beruf: Lehrkraft
Arbeitszeit: Vollzeit (2.700 Euro netto)
Familienstand: verlobt
Kinder: keine
Bildungsstandard/Abschluss: Abitur, Master- und Staatsprüfung zur Lehrbefähigung
Finanzielle Situation: Dilara musste während des Studiums einen Studienkredit aufnehmen, weil sie nicht BAföG-berechtigt war und von den Eltern nicht unterstützt wurde. Sie hat immer sehr sparsam gelebt, konnte aber noch kein Vermögen aufbauen.
Besonderheiten: Dilara arbeitet seit Kurzem an einer Schule und kann nun die monatlichen Raten des Studienkredits in Höhe von 480 Euro bezahlen. Die Laufzeit der Rückzahlung beträgt 9,5 Jahre. Sie lebt mit ihrem Verlobten in einer Mietwohnung.

Notizen

Analysematrix:

Fall/Merkmal	Finanzielle Risikofaktoren	Wesentliche Merkmale/ Lebenssituation	Möglichkeiten der Absicherung
Franziska			
Sascha			
Mara			
Dilara			

Aufgaben:

- Finden Sie sich in Ihrer Kleingruppe ein, lesen Sie die Rollenkarte und klären ggf. Fragen.
- Analysieren und arbeiten Sie heraus, welche der in den Rollenkarten genannten Merkmale Einfluss auf die finanzielle Sicherheit im Alter der Personen haben kann. Füllen Sie hierfür die Analysematrix aus.
- Bestimmen Sie in Ihrer Gruppe eine Person, die als die Person Ihrer Rollenkarte an einer Talkshow zum Thema „Weibliche Perspektive auf Altersarmut“ teilnehmen wird. Entwickeln Sie basierend auf der Rollenkarte Positionen, die Ihre Rolle in die Diskussion einbringen kann.
- Diskutieren Sie, welche realistischen Möglichkeiten geschaffen werden können, um die in den Rollenkarten dargestellten Personen vor Altersarmut zu schützen, und nennen Sie diese in der Analysematrix.

Sprinter Aufgabe:

- Entwickeln Sie zwei eigene Rollenkarten für zwei fiktive Personen, die aufgrund ihrer Lebensumstände von zukünftiger Altersarmut bedroht sind.

M 4: Problematik Altersabsicherung

Für die deutsche Politik stellt die finanzielle Absicherung großer Bevölkerungsteile im Alter auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft aktuell eine der größten Herausforderungen dar. Ein Problem ist, dass immer weniger erwerbstätige Menschen die Rente für eine immer größer werdende Zahl Rentner:innen, die immer älter werden, schultern müssen. Die Höhe der eingezahlten Beiträge reichen zukünftig nicht mehr aus, damit alle Rentner:innen das zugesagte Rentenniveau von 48 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Erwerbstätigen erhalten können. Zum anderen steigt in Deutschland die Altersarmut. Immer mehr Menschen leben mit ihrer Rente unterhalb der Armutsgrenze. Insbesondere Personen, die weniger als 45 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben, bekommen aufgrund geringerer Beitragsjahre und daraus resultierender Abzüge nur geringe Renten. In den letzten Jahren ist zudem die Gruppe der Personen, die gerade so viel verdient, wie sie im Monat zum Überleben benötigt, gestiegen. Diese Menschen, zumeist Frauen, können während ihrer Erwerbstätigkeit kein Vermögen bzw. keine Rücklagen fürs Alter aufbauen. Zu dieser Gruppe gehören überproportional häufig Menschen, die in Care-Berufen wie der Pflege oder im sozialen Bereich tätig sind. Selbst wenn diese Personen ihrem Beruf 45 Jahre nachgegangen sind, liegt ihre Rente häufig wegen des geringen Erwerbsumfangs unterhalb der Armutsgrenze. Zu beachten ist, dass in statistischen Erhebungen nach wie vor zumeist nur zwischen Frauen und Männern unterschieden wird, obwohl darüber hinaus auch inter*- , nichtbinäre-, trans*identitäre oder a-gender Menschen (FINTA*) in unserer Gesellschaft teilhaben. Frauen stellen eine Teilgruppe der Gesamtgruppe der FINTA* dar, die jedoch in ihrer Gesamtheit von struktureller Diskriminierung und Benachteiligung betroffen ist. In Deutschland werden seit einigen Jahren Debatten über die Modifizierung des staatlichen Rentensystems geführt. Die Vorschläge reichen von geringfügigen Anpassungen bis hin zu einer Abwendung vom rein **umlagefinanzierten Rentensystem**. Drei Ideen, die unterschiedlich stark in das bisherige System der umlagefinanzierten Rente eingreifen, werden besonders häufig diskutiert:

Höhere Beitragszahlungen:

Um die Höhe des Rentenniveaus auch bei steigenden Zahlen an Rentner:innen halten zu können, könnte der Beitrag der Erwerbstätigen erhöht werden. Zurzeit teilen sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmer:innen die 18,6 % Rentenbeitrag. Dieser könnte anteilig für beide Parteien auf 24 % erhöht werden.

Kapitalgedeckte Altersvorsorge:

Ein Teil der Rentenbeiträge soll in Fonds investiert werden. Mit Renteneintritt erhalten die Rentner:innen neben der klassischen Rente die Rendite ihrer investierten Beiträge ausgezahlt. Wie hoch die Rente tatsächlich ausfällt, kann im Vorfeld nicht genau berechnet werden, da sie in Teilen von der Kursentwicklung der investierten Beiträge abhängt. Die Erwerbstätigen können selbst entscheiden, in welchen Fonds sie investieren und wie viel Risiko sie eingehen möchten. Die Beiträge von Personen, die keine Entscheidung treffen, fließen automatisch in einen staatlichen Fonds.

Private Altersvorsorge:

Erwerbstätige sollen frühzeitig privat für das Alter vorsorgen. Durch höhere Investitionen in eine private Altersvorsorge soll eine perspektivisch geringere staatliche Rente ausgeglichen werden. Dabei stehen vor allem private Investitionen in Fonds, Immobilien, Aktien und Rentenversicherungen im Fokus.

Digitaler Spickzettel: „Umlagefinanzierte Rente“



INTERVIEW

Die Soziale Marktwirtschaft im Blitzlicht

Fragen an Carl Christian von Weizsäcker

Herr Prof. Dr. von Weizsäcker, was war aus Ihrer Sicht die maßgebliche Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft zum Zeitpunkt ihrer Einführung?

Das war die (Wieder-)Einführung der Marktwirtschaft unter Beibehaltung des Sozialstaats, und – daraus resultierend – dann das „Wirtschaftswunder“.

Was ist heute die größte Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft?

Die größte Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft ist sicherlich der richtige Umgang mit den Problemen des Klimawandels.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine beständige Gestaltungsaufgabe für die Bürgerinnen und Bürger. Wie sollte der Wirtschaftsunterricht in der Schule sie darauf vorbereiten?

Die Soziale Marktwirtschaft generiert ständig Fortschritte beim Lebensstandard. Daraus ergeben sich aber immer neu zu lösende Probleme. Zum Beispiel wegfallende Arbeitsplätze, die aber durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden. Die Schüler und Schülerinnen sollten verstehen, dass es nie um die Erhaltung des Status quo geht, sondern um Dynamik und Veränderung. Den Status quo können auch andere Wirtschaftsordnungen erhalten. Die wahren Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft liegen in dem Fortschritt, den nur sie schaffen kann.

Die Welt ist heute vermutlich unübersichtlicher als früher. Was raten Sie Schülerinnen und Schülern, wie sie in dieser Welt Orientierung in ökonomischen und politischen Fragen gewinnen können?

Ist die Welt wirklich unübersichtlicher geworden? Wir sind heute doch mittels der modernen Medien über ferne Länder viel besser informiert als früher. Die modernen

Carl Christian von Weizsäcker

Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker ist seit 2004 Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Gemeinschaftsgüter. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Mitglied der American Academy of Arts and Sciences, der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Fellow der Econometric Society. Prof. von Weizsäcker war 1965 bis 2003 ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg, Bielefeld, Bonn, Bern und am Massachusetts Institute of Technology sowie zuletzt ab 1986 in Köln. Er war Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Mitglied des Beirates der RWE Energie AG und Mitglied des Kuratoriums des Forums für Zukunftsenergien e.V. Von 1982 bis 1988 war er Mitglied im Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Der Wettbewerbstheoretiker und -politiker war 1989 bis 1998 Vorsitzender der deutschen Monopolkommission.



Reisemöglichkeiten erlauben viel besseren Augenschein anderer Gegenden als früher. Die Welt war immer unübersichtlich, wenn man die jeweiligen Erkundungsmöglichkeiten in Rechnung stellt. Die Schülerinnen und Schüler sollten Folgendes verstehen: Eine Gesellschaft freier Menschen ist vor allem horizontal und nicht vertikal organisiert; mehr Koordination als Subordination. Nur so kann sie die großen Vorteile hoher Komplexität erringen, Arbeitsteilung zum Beispiel. Im politischen Bereich ist es die Demokratie mit gleichem Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, im wirtschaftlichen Bereich die Koordination über Märkte statt Unterwerfung unter staatliche Planung. Im kulturellen Bereich ist die Toleranz

gegenüber Andersdenkenden statt dogmatischer Vereinheitlichung aller Meinungen ein großer Vorteil. Hierarchie kann nur einfache – vormoderne – Gesellschaften stabilisieren. Gesellschaften der Vielfalt, der Buntheit, der individuellen Freiheit und des Wohlstandes bedürfen vor allem des horizontalen Prinzips, der Koordination.

Das Interview führte Franziska Birke.

Anm. d. Red.: Interviews geben grundsätzlich die Meinung der Interviewten wieder, nicht die der Redaktion.

Zeitenwende in Europa und der Welt

Globalisierung auf dem Prüfstand?!

Europa und die Welt erleben eine Zeitenwende, dies gilt sowohl in politischer bzw. historischer als auch in ökonomischer Hinsicht. Im Folgenden geht es um eine Einordnung und Erläuterung von grundlegenden Zusammenhängen, wobei dies vorwiegend aus ökonomischer Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Folgen für die Globalisierung erfolgt.¹

„Zeitenwende“ als politischer und ökonomischer Begriff

Seit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Olaf Scholz vom 27.02.2022 gehört der Begriff „Zeitenwende“ zum festen Vokabular in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Begriff beschreibt in erster Linie eine Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland (und anderer westlicher Staaten) nach dem Beginn des Ukrainekriegs und hat in dieser Hinsicht zunächst vor allem eine politische Dimension.

Mit der politischen Zeitenwende gehen allerdings auch gravierende ökonomische Veränderungen einher, die private Haushalte und Unternehmen ebenso wie die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit betreffen und somit gleichzeitig eine ökonomische Dimension des Begriffs verdeutlichen. Ausprägungen dieser ökonomischen Zeitenwende sind z. B. massive Wirtschaftssanktionen der EU und der USA gegen Russland oder die Unsicherheit bzgl. der Energieversorgung in Deutschland und der EU.

Rückschau: 20. Jahrhundert

Betrachtet man den Begriff „Zeitenwende“ als politisch-historischen bzw. ökonomischen Begriff, fallen in der Rückschau auf das 20. Jahrhundert durchaus einschneidende Ereignisse bzw. Phasen ins Auge, die

ebenfalls mit einer Zeitenwende verbunden waren. Aus ökonomischer Perspektive können beispielsweise die Weltwirtschaftskrise ab Ende der 1920er Jahre, die Ölpreiskrisen 1973 und 1979/80 oder auch die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2007/08 als Zeitenwende betrachtet werden. Aus politisch-historischer Perspektive markierten vor allem der Erste Weltkrieg (1914 – 1918) und der Zweite Weltkrieg (1939 – 1945) eine Zeitenwende, aber auch der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa sowie der Fall der „Berliner Mauer“, der schließlich den Weg zur Deutschen Einheit ebnete (1989/90).

In seinem unter dem Titel „Das Ende der Geschichte“ (1992) veröffentlichten Buch vertrat der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama die (nicht unumstrittene) These, dass sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten die Demokratie und die Marktwirtschaft im Wettbewerb der Systeme nun endgültig und überall auf der Welt durchsetzen werden. Schaut man auf die (aktuelle) Entwicklung, scheint das viel zitierte Ende der Geschichte jedoch ein historischer Irrtum zu sein.

Fragestellungen

Die geopolitischen Veränderungen in der Weltordnung haben folgerichtig auch Konsequenzen für die Wirtschaftsordnung und die Welthandelsordnung.

Im Hinblick auf das Phänomen der Globalisierung stellen sich dabei folgende Fragen:

1. Erleben wir nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Zeitenwende?
2. Hat die Zeitenwende mit dem Ukrainekrieg begonnen oder bereits zuvor?
3. Wodurch ist die aktuelle Phase geprägt und was bedeutet dies für die zukünftige Entwicklung?

Kennzeichen und Entwicklungslinien der Globalisierung

Als wesentliche Kennzeichen der Globalisierung als „Megatrend“ (hier mit Fokus auf die Globalisierung der Wirtschaft, siehe hierzu z. B. Krugman et al. 2019) können u. a. die weltweite Verflechtung der Wirtschaft (und anderer Bereiche wie z. B. Politik), die Liberalisierung des Kapital- und Warenverkehrs, das Wachstum des Welthandels, weltweit agierende Unternehmen bzw. Konzerne, die Globalisierung der Finanzmärkte und die Vernetzung durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien beschrieben werden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Globalisierung (hier mit Fokus auf die Phase ab 1945) kann ein rapider Anstieg des Welthandels nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konstatiert werden. Einen wichtigen Ausgangspunkt stellte dabei die Konferenz von Bretton Woods im Jahr 1944 dar. Die Konferenz brachte u. a. eine grundlegende Neuordnung des Weltwährungssystems (mit dem US-Dollar als Leitwährung) hervor und sorgte für eine Stabilisierung des internationalen Kapitalverkehrs und des internationalen Handels. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die eine Unterstützung beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg leisten sollten. In Form des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) wurde 1947/48 außerdem ein Zoll- und Handelsabkommen mit dem Ziel der Förderung des Welthandels vereinbart. In der Folge wurden in mehreren Verhandlungsrunden (sog. „Welthandelsrunden“) schrittweise zahlreiche Handelsbarrieren abgebaut. Die Minimierung der Zölle regte im Ergebnis sehr hohe Wachstumsraten des Welthandels an und sorgte für eine nachhaltige Verbesserung der internationalen



Abb. 1: Olaf Scholz auf einer Pressekonferenz nach dem NATO-Sondergipfel am 24. März 2022 in Brüssel.

Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Damit wurde auch der Grundstein für die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 gelegt, in die das GATT heute eingebunden ist.

Wichtige Treiber der fortschreitenden Globalisierung waren insbesondere sinkende Transaktionskosten, beispielsweise durch niedrigere Transportkosten (z. B. „Containerrevolution“ in der Schifffahrt) oder in Form niedrigerer Informationskosten (aufgrund vielfältiger Innovationen im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologie). Ein wesentliches Kennzeichen der globalisierten Wirtschaft sind zudem Arbeitsteilung und Spezialisierung, die die wirtschaftliche Verflechtung vertiefen. Parallel zur Globalisierung fand auch eine Regionalisierung statt, beispielsweise durch die Schaffung regionaler Wirtschaftsräume wie der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (mit dem EU-Binnenmarkt und dem Euro als Gemeinschaftswährung). Der Zusammenbruch des sog. Ostblocks 1989/90 läutete schließlich eine neue, äußerst dynamische Phase der Globalisierung („Hyperglobalisierung“) ein, die durch die Erschließung

neuer Märkte und eine noch stärkere wirtschaftliche Verflechtung gekennzeichnet ist.

Die Entwicklungen in der wirtschaftlichen Praxis werden in der ökonomischen Theorie unterschiedlich erklärt (siehe z. B. Krugman et al. 2019). Wichtiger Ausgangspunkt bei der Analyse von Außenhandel ist die Argumentation über absolute Kostenvorteile (Smith) oder komparative Kostenvorteile (Ricardo). Demnach spezialisiert sich jedes Land auf die Produktion des Gutes, bei dem es einen absoluten bzw. komparativen/relativen Kostenvorteil hat. Im Gegensatz zu häufig bei ökonomischen Laien herrschenden Vorstellungen (siehe hierzu z. B. Enste et al. 2009) wird der Handel zwischen Ländern auf Basis der ökonomischen Theorie nicht als Nullsummenspiel betrachtet, vielmehr sind durch die Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten zusätzliche Wohlstandsgewinne realisierbar. Die klassischen Außenhandelstheorien und die Erweiterungen dieser Modelle (z. B. Faktorproportionentheorie/Hekscher-Ohlin-Modell) stimmen in der Grundaussage insoweit überein, als dass Handel zum gegenseitigen Vorteil und somit eine Win-win-Situation möglich ist.

Abschied von Gewissheiten in Theorie und Praxis

Aus theoretischer Perspektive stellt Freihandel bzw. eine Liberalisierung des Welthandels grundsätzlich die vorteilhafteste Lösung dar. Mit der viel zitierten „Zeitenwende“ geht jedoch auch ein Abschied von Gewissheiten in Theorie und Praxis einher. Die fortschreitende Globalisierung verlangsamt sich in Bezug auf Welthandel und -produktion – dies wird in der Literatur teilweise auch „Slowbalisation“ bezeichnet –, möglicherweise sind auch Rückschritte im weiteren Entwicklungsprozess denkbar (siehe hierzu z. B. Kolev/Matthes 2021). Die Vorteilhaftigkeit der Globalisierung und der fortschreitenden Liberalisierung des Welthandels ist offensichtlich nicht (mehr) unumstritten. Zudem scheinen Krisen in der modernen Welt eher die Regel als die Ausnahme zu sein. Kontinuität und/oder eine regelgebundene Finanz- und Wirtschaftspolitik sind gegenwärtig kaum möglich, vielmehr befindet sich die Politik im permanenten Krisenmodus.

Unabhängig von den aktuellen Einflüssen war eine zunehmende Globalisierungsskepsis

jedoch bereits vor der Coronakrise und den Auswirkungen des Ukrainekriegs zu beobachten: Eine veränderte Dynamik der Globalisierung hat sich durch mehrere, einschneidende Entwicklungen ergeben, wozu die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2007/08 gezählt werden muss. Die Unsicherheit in Bezug auf die Folgen der Globalisierung und die Diskussion um Globalisierungsgewinner:innen und -verlierer:innen hat letztlich auch eine politische Dimension und zeigt sich u. a. in der Gefahr des Populismus. Weitreichende Folgen für die Welthandelsordnung hatte insbesondere die Wahl von Donald J. Trump zum US-Präsidenten, die ab 2017 zu einer Renationalisierung in der Handelspolitik (Stichwort: „America first“) führte. Eine gravierende Zäsur für den europäischen Integrationsprozess und EU-Binnenmarkt stellte darüber hinaus das Brexit-Referendum am 23.06.2016 dar, das den EU-Austritt Großbritanniens zur Folge hatte. Wenngleich Deutschland als Exportnation durchaus als Profiteur der Globalisierung gesehen werden kann, war auch hierzulande eine gewisse Globalisierungsskepsis vorhanden, wie die teils massive Kritik an den geplanten Freihandelsabkommen (z. B. TTIP zwischen USA und EU) verdeutlicht.

Gegenwärtig besteht das Kernproblem in einer Kreuzung mehrerer Krisen: Die Coronakrise hatte unmittelbare Auswirkungen in nahezu allen Lebensbereichen und machte Herausforderungen bzw. Probleme einer umfangreichen, weltweiten Verflechtung der Wirtschaft deutlich sichtbar. Ausdruck dieser Krise und ihrer ökonomischen Folgewirkungen sind aktuell z. B. Störungen globaler Lieferketten, anhaltende Lieferengpässe sowie ein starker Anstieg von Rohstoffpreisen, die die wirtschaftliche Erholung beeinträchtigen. Der Ukrainekrieg hat u. a. zu einem Preisschock mit rasant steigenden Energiekosten geführt, was gravierende Probleme in unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft verursacht und auch die privaten Haushalte vor enorme Herausforderungen stellt. Die Klimakrise ist im Zuge der zuvor genannten Krisen zuletzt etwas in den Hintergrund getreten, wenngleich die Bedrohung und die vielfältigen Probleme durch den Klimawandel (und somit auch die ökonomischen Effekte) an einigen Stellen bereits deutlich sichtbar werden.

Der Krieg, die hohe Inflation und die drohende Rezession wirken aktuell wie ein explosives Gemisch. Der wirtschaftliche

Aufholprozess nach der Coronakrise ist mittlerweile ins Stocken geraten und die Perspektiven sind ungewiss: Die hohe Inflation und steigende Inflationserwartungen der privaten Haushalte gehen mit einer geringeren Kaufkraft der Konsument:innen und einem Konsumrückgang einher. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Unternehmen, die angesichts der aktuellen Belastungen und der unsicheren Perspektiven Einsparungen vornehmen und Investitionen kürzen. Vor dem Hintergrund eines drohenden Wohlstandsverlustes stellt sich die Frage, ob das unter dem Leitgedanken „Wohlstand für alle“ (Erhard 1957) mit der Sozialen Marktwirtschaft verbundene Teilhabeverprechen weiterhin eingelöst werden kann.

Mit dem Beginn der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2007/08 haben sich die privaten Haushalte und Unternehmen daran gewöhnt, dass der Staat mit teilweise gravierenden wirtschaftspolitischen Eingriffen und immensen Ausgabenprogrammen immer wieder als „Krisenmanager“ auftritt. Die Wirksamkeit einzelner wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Staates zur Krisenintervention ist jedoch durchaus umstritten (z. B. „Tankrabbat“ im Zusammenhang mit der Energiekrise). Unter der Voraussetzung niedriger Zinsen konnte sich Deutschland über einen langen Zeitraum zum „Nulltarif“ verschulden. Nachdem die stark erhöhte Staatsverschuldung infolge der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise durch die sog. Politik der „Schwarzen Null“ zwischenzeitlich auf ein Niveau von 60 % des BIP zurückgeführt worden war, folgte erneut ein immenser Anstieg der Staatsverschuldung, wobei die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in Deutschland – auch im europäischen und internationalen Vergleich – weiterhin als gegeben angesehen wird (siehe hierzu z. B. Feld 2020). Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme des Staates in der aktuellen Krise allerdings drastisch verändert. Zukünftig werden wieder erhebliche Zinszahlungen den Bundeshaushalt belasten und die Handlungsmöglichkeiten des Staates einschränken. Umstritten ist derzeit außerdem, wann eine Rückkehr zur verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse erfolgen soll.

Darüber hinaus ergeben sich große Herausforderungen in der Geldpolitik, wobei die Europäische Zentralbank (EZB) hier in

einem Dilemma steckt. Nach einer langen Phase der Niedrigzinspolitik stellt sich die Frage, wie die notwendige Zinswende im Euroraum gestaltet werden kann. Die hohe Inflation erzeugt geldpolitischen Handlungsdruck, um das Ziel der Preisstabilität zu erreichen, wobei die EZB zunächst davon ausging, dass der Preisanstieg u. a. durch Nachholeffekte im Zusammenhang mit der Coronakrise begründet sei und somit nur vorübergehend sein würde (siehe hierzu z. B. Demary 2021). Diese Einschätzung wurde mittlerweile korrigiert: Im Juni 2022 hat die EZB – nach längerem Zögern – erstmals seit über zehn Jahren den Leitzins erhöht und weitere Zinsschritte angekündigt. Ein rascher Rückgang der Inflation ist trotzdem nicht zu erwarten und darüber hinaus trüben sich die konjunkturellen Aussichten weiter ein. Gleichzeitig rückt mit erhöhten Zinsen auch das Problem der Tragfähigkeit der Staatsschulden wieder stärker in den Blick, das insbesondere die südeuropäischen Länder (z. B. Griechenland oder Italien) betrifft.

In der aktuellen Situation befindet sich auch das Geschäftsmodell der sog. „Deutschland AG“ in einer Bewährungsprobe (siehe hierzu z. B. Fuest 2022). Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ergibt sich insbesondere bei der Frage der Energiesicherheit dringender Handlungsbedarf. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland hängt in besonderem Maße vom Zugang zu günstiger Energie ab. Um die Krisenanfälligkeit der deutschen Volkswirtschaft zu reduzieren, müssen einseitige Lieferstrukturen und Abhängigkeiten im Energiesektor abgebaut werden.

Sofern die Energiekosten dauerhaft hoch bleiben, droht im Ergebnis ein dramatischer Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Insofern sind die Bemühungen der Bundesregierung um eine Ausweitung und Diversifizierung des Angebots (z. B. Vereinbarung einer „Energiepartnerschaft“ mit Katar) folgerichtig. Gleichzeitig sind Zweifel angebracht, ob diese Staaten den in anderen Zusammenhängen formulierten ethischen Anforderungen bzw. Standards gerecht werden können. Ob es gelingt, über den gemeinsamen Handel auch bestimmte Werte zu importieren und auf diese Weise z. B. zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beizutragen („Wandel durch Handel“), ist umstritten.

Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft ist auf einen freien Welthandel geradezu angewiesen. Angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen (USA, EU, China, Russland etc.) stellt sich allerdings die Frage, mit welchen Partnern zukünftig an der globalen Handelsordnung weitergearbeitet werden kann, denn die Ausgangsbedingungen für eine multilaterale Zusammenarbeit sind gegenwärtig außerordentlich schwierig. Den Vorteilen einer globalisierten Wirtschaft steht die politische Unsicherheit gegenüber, die den Globalisierungsprozess aktuell massiv beeinflusst.

Fazit und Ausblick

Die Zeitenwende in Europa und der Welt hat auch eine ökonomische Dimension, die Einfluss auf die Globalisierung hat bzw. zukünftig haben wird. Das bedeutet nicht, dass

der Welthandel zum Erliegen kommen wird, allerdings sind die Einschnitte so gravierend, dass diese vermutlich nachhaltig wirken werden und sich das Ausmaß der wirtschaftlichen Verflechtungen verändert. Eine Zeitenwende hat mit Blick auf die Globalisierung bereits vor dem Ukrainekrieg begonnen, beispielsweise infolge der Coronakrise, aber auch durch Tendenzen zur Renationalisierung in der Handelspolitik (Stichwort: „America first“).

Die aktuelle Phase ist durch eine Kreuzung mehrerer Krisen gekennzeichnet und mit einer großen Unsicherheit für die privaten Haushalte, die Unternehmen und den Staat verbunden. Wenn sich der Zerfall der Welt in geopolitische Blöcke verfestigen sollte, wird dies auch Auswirkungen auf die Globalisierung haben. In diesem Zusammenhang droht zwar nicht das Ende der Globalisierung, aber die globalisierte Welt von morgen wird sicherlich eine andere sein als die von heute.

Anmerkung

¹ Der vorliegende Artikel basiert auf einem Impulsvortrag des Autors im Rahmen der Gartenvorlesung „1x1 der Wirtschaft“ des Instituts für ökonomische Bildung (IÖB) und des wigy e. V. am 16.06.2022 in Oldenburg.

Literatur

- Demary, M. (2021): Einmaleffekte bestimmen Inflation, in: ifo Schnelldienst, 74 (9), 3–6.
- Enste, D. et al. (2009): Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien - Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10 (1), 60–78.
- Erhard, L. (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf: Econ.
- Feld, L. P. (2020): Rekordschulden in der Coronakrise – kann sich der deutsche Staat das leisten?, in: ifo Schnelldienst, 73 (8), 3–6.
- Fuest, C. (2022): Die Zukunft des Geschäftsmodells Deutschland, in: ifo Schnelldienst, 75 (9), 3–7.
- Fukuyama, F. (1992): Das Ende der Geschichte, München: Kindler.
- Kolev, G. / Matthes, J. (2021): Protektionismus und Abschottungstendenzen bremsen und verändern die Globalisierung, in: Wirtschaftsdienst, 101 (11), 845–849.
- Krugman, P. et al. (2019): Internationale Wirtschaft – Theorie und Politik der Außenwirtschaft, 11. Aufl., München: Pearson.

MICHAEL KOCH

Aktuelle Tipps und Empfehlungen

Wettbewerb

Bundesweiter Schüler:innenwettbewerb zum Thema „Inflation“

Der Schüler:innenwettbewerb *econo=me* steht dieses Jahr unter dem Thema „Inflation – was passiert, wenn das Geld an Wert verliert?“. Zum achten Mal schreibt die Flossbach von Storch Stiftung den bundesweiten Schüler:innenwettbewerb in Kooperation mit ZEIT für die Schule und dem Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg (IÖB) aus. Die Schirmherrschaft trägt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Schüler:innen ab Klasse 7 können verschiedene Beitragsformate (wie Filme, Podcasts, Spiele ...) rund um die Themenstellung entwickeln. Anmelde- und Einsendeschluss ist der 28.02.2023.



Die konkrete Aufgabenstellung und weitere Informationen gibt es unter www.econo-me.de

Schulbuchanalyse

Die Klima- und Umweltproblematik in Politik- und Wirtschaftsschulbüchern

Wie die Klima- und Umweltproblematik in ausgewählten Politik- und Wirtschaftsschulbüchern behandelt wird, hat das Institut für Ökonomische Bildung, An-Institut der Universität Oldenburg, im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Rahmen einer Analyse für die Sekundarstufe II untersucht. Zentrale Ergebnisse der Studie zeigen u. a., dass Klima- und Umweltprobleme in Materialien und Aufgaben vornehmlich als Themenfelder der politischen Bildung aufbereitet werden und eine ökonomische Perspektive auf eine der größten Herausforderungen unserer Zeit nur randständig bleibt. Dies ist vor allem auch deswegen problematisch, weil ein fundiertes Verständnis ökonomischer Ansätze zur Entschärfung der Umwelt- und Klimaproblematik, wie Ökosteuern oder der Emissionshandel, notwendig ist, um der aktuellen politischen Diskussion überhaupt folgen zu können.



Die gesamte Schulbuchanalyse ist kostenfrei abrufbar unter: <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1238>

In welcher Ordnung wollen wir leben?

Geschichte und Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft

Niemals zuvor ging es den Menschen in Deutschland so gut wie in den vergangenen Jahren. Durch Demokratie und unsere Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft, die 1948 mit der Währungsreform und Preisfreigabe unter Ludwig Erhard eingeführt wurde und die das „Deutsche Wirtschaftswunder“ gezündet hat, wurde uns über 70 Jahre hinweg ein Wohlstand beschert, der uns heute geradezu selbstverständlich erscheint.

Trotzdem steht dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zunehmend in der Kritik. Gleichzeitig sinkt der Grad der ökonomischen Bildung, obwohl diese „die Grundlage bildet, um in mannigfaltigen Lebenssituationen Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen zu entwickeln“ (BÖB 2022), und der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ist.

Wie also bringt man (junge) Menschen dazu, sich mit dem Thema Wirtschaft zu beschäftigen?

Diese Frage haben sich das Forum Ordnungspolitik (ehem. Aktionskreis Freiburger Schule) und das Walter Eucken Institut gestellt und in Zusammenarbeit mit Universität und Pädagogischer Hochschule in Freiburg eine Ausstellung konzipiert und realisiert. Mit der edukativen Wanderausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben? Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft“ sollen Geschichte und Aktualität der freien und wettbewerbsorientierten Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt und für Jung und Alt erfahrbar werden.

Eine solche komplexe Wirtschaftsordnung zu erfassen ist zweifellos herausfordernd. Besucher:innen können sich deshalb über mehrere Kanäle nähern: Es gibt Themenstelen, Tabletstationen mit

Quizfragen und kurzweiligen Filmen, über Smartphones abrufbare Audioguides, die durch die Ausstellung führen, Videos aus Interviews mit Schüler:innen und jungen Unternehmer:innen oder Lernvideos der Deutschen Bundesbank. Studierende brachten ihr Projekt „Geld regiert die Welt“ ein und entwickelten ein Online Quest. So können auf verschiedenen Wegen Wissen und Eindrücke vermittelt und Zusammenhänge erkannt werden. Die Ausstellung fordert auf, selbst eine Meinung zu entwickeln, Haltung zu beziehen, und sucht den Diskurs insbesondere mit jungen Menschen:

- Wer war Walter Eucken und welche Bedeutung hat sein Werk für die Werte und Grundprinzipien unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung?
- Welche Erfahrungen und Erkenntnisse haben zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft beigetragen?
- Wozu brauchen wir Regeln?
- Warum ist Wettbewerb gut für die Freiheit?
- Wie steht es mit dem globalen Wettbewerb, z.B. bei Internetgiganten wie Facebook oder Google?
- Oder wie können wir natürliche Ressourcen so schonend wie möglich nutzen, auf die Umwelt und das Tierwohl achten und zugleich so wirtschaftlich handeln, dass Produzenten ein faires Auskommen und Konsument:innen eine echte Auswahl haben?
- Ist dieses Konzept einer freien, menschenwürdigen und funktionsfähigen Wettbewerbsordnung, wie von den Vordenkern entwickelt, heute noch aktuell, anpassungs- und zukunfts-fähig?
- Welche gesellschaftspolitische Ausrichtung garantiert uns auch in Zukunft selbstbestimmtes Handeln?

- Welche Wirtschaftsordnung sichert uns angesichts der globalen und nationalen Herausforderungen auch in Zukunft Freiheit und Wohlstand?
- An welchen Schnittstellen benötigen wir neue Ideen und Impulse?

Die Frage also, in welcher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wir künftig leben wollen, ist angesichts ständig neuer Herausforderungen wie etwa der Finanz-, Klima-, Flüchtlings- und Inflationskrise oder im Umgang mit unserer digitalen Zukunft hochaktuell.

Kernstücke der Ausstellung sind die Themenstelen zur Geschichte und Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, ihrer aktuellen Ausgestaltung und ihrer Rolle im Hinblick auf Europa und die globalen Herausforderungen.

Im Zentrum der Geschichte unserer Wirtschaftsordnung steht die Person Walter Euckens, Wissenschaftler, Mitglied der Freiburger Widerstandskreise, Mitbegründer der „Freiburger Schule“ des Ordoliberalismus und Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft.

Eucken persönlich

Geprägt von einem großbürgerlichen Elternhaus (der Vater war Philosoph und Nobelpreisträger, die Mutter gründete den Kunstverein und öffnete das Haus für Kunst und Musik) wächst er in Jena auf und kommt so früh in Kontakt mit dem sozialen Liberalismus, der in den Jenaer Firmen Zeiss und Schott gelebt wurde. Vielseitig interessiert und talentiert, entscheidet er sich zum Studium der Geschichte und Nationalökonomie.

Der Beginn seiner Universitätskarriere fällt mit der Gründung der Weimarer Republik zusammen. Die junge Demokratie



Abb. 1: Edukative Wanderausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben?“

kämpft mit Kriegsschulden und Reparationszahlungen, die Bevölkerung leidet unter Versorgungsmangel. Die Regierung versucht, der Krise anhand von Krediten und mit dem Drucken von Geld Herr zu werden, und bewirkt dadurch eine massive Geldentwertung. Die Preise explodieren, 1923 herrscht Hyperinflation.

Was lief schief in Weimar? Der Staat als Marionette

Eucken beobachtet, wie der Weimarer „Laissez-faire-Kapitalismus“ zu einer zunehmenden Konzentration privater Macht in der Wirtschaft führt (s. **Tabelle**): Monopole und Kartelle entstehen, die auf Kosten der Verbraucher:innen die Preise diktieren können. Aufgrund Ihrer Marktmacht beeinflussen die Konzerne zunehmend die Politik und setzen ihre Interessen auf Kosten des Gemeinwohls durch.

1929 führt der Börsencrash in New York zu einer weltweiten Wirtschaftskrise und so kommen Mangelwirtschaft, Armut und Hunger zurück. Das Vertrauen der Bürger:innen in den Staat schwindet zusehends, Kommunisten und Nationalsozialisten erfahren Auftrieb und unterhöheln die junge Demokratie.

Nationalsozialismus. Der totale Staat

Mit der Machtergreifung Hitlers 1933 werden Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie abgeschafft und die NS-Diktatur etabliert. Der Staat lenkt die Wirtschaft mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen, deckelt die Preise und setzt damit den marktwirtschaftlichen Preismechanismus außer Kraft. Die wirtschaftlichen Ressourcen werden durch Rationierung weg von Konsument:innen in kriegswichtige Bereiche umgelenkt und das Land vom Welthandel abgeschottet.

Judenverfolgung und letztendlich die Reichspogromnacht 1938 waren Anlass für Walter Eucken und seine Universitätskollegen Constantin von Dietze und Adolf Lampe, die oppositionellen Freiburger Kreise zu begründen. Ab 1942 erarbeiteten sie im sog. Bonhoeffer-Kreis, dem auch Carl Goerdeler angehörte, Grundzüge für eine freiheitliche Nachkriegsordnung. Im dritten Freiburger Kreis, der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath, bekam Eucken Kontakt zum Kreisauer Widerstandskreis um General von Beck und anderen, die nach dem Attentat am 20. Juli 1944 hingerichtet wurden. Diese Zeit, in der die Menschenwürde keinen Stellenwert besaß, prägte Eucken nachhaltig.

Freiburger Schule: Ordnung in Freiheit

In den 30er Jahren hatte Eucken zusammen mit den Juristen Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth die Forschungsgemeinschaft „Freiburger Schule“ begründet, die in der Tradition des liberalen marktwirtschaftlichen Denkens die Freiheit des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt und nach Wegen suchte, um private wie staatliche Macht zu unterbinden. Diese „Ordoliberalen“ wollten eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechts und des Staates schaffen. Eine solche Wirtschaftsordnung basiert auf zwei Säulen: den spontanen Ordnungskräften des Marktes und einem von der Politik gesetzten Ordnungsrahmen. Der Leistungswettbewerb sorgt als Instrument dafür, dass sich wirtschaftlicher Erfolg nur unter Berücksichtigung der Verbraucher:inneninteressen einstellt und somit wirtschaftliche Macht verhindert wird. Ein gutes Beispiel ist das Fußballspiel: Klare Spielregeln bestimmen, was erlaubt ist und was nicht, und lassen den Spieler:innen dabei einen großen kreativen Spielraum. Der Schiedsrichter bzw. die Schiedsrichterin sorgt für ein faires Spiel und pfeift, wenn foul gespielt wird.



Abb. 2 – 3: Ideenwand und Medienstationen im Rahmen der Ausstellung

Jahr	Zahl	Schätzung nach
1875	8	Sombart
1887	70	Philippovich
1889	106	Philippovich
1890	117	Sombart
1895	143	Bücher
1896	250	Sombart
1900	300	Zentralverband der deutschen Industrie
1905	385	Amtliche Enquête
1911	550-600	Tschirsky
1922	1000	Liefmann
1925	1500	Metzner
1925	2500	Deutsche Regierung
1930	2100	Wagenführ

Tabelle: Schätzung der Industriekartelle in Deutschland

Die Nachkriegsordnung: der Freiburger Einfluss

Nach Kriegsende war Deutschland zerstört und die Menschen hungerten. Viele Güter des täglichen Lebens konnten nur im Tausch oder auf dem Schwarzmarkt erstanden werden. Eucken und seine Mitstreitenden plädierten für die Umsetzung ihres ordnungspolitischen Konzepts, statt weiterhin planwirtschaftlich zu agieren. Dieses Konzept

einer freien, marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung koordinierte marktwirtschaftliche Aktivität mit Euckens sieben „konstituierenden Prinzipien“: ein funktionsfähiges Preissystem, eine stabile Währung, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, die Einheit von Risiko und Haftung und verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Ludwig Erhard übernimmt dieses Konzept, sein enger Mitarbeiter, der Ordnungsökonom Leonhard Miksch

formuliert das sog. „Leitsatzgesetz“ und damit werden zusammen mit der Währungsreform 1948 die Preise freigegeben. Dies war der Zündfunke für das „Deutsche Wirtschaftswunder“. Franz Böhm macht sich für die Einführung eines Kartellrechts stark und schafft es gegen den Einfluss der Konzerne, 1957 das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchzusetzen.

Soziale Marktwirtschaft

Mit den Kräften des Wettbewerbs sollte Wohlstand geschaffen werden, der wiederum die Grundlage für einen marktkonformen Sozialstaat ist. Die Sozialpolitik sollte Einzelne, in Not geratene, befähigen, ihre Existenz wieder aus eigenen Kräften zu sichern. Im Zielkonflikt zwischen Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit stellt sich hierbei immer wieder die Frage, wie viel Staat und wie viel Markt vonnöten ist, oder ab wann sozialpolitische Eingriffe dazu führen, die wirtschaftliche Aktivität zu hemmen. Für Lebensrisiken wie Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflege und Altersvorsorge stellt der Staat die Sozialversicherungen zur Verfügung. Das Sozialbudget ist in Deutschland sukzessive gestiegen; heute wird über ein Drittel der geschaffenen Wertschöpfung vom Staat zu sozialen Zwecken umverteilt.

Der demografische Wandel und damit die gerechte Verteilung der Lasten zwischen Zahlenden und Empfänger:innen stellt den

Fotos: Forum Ordnungspolitik e.V./© Markus Herp; Tabelle: Wagenführ, Horst: Kartelle in Deutschland. Nürnberg 1931, S. XIII

Staat heute vor die dringende Aufgabe, die Sozialkassen nachhaltig und generationenverträglich zu gestalten. Eine Sozialpolitik, die sich am Markt orientiert, kann die Lasten des Strukturwandels abfedern. Sie soll den Einzelnen Freiraum und Chancen bieten und Möglichkeiten für ein eigenverantwortliches Leben. Sozialpolitik korrigiert nicht, sondern sie befähigt!

Ordnungspolitik: Ein Konzept für Europa?

1957 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet: Mit ihr wurden die Grundlagen für einen gemeinsamen europäischen Markt geschaffen und im Vertrag von Rom der Ordnungsrahmen für einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt festgelegt. Deutschland übernahm eine Führungsrolle in der Gestaltung des EU-Wettbewerbsrechts. Der Einfluss der Ordnungsökonom sorgte dafür, dass zentrale wettbewerbspolitische Elemente wie das Kartellverbot oder das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung Bestandteil der Römischen Verträge wurden.

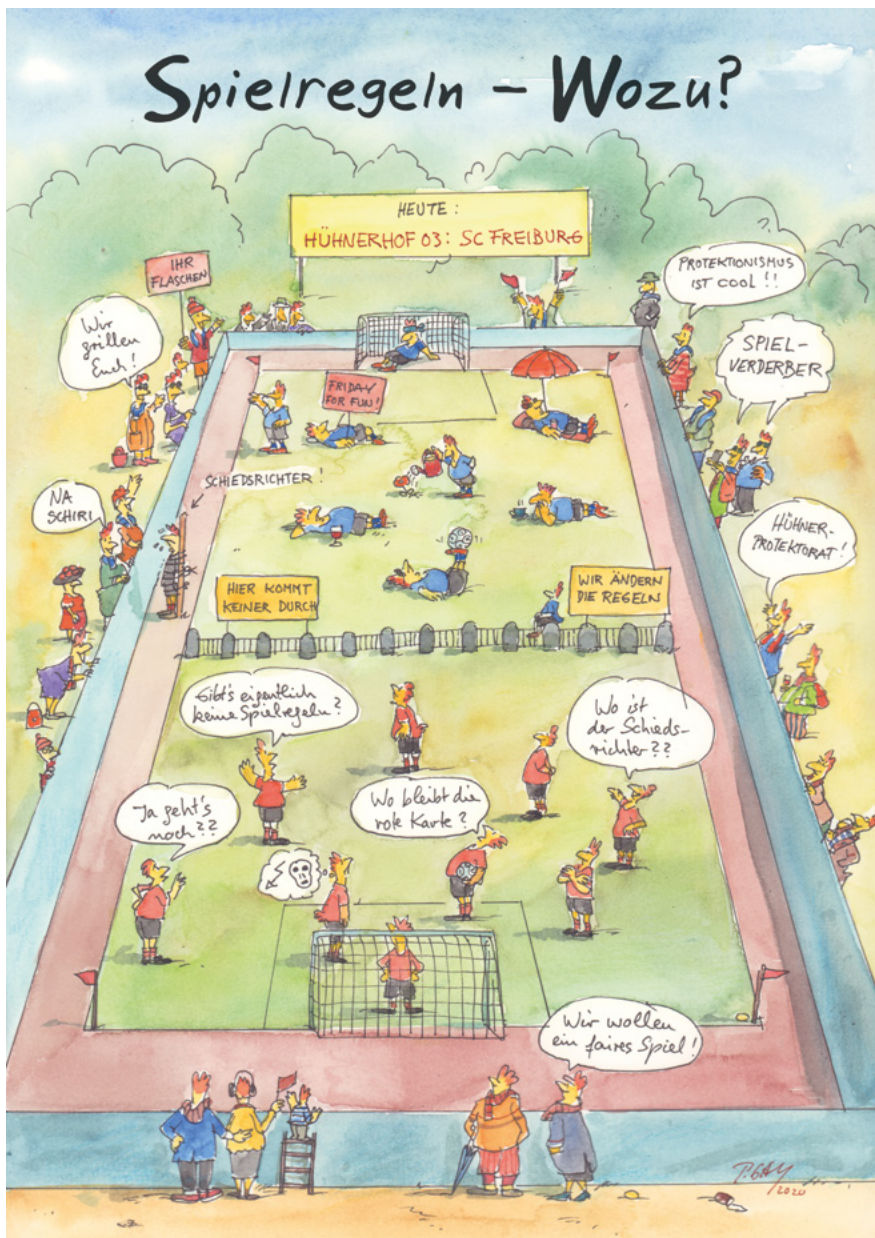
Institutionen wie die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof stellen sicher, dass die vier Grundfreiheiten der Europäischen Union sichergestellt sind: freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr und freier Personenverkehr.

Seit einigen Jahren befindet sich die EU in einer Identitätskrise. Stimmen werden laut, die eine Stärkung der Nationalstaaten fordern. Doch gilt gerade heute im Wettbewerb mit China und den USA wie auch bei sicherheitsstrategischen Überlegungen, die Kräfte der EU dort zu bündeln, wo ein isoliertes Vorgehen der Nationalstaaten zum Scheitern verurteilt ist. Braucht die EU also neue Regeln und Impulse?

Überhaupt: Welche Regeln braucht die Zukunft?

Eine Welt im Wandel macht eine ständige Anpassung von allgemein anerkannten Regeln nötig, was bedeutet, dass Ordnungspolitik – auch international – eine ständige Aufgabe bleibt!

Wie schaffen wir ein starkes Europa im Wettbewerb mit autokratischen Staaten? Durch geopolitische Verschiebungen,



Beispiel Fußballspiel: Klare Regeln bei gleichzeitig großem kreativem Spielraum

Demografie, Digitalisierung, Globalisierung, Protektionismus, Klimawandel sind wir immer wieder aufgefordert, durch Abwägen zwischen Sicherheit und Freiheit, Staat und Markt die richtige Balance zu finden.

Welche Regeln brauchen wir für den verantwortungsvollen Umgang mit Big Data und künstlicher Intelligenz oder für den Schutz des geistigen Eigentums im Internet? Wie können wir die Marktmacht der Internetkonzerne kontrollieren und begrenzen? Wie begegnen wir dem Klimawandel und schaffen Regeln, die zu einem sparsamen wie effizienten Umgang mit Ressourcen führen? Wie können wir den Welthandel und die faire Verteilung von Gütern organisieren?

All diese Fragen einer global vernetzten Welt können nur in einem internationalen Konsens gelöst werden. Klare Regeln für neue Standards sind eine ordnungspolitische Aufgabe.

Literatur

Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (2022): Hintergrund. Online unter: <https://boeb.net/hintergrund>

Herausgeberin und Herausgeber

Prof. Dr. Franziska Birke, Professorin für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Breisgau), Leitung der Fachrichtung Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik/Wirtschaftspädagogik sowie stellvertretende Institutsleitung

Dr. Michael Koch, stellvertretender wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer am Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Autorinnen und Autoren

Katharina Betker, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ökonomische Bildung (IÖB) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Dennis Bode, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Sabine Gans, tätig an der Universität Trier und an der Real-
schule plus am Schlossberg Westerbürg

Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen

und Vorsitzender des Zentrums für ökonomische Bildung der Universität Siegen.

Svenja Grebener, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Lasse Hinrichs, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Dr. Marco Rehm, abgeordneter Lehrer (Studienrat) und Geschäftsführer des Zentrums für ökonomische Bildung in Siegen (ZÖBIS) der Universität Siegen.

Janosch Schierke, Lehrer am Herbartgymnasium in Oldenburg mit den Unterrichtsfächern Sozialwissenschaften, Politik-Wirtschaft und Erdkunde

Margot Selz, Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin, Vorstandsvorsitzende des „Forums Ordnungspolitik“ sowie Initiatorin und Leiterin des Ausstellungsprojekts „In welcher Ordnung wollen wir leben? Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft“

Arne Stemmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Geschäftsführer des wig e.V.

Heftrückschau

Heft 1 | 2022 Wohnen

Heft 2 | 2022 Arbeitswelt 4.0

Heft 3 | 2022 Problemorientiert unterrichten

Heftvorschau

Heft 1 | 2023 Krisen überall?

Heft 2 | 2023 Frieden und Sicherheit

Heft 3 | 2023 Nachhaltigkeit

Unterricht wirtschaft+politik

Impressum

Unterricht Wirtschaft + Politik wird herausgegeben vom Friedrich Verlag in Hannover in Zusammenarbeit mit Klett und in Verbindung mit den Herausgebern Franziska Birke, Sabine Gans, Vera Kirchner, Michael Koch und Andreas Wüste.

Redaktion: Katrin Teschner (v.i.S.d.P.)
Eimsbütteler Straße 111
D-22769 Hamburg
E-Mail: info@lektorat-teschner.de

Verlag: Friedrich Verlag GmbH, Luisenstraße 9, 30159 Hannover
Tel.: 05 11/4 00 04-175, Fax: 05 11/4 00 04-176
www.friedrich-verlag.de

Geschäftsführung: Julia Reinking

**Verantwortung
für den Anzeigenteil:** Bianca Schwabe, Bettina Wohlers (v. i. S. d. P.)

Adresse s. Verlag
E-Mail: anzeigen@friedrich-verlag.de
Anzeigenpreisliste vom 01. 01. 2023

Leserservice: Tel.: 05 11/4 00 04-150, Fax: 05 11/4 00 04-170
E-Mail: leserservice@friedrich-verlag.de

Titel: Christian Schulte (Foto: © iStock.com/Orbon Alija)

Bezugsbedingungen

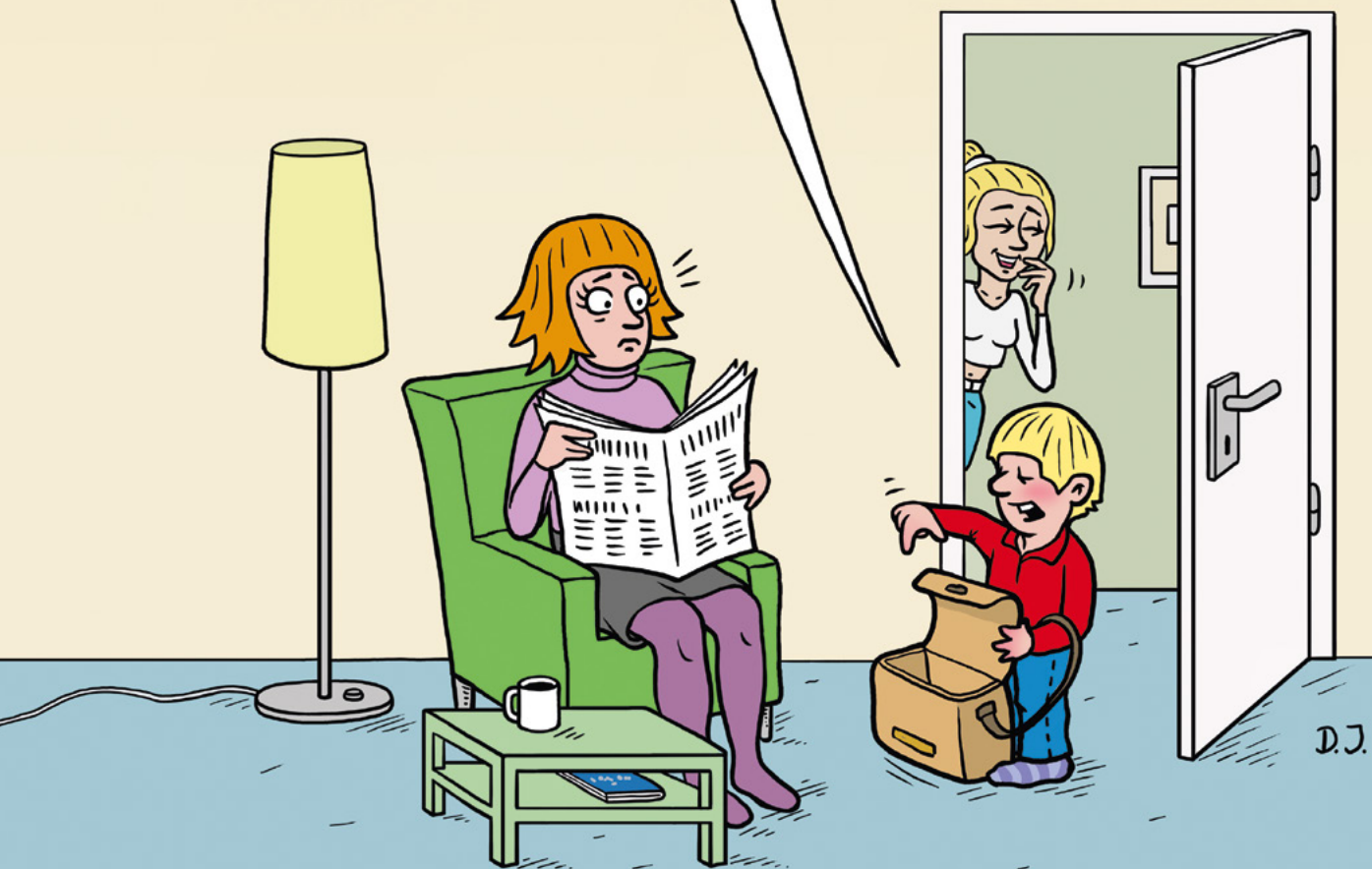
Unterricht Wirtschaft + Politik erscheint 4x jährlich digital für €90,00. Das Abonnenten-Extra besteht aus dem Friedrich Jahresheft und dem Magazin SCHÜLER. Die Mindestabodauer beträgt ein Jahr. Eine Kündigung ist unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Ende der Mindestabodauer möglich. Ohne rechtzeitig eingehende Kündigung verlängert sich der Abovertrag auf unbestimmte Zeit und kann sodann jederzeit mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Jede Kündigung hat mindestens in Textform zu erfolgen. Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Auslandspreise auf Anfrage. Bei Umzug bitte Nachricht an den Verlag mit alter und neuer Anschrift sowie der Kundennummer (siehe Rechnung).

Unterricht Wirtschaft + Politik ist zu beziehen durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder direkt vom Verlag. Auslieferung in der Schweiz durch Balmer Bucherdienst AG, Kobiboden, 12, CH-8840 Einsiedeln. Weiteres Ausland auf Anfrage. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt oder Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

© Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig geprüft. Unverlangt eingesandte Bücher werden nicht zurückgeschickt. Die als Arbeitsblatt oder Material gekennzeichneten Unterrichtsmittel dürfen bis zur Klassenstärke vervielfältigt werden.

ISSN 2751-1243 (Online), Best.-Nr. 544048

MAMA, UNSER TASCHENGELD BITTE.
IN BAR! KEINE KREDITKARTE, KEINE BITCOINS.



JUNIOR primo für die Realschule plus:

Unterrichtsmaterialien für einen ganzheitlichen Lehransatz

JUNIOR primo bietet lebendige Unterrichtseinheiten zu den Themen Wirtschaft und Gesellschaft für die Unter- und Mittelstufe an. In Anlehnung an die Dramapädagogik werden Als-ob-Situationen geschaffen, die Freiräume für ganzheitliches Lernen durch Erfahren und Erleben schaffen. Neben inhaltlichem Lernen findet daher auch soziales Lernen statt. **Machen Sie mit!**

Bestellen Sie die kostenlosen Unterrichtsmaterialien über unsere Webseite:

www.junior-programme.de/primo



Ein Programm von:

iwJUNIOR

Gefördert durch:



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

Die „Sozialpolitik“ – Unterrichtsmaterialien bündeln alle wissenswerten Fakten zu aktuellen sozialpolitischen Themen.



Viele Materialien auch in
leichter sowie englischer
und französischer Sprache!

ARBEITSWELT VON MORGEN

SOZIALE SICHERHEIT UND GERECHTIGKEIT

LEBEN UND ARBEITEN MIT BEHINDERUNG

AUSBILDUNG UND STUDIUM

**Filmwettbewerb für Ihre
Schüler*innen!**



Jetzt teilnehmen und
eine Reise für ein
Exklusiv-Interview
im BMAS in Berlin
gewinnen!

Weitere Arbeitsblätter, digitale Wissenstests und ein großes Archiv finden Sie auf
www.sozialpolitik.com!

Herausgeber

Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Zusammenarbeit mit Klett MINT



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

